Einzelpreis 10 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Karl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr 6265. — Postzeitungsliste 2 Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 16. bis 31. März 1.00 Mark. Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 70. — Magdeburg, Dienstag den 24. März 1925. — 36. Jahrgang

Der geköpfte Parteihenker.

Denkende Arbeiter wissen, daß es bei der Reichspräsidentenwahl am Sonntag nicht um Parteiprogramme geht, sondern um die Kernfrage: Republik oder Monarchie? Soll ein offener oder verkappter Monarchist das höchste Ehrenamt in der deutschen Republik bekleiden und damit die mit diesem Amte verbundene Macht in die Hand bekommen, oder ein zuverlässiger Republikaner?

Bedarf es für Arbeiter, für Republikaner noch einer Frage? Wird von den Arbeiterparteien nicht das Herzblut darangesetzt, die Wahl eines Republikaners zu sichern?

Leider nicht. Neben dem kämpfenden Heere der sozialistischen Arbeiterschaft her trabt und kläfft eine größere Sekte Scheinsozialisten, die, da ihr politisches Denkvermögen abgeht, der schwarzweißroten Reaktion bewußt und unbewußt die Hasen in die Küche treiben. Sie nennen sich fälschlich Kommunisten, behaupten, der linke Flügel des modernen Proletariats zu sein, und sind in ihrer politischen Auswirkung weiter

nichts als ein Stoßtrupp der Reaktion.

Und es ist ein äußerst korruptes Parteigebilde, das der Arbeiterschaft so unendlich viel Schaden zufügt, ein Parteisumpf, wie er ekelhafter noch nicht dagewesen ist. Die Partei, die es wagt, der Arbeiterschaft in Thälmann einen Präsidentschaftskandidaten zu präsentieren, ist gerade dabei, im eignen Schlamm zu ersticken. Es wogt nur so durcheinander von Narren, Spitzeln und Kriechern, die sich gegenseitig den Rang ablaufen, und gefährliche Rivalen bei den Moskauer Diktatoren oder bei der deutschen Polizei anschwärzen. Die Kommunistenprozesse und die Hinauswürfe ganzer Führergarnituren aus der Kommunisten Partei legen beredtes Zeugnis dafür ab. Das Ganze heißt Bolschewisierung der Partei und ist weiter nichts als eine elende Verzettelung der Kräfte des Proletariats. Und das zu einer Zeit, da die Sammlung gegen die Reaktion so notwendig ist.

Wie groß und verderblich das Durch- und Gegeneinander in der Führerschaft der Kommunistischen Partei Deutschlands ist, erhellt die Tatsache, daß jetzt die „Ganzlinkser“ dabei sind, die „Allerlinkesten“ abzusägen oder kaltzustellen. Ganz heimlich still und leise; denn man begreift auch im Lager Moskau, daß Lächerlichkeit mit der Zeit eine Partei doch töten muß. So wurde in aller Stille der

Parteihenker Scholem gestürzt,

und dem kommunistischen Richterkollegium strengstes Stillschweigen befohlen. Aber in der Partei der Korruption können Geheimnisse nicht gewahrt werden, und so wird uns denn aus Berlin geschrieben:

Die Kommunistische Partei Deutschlands vergeudet ungeheure Kräfteenergien. Die Zeitungen sind voll von Austritten und Ausschlüssen. Eine Führergarnitur nach der andern verschwindet im Orkus, neue Männer, frei von jedem „Opportunismus“ und „Menschewismus“ übernehmen die Führung, um die „Aktivität“ der Kommunistischen Partei zu steigern. Lange dauerte es aber nie! Wird der Gegensatz zwischen dem kommunistischen Dogma und der Wirklichkeit zu groß, so zerreißt nicht etwa der dogmatische Nebel, sondern der diszipliniert Kommunist flüchtet sich in ein andres Dogma: er sieht die Saboteure des proletarischen Klassenkampfes in seinen eignen Reihen und vertritt nunmehr unentwegt die These, daß alle Bremser und Opportunisten zunächst einmal aus der eignen Partei entfernt werden müssen. Immer neue Führer tauchen darum periodisch im kommunistischen Lager auf.

Die Revolutionsmänner der großen französischen Revolution schickten sich gegenseitig auf die Guillotine, um ihre Kopflosigkeit zu dokumentieren. Ganz so schlimm ist es nun heute nicht mehr, seitdem die Guillotine in die Sehenswürdigkeiten des Altertumsmuseums eingereiht worden ist. Die Erledigung kommunistischer Führergarnituren vollzieht sich geräuschloser.

Einer der unentwegtesten Streiter der linken Kommunisten war bisher der

durch seine Unflätigkeiten bekanntgewordene Scholem,

in dessen Händen die Leitung des Organisationsbureaus der Zntrale der Kommunistischen Partei lag. Scholem sonnte sich lange in dem Ruhme des treuen und Sinowjew ergebenen Parteihenkers, der die Partei von allen „Opportunisten“ zu reinigen hatte und triumphierte, wenn es ihm gelungen war, der Parteileitung wieder einmal den Skalp eines „Menschewisten“ zu überreichen. Doch das Schicksal schreitet schnell!

Scholem fiel besonders im vergangenen Jahre im Reichstage durch seine zynischen Zwischenrufe auf. Der Gassenjungenton Scholems fiel schließlich selbst der Zentrale auf die Nerven und Scholem erhielt eines schönen Tages den strikten Befehl, im Reichstage den Mund zu halten. Als Redner wird er von der kommunistischen Reichstagsfraktion nicht mehr vorgeschickt, selbst auf Zwischenrufe muß er verzichten. Scholem ist mausetot im Reichstage. Nicht genug damit! Auf Befehl Sinowjews und Thälmanns, des kommunistischen Reichspräsidentschaftskandidaten, ist Scholem im Januar d. J. nun auch von seinem Posten als Leiter des Organisationsbureaus der Zentrale abberufen worden und damit gänzlich einflußlos gemacht. Der Thersites der Kommunistischen Partei, der von dem russischen Kommunisten Stalin

als politischer Lausejunge gekennzeichnet wurde,

ist von seinen eignen linken Freunden auf die Guillotine geschickt worden!

Die Kommunistische Partei hat diesen Vorgang bisher streng geheim gehalten und an die Eingeweihten ein Schweigegebot erlassen. Wir halten uns daher für verpflichtet, den kommunistischen Arbeitern von dem politischen Tode ihres „Führers“ oder vielmehr Verführers Scholem Mitteilung zu machen.

Wenn Langusten längere Zeit ohne Fraß in einem Korbe gelassen werden, fressen sie sich schließlich gegenseitig selber auf. Genau so ist es bei den kommunistischen Führern. Einer sucht den andern zu untergraben, vor den gemeinsten Mit[illegible] Partei geht unter in Haß, Neid, Zwietracht und Unfähigkeit in der Führung, geht unter, weil sie überflüssig und schädlich ist. Mag sich dieser Zersetzungsprozeß so schnell als möglich vollziehen, damit endlich einmal dem elenden Bruderzwist in der Arbeiterschaft ein Ziel gesetzt, und der geschlossenen Reaktion ein einiges sozialistisches Proletariat entgegengestellt werden kann. —

Zusammenbruch der Barmat-Hetze.

Im Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Barmat-Affäre werden die Zeugen vor ihrer Vernehmung vereidet, während man sie im Landtag unvereidet schwätzen läßt. Und so kommt es, daß man sich im Reichstag heute schon ein Urteil bilden kann.. Wir können dabei die verlogene Behauptung gegen den früheren Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt kurz übergehen, wonach er Barmat bei Lieferungen an das Reich bevorzugt habe. Wen seine mit hinreißendem Wahrheitsmut vorgetragenen Ausführungen noch nicht von seiner untadeligen Amtsführung überzeugt haben, der mag sich das hinter die Ohren schreiben, was zwei Beamte des alten Regimes über Robert Schmidt ausgesagt haben. Zuerst hat der Staatssekretär Peters bekundet, daß sich Schmidt in seinen Entscheidungen niemals von politischen oder persönlichen Einflüssen bestimmen ließ. Dann kam der Ministerialrat Freiherr v. Massenbach, dem nachgesagt wird, er neige der Deutschnationalen Partei zu. Schmidt habe in seinem Amt eine sonst seltene Gewissenhaftigkeit an den Tag gelegt, und er als alter Beamter habe diesem Minister stets das rückhaltloseste Vertrauen entgegengebracht.

Was bleibt sonst noch von den Behauptungen übrig, daß die dem Reichswirtschaftsministerium unterstellten Reichsstellen Herrn Barmat vor inländischen Kaufleuten bevorzugt, ihm ungerechtfertigte Vorteile eingeräumt und damit das Reich geschädigt hätten? Es ist schon einmal eine ähnliche Untersuchung angestellt worden, und an der damaligen Untersuchung waren der jetzige deutschnationale Innenminister Schiele und der frühere Justizminister Emminger beteiligt. Diese Untersuchung hat nicht das mindeste von korruptiven Erscheinungen festgestellt, noch mehr: der Name Barmats ist damals überhaupt nicht erwähnt worden! Wie kommt es aber, daß solche Behauptungen immer wieder auftauchen, daß sie, einmal totgeschlagen, nicht lange darauf wieder zu neuem Leben erwachen? Abgesehen von den

politisch-demagogischen Motiven

lassen sich dafür folgende Gründe feststellen, die sich wiederum aus den Zeugenaussagen vor dem Reichstagsausschuß ergeben.

In den Jahren 1919 und 20 bestanden zunächst Gegensätze der Konkurrenz zwischen dem sogenannten „legitimen Handel“ und den „Außenseitern“, die von den Fluten des Krieges nach oben getrieben waren. Während des Krieges hatte das Reich mit vollen Händen seine Gaben über Industrie und Handel ausgeschüttet. Es wurde bestellt und gekauft, was das Zeug hielt, ohne daß nach Preis, Güte oder Herkunft der Ware gefragt wurde. Die Kosten des Krieges sollte ja nach Helfferich die Entente tragen, und da kam es auf die Höhe der Gewinne für die Lieferanten gar nicht an. Mit dem Zusammenbruch im November 1918 wurde es anders. Die Massen der Bevölkerung waren aller Lebens- und Bedarfsmittel entblößt, die wirtschaftliche Blockade hielt noch neun Monate an, kein deutscher Staatsangehöriger durfte nach England oder den Vereinigten Staaten reisen, also den Hauptmärkten für alles, was das deutsche Volk damals brauchte. Es blieben nur Holland und Dänemark für die notdürftige Versorgung übrig. Das Reich mußte eine Milliarde Goldmark für die Einfuhr von Getreide zur Verfügung stellen. Der Besitz der Regierung an Devisen oder Goldzahlungsmitteln für den sonstigen Bedarf war gering. Das Reich mußte Warenkredite in Anspruch nehmen, und die wurden ihm vom „legitimen Handel“ nicht gewährt. Es kann zugegeben werden, daß manches heute, sechs Jahre danach, besser zu machen wäre. Aber das ändert nichts an der schon von dem ersten Untersuchungsausschuß mit den Herren Schiele und Emminger getroffenen Feststellungen, daß die Reichsstellen

unter Robert Schmidt korrekt gearbeitet.

[illegible] wieder und des[illegible] [illegible] fast allen [illegible] Deutschlands vor dem Hungertode zu [illegible] „legitimen Handel“ waren diese Bemühungen damals im Grunde genommen ebenso gleichgültig wie dem deutschen Großgrundbesitz; die einen verkauften nur gegen vorherige Kasse auf den Tisch, die andern behielten als „Selbstversorger“ überhaupt alles für sich.

Dazu kam der Gegensatz zwischen den alten Beamten und den nur auf Privatvertrag angestellten Leitern der Reichsstellen. Diese Beamten fühlten sich vielfach in ihrer Karriere bedroht; der höheren Bureaukratie erschien es ungeheuerlich, daß sie nach Weisungen von Leuten arbeiten sollten, die den „beschränkten Ressortstandpunkt“ nicht kannten, denen auch „der Instanzenzug nicht so geläufig war“, wie sich der als Zeuge vernommene Regierungsrat Weyermann mit todernstem Gesicht ausdrückte. Diese alten Beamten „maulten“ nach der Bekundung des Staatssekretärs Peters über den diktatorischen Ausschuß, sie maulten wahrscheinlich auch über den Proletarier Schmidt, der an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums stand. Nicht etwa, als ob sie durchweg Lügenbeutel gewesen sind nach dem Worte, das Robert Schmidt dem Bruhn zuwarf; aber was sie „vom Hörensagen“ vor dem Ausschuß erzählen, wovon sie immer „den Eindruck gehabt“ haben, das läßt als sicher erscheinen, daß es sich bei all den Behauptungen über Unregelmäßigkeiten in den Reichsstellen nur um Klatsch handelte.

Eine Nummer für sich war die deutsche Botschaft im Haag in der damaligen Zeit. Man höre: Im Hafen von Rotterdam lagern riesige Mengen leichtverderbliche Lebensmittel, die für Deutschland bestimmt und die das Reich vertragsmäßig abnehmen muß. Die Hafenarbeiter treten in den Streik, die deutsche Botschaft kümmert sich nicht darum; denn nach ihrer Meinung werde der Ausstand schon nach zwei Tagen beendet sein. Diese zwei Tage gehen herum. Die zweite Streikwoche kommt heran. In Deutschland hungern die Massen, besonders im Ruhrgebiet fehlt es nach dem Kapp-Putsch am notwendigsten.

Die Botschaft rührt nicht den Finger.

Erst Barmat muß die deutsche Regierung darauf aufmerksam machen, daß der Abtransport der Waren ermöglicht werden könne, wenn eine deutsche Arbeiterabordnung nach Rotterdam komme. Das geschieht, eine Einigung mit den Streikenden kommt zustande, die Rotterdamer Hafenarbeiter sorgen für geregelten und schnellen Abtransport. Aber aus derselben Botschaft werden gehässige Mitteilungen über das deutsche Reichswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt weitergegeben. Dieselbe Botschaft verbreitet die ungünstigsten, auf keinerlei Material gestützten Nachrichten über Barmat, trotzdem vorher und nachher von angesehenen deutschen und holländischen Banken, wie der Kredit- und Diskontobank, der Bank für Handel und Industrie, Mendelsohn in Amsterdam und auch von der Amsterdamer Handelskammer geradezu glänzende Auskünfte über Barmat gegeben worden sind.

Es wird dafür zu sorgen sein, daß nach Abschluß der Verhandlungen im Reichstagsausschuß das deutsche Volk über die dort getroffenen Feststellungen unterrichtet wird. Diese Feststellungen sind bisher von der rechtsstehenden und von der kommunistischen Presse entweder totgeschwiegen oder in ihr Gegenteil umgefälscht worden. Es geht hier zu wie bei dem Kampfe, den Herkules mit dem Kopfe der Lernäischen Schlange geführt hat: aus jeder totgeschlagenen Lüge entstehen zwei neue Lügen. —

Ruhrkredite und Ruhrentschädigungen.

Das „Berliner Tageblatt" schrieb vor einigen Tagen:

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Ruhrentschädigungen in Höhe von 700 Millionen Goldmark und zur Prüfung der Ruhrkredite sowie der Lohnsicherungssummen, die das Reich 1923 der Schwerindustrie zugeführt hat, konstituierte sich zwar vor einigen Wochen, hat aber seitdem nichts mehr von sich hören lassen. Wir gestatten uns, zur Aufmunterung, heute wieder eine Kostprobe unsers Materials dem Reichstage zu unterbreiten. Auf einem großen Werk in Hattingen an der Ruhr wurde während der Zeit der Ruhrhilfe aller Art an Neuwerten das Folgende geschaffen:

Erweiterung des Hammerwerks um 45 Meter Länge und 23 Meter Breite (massiver Bau),
1 Kranbahn, 100 Meter lang, 5000 Kilogramm Tragfähigkeit (Eisenkonstruktion), Spannweite 15 Meter, 65 Meter hoch,
1 Ruppmann-Glühofen,
4 kleinere Glühöfen,
1 Brettfallhammer, 1500 Kilogramm Gewicht,
1 Brettfallhammer, 1000 Kilogramm Gewicht,
1 Knüppelschere, bis 110 Millimeter,
1 Kaltsäge, Blatt 1000 Millimeter Durchmesser,
1 Kaltsäge, Blatt 600 Millimeter Durchmesser.

Außerdem sind die Anschlußgleise voll ausgebessert worden, ebenso die inneren Fabrikgleise. Die Werkstätten sind gestrichen und ausgebessert worden. Die Ruhrhilfe ist für die Zeit des Ruhrkampfes auch regelmäßig in Anspruch genommen. —

Kein Geld für die Unterbeamten.

In einer besonderen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde am Sonnabend nochmals der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Zuschlags zu den Gehalten der Beamten der Gruppe 1 bis 6 von 12½ auf 20 Prozent verhandelt. Ministerialdirektor Lothholz erklärte namens der Regierung, daß diese nicht imstande sei, trotz der augenblicklich günstigen Finanzlage des Reiches irgend etwas für die Beamten zu tun. Die Regierung wolle aber die weitere Entwicklung des Besoldungsproblems mit Aufmerksamkeit verfolgen.

Abg. Erfing (Ztr.) sprach sich gegen den Antrag aus im Hinblick auf die zu erwartenden Rückwirkungen in der Privatwirtschaft. Ebenso sprach sich gegen die Vorlage Abg. Morath (Dt. Vp.) aus und erklärte, daß seine Fraktion nach wie vor [illegible] grundsätzlich [illegible] der Besoldung bestehen müsse. Der sozialdemokratische Antrag gehe ihr nicht weit genug, denn es sei unerträglich, nur für die Beamten der Gruppe 1 bis 6 eine Zulage zu gewähren.

Der Abg. Schuldt (Dem.) machte dann die Mitteilung, er habe erfahren, daß in Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft von der Reichsbahn erklärt worden sei, weder die Erhöhung der Arbeiterlöhne um drei Pfennig noch eine Erhöhung der Gehälter der untern Beamten würden Anlaß zu einer Tariferhöhung bieten. Diese Bemerkung, die im Widerspruch mit den amtlichen Erklärungen der Reichsbahn in der Oeffentlichkeit steht, gab den bürgerlichen Parteien Veranlassung, eine wiederholte Vertagung der Beratungen zu beantragen, da angeblich der Reichsverkehrsminister und die Reichsbahn gehört werden müssen.

So wurden die Verhandlungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bis auf weiteres vertagt. Praktisch bedeutet diese Vertagung, daß die Reichsregierung und ihre Parteien ihr Ziel erreicht haben. Die Notstandsaktion für die Beamten der Gruppen 1 bis 6, die von der Sozialdemokratie eingeleitet worden ist, muß als gescheitert angesehen werden. Die Liebe der Rechtsparteien für die Beamten existiert eben nur vor Neuwahlen. Hinterher wird jedes Versprechen gebrochen. —

Killingers Jungmannen.

„Ich schlage vor: in der Nacht vor dem Wahltag werden sämtliche republikanischen Präsidentschaftskandidaten gekillt. Dann kommt Jarres tolpatschiger durch."

Stresemann-Krise.

Als die Deutsche Volkspartei nach den Dezemberwahlen immer wieder die Bildung einer Rechtsregierung zu erzwingen suchte, begründete sie ihre Obstruktion mit dem Hinweis, daß die Opposition der Deutschnationalen nur zu brechen ist, wenn sie zur Mitverantwortung herangezogen würden. Man wollte mit andern Worten die Deutschnationalen durch ihre Tätigkeit in der Regierung anständig blamieren. Der Vater dieser Begründung war Stresemann, der bis heute von seinen deutschnationalen Kollegen im Kabinett noch keinen Dank geerntet hat und der im Augenblick aus dem Lager der größten Regierungspartei aufs heftigste angegriffen wird. Er hat in Uebereinstimmung mit den Schiele und Neuhaus an die Entente ein Sicherheitsangebot gemacht, das nach der Auffassung eines Teiles der äußersten Rechten die Ehre des deutschen Volkes verletzt und uns für alle Zeit dem „Erbfeind" ausliefert. Innerlich sind die „nationalen Männer" von diesen Behauptungen zwar nicht überzeugt, aber sie haben doch den Eindruck, daß ihr Umfall in der Außenpolitik so, wie ihn Stresemann für sie vorbereitet hat, selbst auf den dümmsten Menschen wirken muß. Infolgedessen obstruiert man, immer mit dem Hintergedanken, diese Obstruktion aber nicht mit dem Auszug aus der Wilhelmstraße bezahlen zu müssen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend mit den Gegensätzen zwischen ihrer heutigen Politik und den früheren Versprechungen beschäftigt. Am Ende der Debatte soll folgender Beschluß angenommen worden sein:

Die Fraktion hegt schwerste Bedenken wegen der Politik des Außenministers. Wenn diese Politik fortgeführt wird, behält sie sich vor, gegen Verträge zu stimmen, die im Ergebnis der jetzt geführten Verhandlung abgeschlossen werden könnten. Sie verlangt, daß die weiteren Verhandlungen unter unmittelbarer Leitung des Reichskanzlers und im ständigen Einvernehmen mit ihren Vertrauensmännern im Kabinett geführt werden.

Die ganze Reichsregierung ist in böser Verlegenheit. Ausgerechnet jetzt, kurz vor der Präsidentenwahl, mußten die tolpatschigen Deutschnationalen diesen Vorstoß gegen Stresemann unternehmen, der gleichzeitig ein schlimmer Hieb für Jarres, den Günstling Stresemanns, bedeutet. In der Reichskanzlei wurde am Sonntag noch eine Reparaturwerkstatt aufgemacht, die Dementis in die halbe Welt geschickt hat. Darin wird aber doch nur bestätigt, was bestritten werden soll: die Deutschnationalen wollen von Stresemann und seiner Politik nichts wissen. Stresemann-Krise! —

Er kennt seine Pappenheimer ...

Der von der Revolution abgebaute Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg kann mit seinem Einkommen nicht mehr auskommen. Als ein seiner Rechte bewußter Staatsbürger der deutschen Republik rief er den Freistaat Braunschweig um schleunige Fürsorge an. Die alte Landtag dieses Staates aber mit seiner republikanischen Mehrheit wollte ihm nicht einmal die Erwerbslosenunterstützung gewähren. Die vermaledeiten Sozialdemokraten und Demokraten hatten die Stirn, den einstmaligen Herzog der Not zu überlassen. Der hohe Herr sollte sich tatsächlich mit dem

jährlichen Einkommen von 130 000 Mark,

das ihm nach eigner Schätzung aus seinem unangetastet gebliebenen Besitz floß, auch weiterhin begnügen! In der höchsten Not aber ist die Hilfe am nächsten.

Der neue Landtag Braunschweigs hat eine reaktionäre Mehrheit, und den Staat regiert eine Stahlhelmregierung. Der Aufwertungsschwindel und andre Lügenmanöver der Deutschnationalen haben das noch einmal fertiggebracht. Der Herzog a. D. beeilt sich nun, seine Forderungen noch vor dem zu erwartenden baldigen Sturz der schwarzweißroten Regierung erneut einzureichen. Er scheint seine Pappenheimer vom Stahlhelm gut zu kennen, denn er hat seine Wünsche noch mächtig in die Höhe geschraubt. So meldete Geheimrat Dr. Knoke vor dem 1. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Braunschweig als Vertreter des gegen gegen den Staat klagenden ehemals herzoglichen Hauses

weitere Ansprüche auf Staats- und Volksgut

an. Bisher waren nämlich nur 44 000 Morgen Land und Mitbestimmungsrecht am Landesmuseum und der Landesbibliothek verlangt worden! Geheimrat Knoke meinte, daß seinem Herzog unmöglich das Angreifen der Substanz zugemutet werden könne, obgleich dieser verflossene Landesvater außer großem Grundbesitz auch Sachwerte wie eine Gemäldesammlung sein eigen nennt, von der ein einziges Bild mit 58 000 Pfund Sterling, also mit etwas mehr als einer Million Mark bezahlt worden ist! Und dabei sprach der Herr Geheimrat wortwörtlich vom Verhungernmüssen ...

Der interessante Prozeß wird wahrscheinlich mit einem Vergleich enden, der die Bescheidenheit des gewesenen Herzogs gebührend lohnt. Denn die Schwarzweißroten, die heute in Braunschweig regieren, und mit denen er nun um Volkseigentum verhandelt, werden dem armen Manne schon so weit als möglich entgegenkommen und ihn nicht im Stiche lassen. —

Die adligen Grundstückspekulanten.

Im preußischen Untersuchungsausschuß für die Pfandbriefanstalt wurde zuerst das Bestallungsschreiben des Volkswohlfahrtsministers für den Revisor Nisle verlesen, der mit der Aufgabe betraut wurde, bei der ständigen banktechnischen Kontrolle neben dem Staatskommissar Fischer mitzuwirken. Durch den Berichterstatter Riedel wurde festgestellt, daß erhebliche Aenderungen in den Büchern vorgenommen wurden.

Zeuge Nehring ist vom Direktor Lüders über ein Konto Schönberger in Höhe von 100000 Mark nicht unterrichtet worden. Ein Vertreter des zuständigen Ministeriums bestätigt die Aussagen Nisles. Geheimrat von Schenk gibt Erklärungen über die Art der Arbeiten des Bankausschusses ab.

Kleines Feuilleton.

Konzert.

Der Graphische Gesangverein veranstaltete unter Leitung seines Dirigenten, Musikdirektors Gottfried Grunewald, ein „Frühlings-Konzert" in den „National-Festsälen". Das Programm bestand aus Chorsachen, Sologesängen, von Frau Zurek-Dippner unter Begleitung Kurt Dippners vorgetragen, und Instrumentalsätzen für Violine, die Konzertmeister Otto Kobin spielte. Die Chorsachen allein brachten Abwechslung in das Programm. Vom Düstern, Erhabenen wanderte es bis zum Heitern, Neckischen. Und Grunewald zeigte sich als Dramatiker erfolgreichsten Stils. Wie ruhig und süßer entwickelte er die musikalische Idee in Nicodees „Meer", wie treffend illustrierte er Angerers Ballade „Königsseelen", obschon Angerer wirklich kein Meister der Illustration ist und seine Musik sich durchaus nicht immer dem Text anpaßt. Die schlichte Bearbeitung Kirchls vom Abschied, einem gemessenen Lied aus dem 15. Jahrhundert, wurde von ihm sehr wirkungsvoll herausgebracht, und wenn Kremsers Bearbeitung von „Schwesterlein, wann gehn wir nach Haus?" nicht eine große Geschmacklosigkeit gewesen wäre (weil ein anglisches Zwiegespräch zwischen zwei Geschwistern kein Text für eine Chorsache ist), so hätte auch dieser Chor zu den wirkungsvollsten gerechnet werden können. Der Chor kann etwas leisten, die neue Direktion macht sich bemerkbar. Ueber die Leistungen Frau Zureks und der Herren Kobin und Dippner kann zusammenfassend berichtet werden, daß die Erwartungen, die der konzertgebende Verein an das Auftreten der Künstler geknüpft hatte, sich in vollstem Maß erfüllten. Zugaben waren unausbleiblich, auch vom Chor, und so wurden wohl alle Teile befriedigt, die sich von dem Frühlingskonzert einen schönen Genuß versprochen hatten. G.

Die Filmgesetznovelle.

Als die Volksbeauftragten am 12. November 1918 die Zensur einschließlich der Filmzensur aufgehoben hatten, ergossen sich die übelsten Schundfilme in alle Kinos. Scham und Empörung über die ekelhaften Machwerke, mit denen eine verantwortungslose Industrie diese Freiheit ausnutzte, veranlaßten die Nationalversammlung, in der Reichsverfassung Filme von der Zensurfreiheit auszunehmen, und im Reichslichtspielgesetz eine besondere Filmzensurvorschrift zu erlassen. Nach diesem Gesetz können Filme verboten werden, die entsittlichend oder verrohend wirken, das religiöse Empfinden verletzen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die Beziehungen Deutschlands zum Ausland und das Ansehen Deutschlands im Ausland gefährden. Bisher hat die nach diesem Gesetz gehandhabte Zensur wenig Anstoß erregt. Selbstverständlich marschieren die Blätter der Filmindustrie bei jedem Verbot hochgehende Wogen der Erregung, wie das einige Male ebenso selbstverständlich im umgekehrten Falle tun. Im großen und ganzen hat sich aber die Oeffentlichkeit wenig mit der Filmzensur zu beschäftigen brauchen, und das läßt darauf schließen, daß das Gesetz seinen Zweck recht gut erfüllt.

Freilich ist auch der Film selbst der Zensur zu Hilfe gekommen. Schon allein die Tatsache des Bestehens einer Zensur hat die Filmindustrie zur Vorsicht angehalten. Aber auch sonst hat sich der Film seit 1919 vorteilhaft entwickelt. Er ist aus einer Unterhaltung eines sensationslüsternen Publikums zu einem Unterhaltungs- und Bildungsmittel aller Schichten geworden und strebt danach, künstlerische Wirkung oder Belehrung zu erzielen. Auf den Wettlauf der Unanständigkeiten ist ein Wettbewerb in Qualitätsarbeit gefolgt. Auch die ausländische Konkurrenz, namentlich die amerikanische, schreibt bestimmte Entwicklungslinien vor. Aber das alles hat nicht verhindern können, daß höchstens 20 Prozent der aufgeführten Filme höhern kritischen Ansprüchen genügen. Bei den andern sind eben an die Stelle von Schlüpfrigkeit, Roheit und Gemeinheit nur Langweiligkeit, Ideenlosigkeit und Dummheit getreten, die keine Zensur ausmerzen kann. Immerhin ist durch die vorhandenen guten Filme dem Publikum ein kritischer Maßstab gegeben, von dem es durch regen Besuch oder Boykott der verschiedenen Kinos Gebrauch macht. Dazu kommt, daß der Film jetzt auch von allen Zeitungen besprochen wird. Ferner drehen alle möglichen Organisationen, sogar der katholische Caritas-Verband, selbst Filme und weisen, auch in Dachorganisationen mit andern Verbänden, ihre Mitglieder auf sehenswerte Neuerscheinungen hin.

Nun hat der Reichstag kürzlich beschlossen, die Regierung aufzufordern, eine Novelle zum Filmgesetz vorzulegen. Der Antrag erhielt eine Mehrheit, nachdem zugesagt worden war, daß ein paar juristische Schönheitsfehler aus dem Gesetz beseitigt werden sollten. Aber die Regierung hat daraufhin den interessierten Verbänden einen Referentenentwurf vorgelegt, nach dem ein Bildstreifen auch verboten werden kann, wenn er nicht nur die öffentliche Ordnung oder Sicherheit, sondern sogar schon die öffentliche Ruhe verletzt. Ueber diese Unsinnigkeit braucht man kein Wort zu verlieren. Weiter heißt es in dem Entwurf: „Einer entsittlichenden Wirkung ist es gleich zu achten, wenn ein Bildstreifen durch Minderwertigkeit, Zuchtlosigkeit oder Unwahrhaftigkeit lediglich der Befriedigung niedriger Schaulust dient. Gegen diese Verschärfung der Zensur, die einer beispielsweise im Geiste des Herrn Numm zusammengesetzten Prüfungskammer — und deren gibt es leider viele — das Verbot überhaupt jedes Films ermöglicht, entstand berechtigte Empörung nicht nur in der Filmindustrie, sondern auch bei den Schriftstellern und in der ganzen freigeistigen Oeffentlichkeit. Es soll also nach dem neuen Gesetzentwurf nicht nur verboten werden können, was das Publikum direkt gefährdet, sondern auch alles, was die Zensoren für minderwertig oder zuchtlos halten. In solchen Kautschukbestimmungen liegt eine große Gefahr. Nach welchem Maßstab der öffentlichen Meinung soll beispielsweise der Begriff „minderwertig" bestimmt werden? Welches Pharisäertum liegt in den Worten „Befriedigung niedriger Schaulust"?! Hat doch beispielsweise der Wehrkreisbefehlshaber in Stettin den ihm unterstellten Reichswehrangehörigen den Besuch der Aufführung des Films „Schmiede" verboten! Um das Publikum vor verderblicher Filmliteratur zu schützen, dient ausreichend das Gesetz in seiner heutigen Form. Der Entwurf ist ein Angriff auf die Freiheit künstlerischen Schaffens.

Dem Reichstag ist bisher der genannte Entwurf noch nicht zugegangen, sondern nur die Mitteilung, daß das Verbot des Schundfilms in die Novelle aufgenommen werden solle. Aber das läuft auf das gleiche hinaus. Die Sozialdemokratie kann die Verschärfung der Filmzensur nicht mitmachen. Sie ist immer eingetreten und wird sich auch künftig immer einsetzen für die Freiheit der künstlerischen Arbeit, durch die auch allein eine Höherentwicklung des Films möglich ist. Sie wird auch nach wie vor für die Erziehung der Massen zur Kunst und Sittlichkeit wirken, die sie befähigt, aus eignem Urteil Gutes von Schlechtem zu unterscheiden. Das Problem der Schundliteratur und des Schundfilms ist schließlich eine Frage der Volkskultur und nicht der Zensur. Darum soll man das alte Gesetz noch so lange beibehalten, bis man auch auf dem Gebiete der Filmkunst die völlige Zensurfreiheit wiederherstellen kann. —

Arbeiterkulturkartell Groß-Berlin. Auf Grund längerer Verhandlungen zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission, dem Afa-Bund, dem Bezirksbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei, der Volksbühne, dem Arbeiter-Sängerbund, dem Arbeiter-Sportkartell und andrer Kulturverbände wurde zum Zwecke intensiverer Pflege und Förderung kultureller Aufgaben innerhalb der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins ein Arbeiterkulturkartell ins Leben gerufen. Das Kartell soll den Arbeiterverbänden mit Rat und Tat auf kulturellem Gebiet, bei der Durchführung von künstlerischen, festlichen und wissenschaftlichen Veranstaltungen zur Seite stehen; außerdem soll es selbst als Träger großer vorbildlicher Veranstaltungen gleicher Art auftreten. Dem geschäftsführenden Ausschuß gehören an: Flatau, Horlitz, Richard Seidel, Lösche und Ernst Niekisch. Niekisch ist Vorsitzender; an ihn sind auch alle Zuschriften, die das Arbeiterkulturkartell betreffen, zu richten. (Berlin W 34, Verbandshaus des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Memeler Straße 8/9). —

Musik. In letzter Zeit haben Furtwängler in Neuyork und Richard Strauß in Madrid als Dirigenten Triumphe gefeiert. — Die Thüringer Landeskirche hat das Amt eines Musikwarts geschaffen und zu seinem Verwalter den Organisten Rudolf Mauersberger in Aachen bestellt. Mauersberger, der gleichzeitig das Kantorat an der Georgenkirche in Eisenach übernimmt, entstammt einer alten sächsischen Kantorenfamilie. Er war erst Volksschullehrer und besuchte dann das Leipziger Konservatorium. Er ist ein Schüler des Thomaskantors Straube und hat sich in der rheinischen Musikstadt einen geachteten Namen erworben. —

Zeuge Harke hatte eine Forderung von insgesamt 84 000 Mark an Provisionen. Ihm sind nicht weniger als 25 Prozent für den Weiterverkauf des Bureauhauses Börse zugesagt worden. Das wäre damals, wenn die Transaktion gelungen wäre, ein Gewinn von mehreren hunderttausend Mark gewesen. Etzdorf und Genossen hatten gar keine Gewähr dafür, daß sie die Aktien von Beckhoff bekommen würden, und zwar deshalb, weil Sequi zur Bedingung den gleichzeitigen Verkauf von Wohn- und Geschäftshäusern gemacht hatte.

Vorsitzender Leinert bemerkte, daß von Teilabtretungen bisher noch nicht die Rede gewesen sei. Nach Auffassung namhafter Juristen sei auf Grund des Vertrages Beckhoff gar nicht berechtigt gewesen, ohne die Zustimmung Sequis die Aktien des Bureauhauses Börse an Etzdorf und Genossen abzutreten.

Der Zeuge wird dann noch über die Verwendung der Provisionen vernommen. Auch die Vernehmung des Zeugen Böhler ergibt keine neuen Tatsachen. Berichterstatter Riedel (Dem.) betonte, daß die Bilanz durch die Art ihrer Aufstellung für den Zeugen günstig wirke, trotzdem sie mit 2⅔ Millionen abschließe, seien Zinszahlungen an die Pfandbriefanstalt nicht geleistet worden.

Dem Vorsitzenden wird überlassen, den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen.

Von Carlowitz verhaftet.

Der Untersuchungsrichter, der von Carlowitz wegen der Anschuldigung vorgeladen hatte, von den beim Bureauhaus Börse eingegangenen Geldern 150 000 Mark veruntreut zu haben, hat von Carlowitz wegen Fluchtverdachts am Sonnabend in Haft genommen. Gegen die übrigen Beschuldigten ist ein Haftbefehl noch nicht beantragt worden, da sie einen festen Wohnsitz haben. Die Untersuchungshaft ist aber auf sämtliche bisher in der Sache genannten Personen ausgedehnt und sie soll sich dem Vernehmen nach auch noch auf weitere Beteiligte erstrecken. —

Radiodienst der Volksstimme.

Kommunistischer Terror.

un Duisburg, 23. März. Die Sozialdemokratische Partei hatte am Sonntag nach Walsum bei Hamborn eine Wahlversammlung einberufen; in der der Landtagsabg. Schluchtmann sprechen sollte. Als der Redner beginnen wollte, wurde ihm von einem der anwesenden Kommunisten zugerufen: „Jetzt ist es fünf Minuten vor Zwölf!"

Dieser Zuruf war für die übrigen Kommunisten das Signal zur Sprengung der Versammlung. Von außen drang ein Trupp „Roter Frontkämpfer" unter Führung des als Versammlungssprengers bekannten Hamborner Stadtverordneten Gründel in den Saal ein. Als die am Saaleingang stehenden Sozialdemokraten sich wehrten, gingen die Kommunisten mit brutaler Gewalt vor und bombardierten die Versammlungsteilnehmer mit Biergläsern, Stöcken, Messern und andern Instrumenten. Es entstand eine ungeheure Panik. Viele Schwerverletzte wurden festgestellt. Der Redner Schluchtmann erhielt einen Stich in die linke Hand. Aeußerst zahlreich sind Kopfverletzungen. Auch ein Krüppel, der an zwei Krücken ging, wurde zu Boden geschlagen. Seine Krücken wurden ihm zerbrochen.

Als die Kommunisten ihr Werk vollbracht hatten, gaben sie die Erklärung ihrer Schandtat mit den Worten: „So, jetzt habt ihr wenigstens auch einmal den „Roten Frontkämpferbund" gespürt!"

Der Versammlungssaal bildet ein Trümmerfeld, in dem nicht ein Tisch oder Stuhl ganz geblieben ist. —

Deutschlands Sicherheitsangebot.

z London, 23. März. Die „Sunday Times" meldet in bestimmtester Form, daß Chamberlain den deutschen Botschafter im Verlauf der vergangenen Woche darauf hingewiesen hat, daß Deutschland unter keinen Umständen seine Vorschläge über den Sicherheitspakt zurückziehen dürfe. Die deutschen Vorschläge hätten innerhalb der britischen Regierung ernsteste Hoffnungen erweckt. —

Boncour für die Regierung.

+ Paris, 23. März. Im „Petit Parisien" äußert sich der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Boncour, der offizielle Vertreter Frankreichs im Völkerbund, am Sonntag über die Frage der militärischen Ueberwachung Deutschlands. Boncour vertritt in seinen Erklärungen die offizielle französische These, wonach die Kontrolle über die linksrheinischen Gebiete, die nach dem Friedensvertrag dauernd zu entmilitarisieren sind, durch eine permanente Kommission ausgeübt werden müsse. Boncour erklärt, daß Frankreich von dieser seiner Forderung nicht abgehen werde, unbekümmert um den Widerstand Deutschlands und die Einwände Englands, und daß die französische Regierung entschlossen sei, von ihrer Annahme die Räumung Kölns abhängig zu machen.

Wir können auf das bestimmteste versichern, daß der große Teil der sozialdemokratischen Fraktion und vor allem die sozialdemokratische Wählerschaft in diesen Fragen sehr wesentlich anders denkt als Boncour. —

Der zweite Magdeburger Prozeß.

Am 10. Verhandlungstag hatte die Verteidigung des Angeklagten Rothardt zahlreiche neue Zeugen geladen. Frau Jentsch aus Köpenick hat auch an der Treptower Versammlung teilgenommen, nachdem sie „selbstverständlich" in den Streik getreten war. Auf Fragen aus der Versammlung wegen der Wiederaufnahme der Arbeit — die Zeugin selbst hat diese Frage dem Redner zugerufen — hat Ebert geantwortet: „Wartet, bis Ihr von den Gewerkschaften bzw. den Obleuten zur Arbeitsaufnahme aufgefordert werdet, die Arbeit wird wieder aufgenommen." Am Montag sei die Arbeit denn auch wieder aufgenommen worden.

Der Zeuge Mahron, deutschnationaler Parteisekretär auf Rügen, war nur zwei Monate, vom Dezember 1917 bis Januar 1918, im Felde, sonst war er reklamiert. Beim Munitionsarbeiterstreik hatte er eine Vertrauensstelle bei Bergmann (Berlin). Die Anhänger der U. S. P. in seinem Betrieb hätten zwar Wert darauf gelegt, daß die S.-P.-D.-Leute mitstreikten, sie wünschten aber die S. P. D. nicht in die Streikleitung. Der Zeuge weiß nichts von einem Bericht, den der Zeuge Wahl aus seiner Bremer Kriegsbetätigung als Vorsitzender des „Freien Ausschusses für einen deutschen Arbeiterfrieden" erwähnt hatte. Bei Bergmann seien außer ihm, dem Zeugen, alle Arbeiter herausgegangen, als die S. P. D. in die Streikleitung eintrat. Am Abend der Treptower Versammlung hat der Zeuge mehrere Kollegen aus seinem Betrieb getroffen, die erzählten, Ebert und Dittmann hätten gesagt, Stellungsbefehlen brauche nicht Folge geleistet zu werden, doch habe Widerspruch darüber geherrscht,

ob Dittmann oder Ebert das gesagt habe.

Kaufmann Stefke aus Berlin-Adlershof, von Haus aus christlicher Gewerkschaftler, hörte aus Erzählungen seiner Kundschaft von der Treptower Versammlung. Manche hätten die Hoffnung ausgesprochen, daß nunmehr, nachdem auch die S. P. D. in die Streikleitung eingetreten sei, der Krieg unter der Wucht des Streikes beendet werde. Einzelne hätten auch erzählt, daß Gestellungsbefehlen nicht Folge geleistet zu werden brauche, andre, man solle sich an die Partei wenden, wenn man einen Gestellungsbefehl erhält. Von einer Warnung der christlichen Gewerkschaften vor Streikbeteiligung weiß Stefke nichts, dagegen behauptet der Zeuge Mahron, daß eine solche Warnung der Christlichen ergangen sei. Gleichzeitig muß er jedoch als Vorsitzender der Hirsch-Dunckerschen zugeben, daß deren Mitglieder sich an eine Warung nicht gehalten, sondern sich am Streike beteiligt haben. Der Zeuge gesteht, daß auch der Metallarbeiterverband vor dem Streike gewarnt hat.

Der nächste Zeuge ist der Dreher Siemann aus Braunschweig, heute eine der dortigen kommunistischen Größen. Während des Streikes war er als beurlaubter Soldat in den Artilleriewerkstätten in Spandau beschäftigt. Er gibt offen zu, daß er nach dem Streike

bis zum Ende des Krieges fahnenflüchtig

war. Er selbst hätte sich sowieso an dem Streike beteiligt, auch ohne Eintritt der Sozialdemokratie in die Streikleitung. Ebert habe seine Treptower Rede mit der Mitteilung begonnen, daß auch die S. P. D. in die Streikleitung eingetreten sei. Dabei wurde ihm zugerufen: Es war auch die höchste Zeit! Am Schlusse seiner Rede habe Ebert, nachdem er einen Zettel erhalten hatte, erklärt, den Gestellungsbefehlen solle nicht Folge geleistet werden. Der Zeuge versichert, daß zur Fahnenflucht aufgefordert worden sei; allerdings habe er sich mit diesem Gedanken schon getragen. Er habe sich darüber gewundert, da er so etwas von Ebert nicht erwartet hatte.

Darauf kommt die kommissarische Vernehmung des Heidelberger Universitätsprofessors Alfred Weber zur Verlesung. Er hatte sich nach dem Bewersdorff-Urteil als Zeuge gemeldet, um der rein objektiven Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Beim Streike wandte er sich an Ebert und Scheidemann, um eine Verständigungsmöglichkeit zur Beilegung des Streikes zu finden, nachdem sich die Lage durch die ablehnende Haltung Wallrafs zugespitzt hatte. In einer Unterredung mit Ebert habe dieser durchblicken lassen, daß durch eine Aussprache der Streik am schnellsten beendet werden könne. Das ganze Benehmen Eberts habe darauf hingewiesen, daß er lediglich die

möglichst rasche Beilegung des Streiks

im Auge hatte. Der Zeuge hält es für vollkommen ausgeschlossen, daß für Ebert irgendwelche parteipolitischen Vorteile bestimmend gewesen seien. Sein Verhalten sei das Gegenteil von dem eines Mannes gewesen, der den Streik fördern wollte. Die Art, wie man versucht hatte, den Streik abzudrosseln und die Ablehnung des Empfangs der Abordnung durch Wallraf hält der Zeuge heute noch für unzweckmäßig. Er hätte es für viel zweckmäßiger gehalten, auch in Berlin etwa wie in München vorzugehen. Eberts Rede im Hauptausschuß vor dem Streike sei keine Streikdrohung gewesen. Eberts Verhältnis zu den obersten Reichsbehörden sei durch diese Rede auch keineswegs getrübt worden.

Nach Verlesung einer weiteren kommissarischen Vernehmung des Kommerzienrats Eichler (Dresden) wurde die Verhandlung um 12¼ Uhr auf Montag vertagt. —

Der Stahlhelmskandal von Striegau.

Am elften Verhandlungstag setzte das Gericht die Untersuchung der einzelnen Beschuldigungen fort.

Die Entlastungszeugen für den Angeklagten Hauptlehrer Geburt werden nochmals vernommen. Sie haben sich bei der Schilderung der Vorgänge am Feldschlößchen bereits eingehend über die beruhigende Tätigkeit des Angeklagten geäußert und fügen ihrer Aussage, die sie nochmals unterstreichen, nur einige Einzelheiten hinzu. Dieselben Zeugen sollen auch über die Handlungen des Angeklagten Joseph Herden aussagen, der nach der Anklageschrift den Stahlhelmführer Hahn in den Tumult hineingestoßen haben soll. Sie bezeugen eidlich, daß es Herden, der an einer ganz andern Stelle stand, unmöglich war, überhaupt zu Hahn zu gelangen.

Der Stahlhelmzeuge Lehrer Lehmann aus Groß-Rosen bezeugt dasselbe, will aber gesehen haben, daß Herden auf einen Stahlhelmmann einschlug. Rechtsanwalt Bandmann hielt dem Zeugen vor, daß er, der Herden nicht gekannt und seit dem 26. Oktober nicht mehr gesehen hatte, heute ihn auf einmal wiedererkennen will.

Der Gastwirt Fischer vom Hotel Deutsches Haus in Striegau behauptet, daß der Angeklagte Lobers am Ringe heftig gestikulierte und dann in den Stahlhelmzug hineinschlug. Daraufhin entwickelte sich eine allgemeine Prügelei. Daß Lobers mit einer Wagendeichsel in die Stahlhelmer hineingeschlagen habe, bestreitet dieser Stahlhelmzeuge. Auch sonst habe er niemand gesehen, der mit einer Deichsel losgeschlagen habe. Der Zeuge will dagegen beobachtet haben, wie der Angeklagte Möse geschlagen habe. Ob Möse selbst geschlagen worden ist, weiß der Zeuge nicht.

Zeuge Regierungsrat Ademetz, auf dessen Vernehmung der Staatsanwalt so dringt, trotzdem der Zeuge über die Ausschreitungen doch gar nichts aussagen kann, bekundet über die Genehmigungspraxis der Regierung. Ueber die Gespräche mit dem Ministerium darf er nichts aussagen. Die Staatsanwaltschaft befragt den Zeugen ausführlich über die gesetzlichen Bestimmungen der Genehmigung. Der Zeuge bestätigt die Angaben des Landrats, während die Staatsanwaltschaft wiederholt versucht, dem Landrat eine ungenaue Ausführung der dienstlichen Aufträge nachzuweisen. Herr Koch sekundiert bei diesem Bemühen. Verteidiger Rechtsanwalt Bandmann erklärt dazu nochmals, daß es ihm unerklärlich sei, warum der Zeuge überhaupt vernommen werde. Die Staatsanwaltschaft zieht es jedoch vor, diese Frage nicht zu beantworten. Es ist offensichtlich, daß es ihr lediglich auf eine Kompromittierung des sozialdemokratischen Landrats ankommt, was ihr aber bei der durchaus korrekten Haltung des Zeugen Regierungsrat Adametz nicht gelingt.

Der Stahlhelmreiter Scholz will gesehen haben, wie ihn, der auf dem Pferde saß, der Angeklagte Lobers von oben auf den Kopf geschlagen habe. Wie Lobers, der nur mittelgroß ist, diese Handlung begangen haben könnte, bleibt ungeklärt.

Der Stahlhelmzeuge Ingenieur Reinhardt erklärt, daß er Müller gesehen habe, wie er die aufgeregte Menge zu beruhigen versuchte. Die Deichsel, durch die Reinhardt am Arme verwundet wurde, habe Müller nicht geworfen. Der Stahlhelmer, der durch seine ehrlichen Aussagen

vom Belastungszeugen zum Entlastungszeugen

wird, bestätigt die gesamte Schilderung, die Müller selbst von dem Vorfall gab. Der Stahlhelmführer Koch, der in seiner Aussage Reinhardt als den von der Wagendeichsel Verletzten bezeichnet hat, versucht jetzt seine unwahren Aussagen, daß Müller die Deichsel geworfen habe, dadurch zu decken, daß er behauptet, zwei oder mehrere Deichseln seien geworfen worden. Es kommt darauf zu erregten Szenen zwischen Verteidigung und Staatsanwalt, der einen seiner wichtigsten Anklagepunkte zusammenbrechen sieht. Rechtsanwalt Bandmann stellt ausdrücklich fest, daß unabhängig von der Frage, wieviel Deichseln überhaupt geworfen worden sind, sowohl Koch als Reinhardt denselben Vorfall meinen. Koch behauptet unbeeidet, Müller habe die Deichsel geworfen, die Reinhardt am Arm verletzte, während sein Stahlhelmkamerad Reinhardt, der von der Deichsel verwundet wurde, unter Eid bekundet, daß er genau gesehen habe, nicht Müller, sondern ein andrer habe die Deichsel geworfen.

Eine Anzahl weiterer Belastungszeugen gegen Lobers verwickeln sich in Widersprüche. Polizeiinspektor Lehmann kann nichts strafrechtlich Belastendes gegen Lobers aussagen.

Am letzten Verhandlungstag haben also ehrliche Stahlhelmzeugen die Reichsbannerkameraden entlasten und ihre eignen Leute der Lüge beschuldigen müssen. —

Notizen.

Ein Freispruch in Abwesenheit. Das Kriegsgericht Namur verhandelte am Freitag wieder eine Anklage gegen zwei deutsche Offiziere auf Brandstiftung. Das Gericht hielt jedoch die Anklage nicht für bewiesen und sprach die Angeklagten frei. In der öffentlichen Meinung Belgiens bereitet sich eine Reaktion gegen diese endlosen Kriegsgreuelprozesse vor. Man wird sich hier allmählich bewußt, daß diese Aburteilungen zu sehr schweren, aber völlig wirkungslosen Strafen nachgerade komödienhaft wirken und kaum geeignet sind, die historische Wahrheit festzustellen. Auch in der Presse kommt der Unwille bereits leise zum Ausdruck. —

In Abwesenheit verurteilt. Das Kriegsgericht Gent verurteilte in Abwesenheit zu 20 Jahren Zwangsarbeit den deutschen Soldaten Fischer der im Jahre 1914 einen Bauern in Tirlemont getötet haben soll. —

Eine Ebert-Büste im Reichstagsgebäude. Der Ausschuß für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschäftigte sich am Sonnabend mit der Anregung, das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten durch Aufstellung einer Büste oder eines Porträts im Reichstag zu ehren. Die Entscheidung fiel zugunsten der Aufstellung einer Büste. Die Kommunisten haben sich gegen den Plan ausgesprochen. Alle übrigen Parteien stimmten der Aufstellung einer Büste zu. —

Russischer Spionageprozeß. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur wurde vor dem Kiewer Kriegsgericht der Prozoß gegen 16 Teilnehmer einer unter Führung des ehemaligen zaristischen Generals Belawin stehenden antisowjetistischen Organisation eröffnet. Die Mitglieder sind der Kriegsspionage zugunsten Polens beschuldigt. Fast alle Angeklagten sind ehemalige Offiziere der Zarenarmee, einige dienen auch in der Roten Armee. Der Anklageschrift zufolge war das Ziel der Organisation, die Sowjetmacht zu stürzen. —

Tagung der Moskauer Internationale. Am Sonntag wurde in Moskau die Vollversammlung des Erweiterten Zentralexekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Anwesenheit von 240 Vertretern aller Länder eröffnet. —

Verhör der Matteotti-Mörder. Der Untersuchungsausschuß des italienischen Senats für die Matteotti-Angelegenheit hat am Sonnabend nochmals den mutmaßlichen Mörder Dumini verhört und nach ihm drei Stunden lang den ehemaligen Pressechef Rossi. In den nächsten Tagen werden die zwei andern Hauptangeklagten Filipelli und Volpi verhört werden. Unter den Zeugen, die von dem Gerichtshofe vernommen werden sollen, steht auch der ehemalige General der Nationalmiliz Balbo. —

Depeschen.

Günstiger Reichsbank-Abschluß.

Wb. Berlin, 23. März. Der Jahresabschluß der Reichsbank für 1924 weist einen Rohgewinn von 307,1 Millionen Reichsmark auf, wovon der größte Teil, nämlich 218,6 Millionen Reichsmark, im Kreditgeschäft aufgebracht wurden. Die Ausgaben beliefen sich auf 184,6 Millionen Reichsmark, so daß ein Reingewinn von 122,5 Millionen Reichsmark verbleibt. Zwanzig Prozent des Reingewinns, nämlich 24,5 Millionen, fließen in den gesetzlichen Reservefonds, während 55,6 Millionen Reichsmark dem Reiche und 42,4 Millionen Reichsmark den Anteileignern zufließen.

Der Anteil des Reiches ist zur Tilgung umlaufender Rentenbankscheine zu verwenden. Die Anteileigner erhalten zehn Prozent Dividende auf ein Grundkapital von 90 Millionen Reichsmark, und der Rest von 33,4 Millionen Reichsmark wird auf den Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlungen übernommen. —

Verschiebung des Provinziallandtages?

Wb. Halle, 23. März. Wie wir hören ist mit einer nochmaligen Verschiebung des Provinziallandtages zu rechnen. Die Einberufung des Provinziallandtages war bereits vom 24. auf den 31. März vertagt worden. Der neue Termin des Zusammentritts des Landtages steht noch nicht fest.

Balfour in Palästina.

Wb. London, 23. März. Einer Exchange-Meldung aus Kairo zufolge hat die britische Militärbehörde acht Panzerwagen und acht mit Maschinengewehren bestückte Autos nach Palästina gesandt, um den dortigen örtlichen Behörden bei der Aufrechterhaltung der Ordnung während der Anwesenheit Balfours zu helfen, der heute in Kairo eintrifft und am Dienstag nach Jerusalem weiterfährt. —

Augen auf! Die echten MAGGI's Fleischbrühwürfel
tragen auf der rot-gelben Packung den Namen MAGGI.
Andre Würfel stammen nicht von der Firma MA.-G.
Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des hygienischen Instituts der Universität Berlin, Geheimrats Professors Dr. Martin Hahn, unterstellt.

Das Publikum ist begeistert!

Reveille

Das große Wecken

eine Soldatentragödie aus einer kleinen Garnison.

Hauptrollen:

Ruth Weyer, Lilli Flohr, Werner Krauß, Steinrück, Gerd Briese.

Keine Nachahmung von Rosenmontag oder Aschermittwoch.

Zirkuskameraden

eine neue Fortgroteske, wie sie noch nicht gezeigt wurde.

Die Deulig-Woche

bringt u. a.:

Die Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten.

Verstärktes Orchester.

Beginn wochentags 4, Sonntags 3 Uhr.

Kammer-Lichtspiele

PL

Panorama-Lichtspiele

Frauen von heute

Ein Sittenfilm von überwältigender dramatischer Wucht.

Hyänen der Großstadt

Hauptrolle:

Robert Pitt

Ein spannender Kriminal-Abenteuerfilm.

Die neuste Deulig-Woche

Beginn: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Sie kennen Stops nicht?

Sie müssen Stops unbedingt kennenlernen!

Stops

spielt Militär-Humoresken von zündender zwerchfellerschütternder Wirkung.

Stops

läßt das Publikum nicht aus dem Lachen herauskommen in dem Schwank

Kamerad Schruppke

Eine Stunde donnernde Lachsalven

Das Publikum bedrängt uns in Zuschriften und Anrufen, das Gastspiel des Stops-Burlesken-Ensembles zu verlängern.

Auf der Leinwand: Der amüsanteste Film des Jahres

Der Goldfisch

nach dem Bühnenstück

Die Schule der Kokotten

Ein Komödienstoff voll toller Abenteuer.

Beginn werktags 7 Uhr.

Zirkus-Lichtspiele

Preußisch (Süddeutsche) Klassenlotterie (25./251.)

Ziehung	Einsatzpreis für jede der 5 Klassen				
1. Klasse	1/8	1/4	1/2	1/1	1 Doppellos
am 17. und 18. April	3 Mk.	6 Mk.	12 Mk.	24 Mk.	48 Mk.

Motto:

„Warum in die Ferne schweifen?
Sieh, das Gute liegt so nah!"

Auch **Magdeburg** hat Lose in allen Teilungen bei nachfolgenden staatlichen Lotterie-Einnehmern vorrätig:

Vogel Baenschstraße 6 Telephon 188/8455 Postscheck 3102	**Selle** Breiter Weg 187 Telephon 2786 Postscheck 2722	**Rosenthal** O.-v.-Guer.-Str. 106 Telephon 9348 Postscheck 90040
Lanz O.-v.-Guericke-St. 8 Telephon 6195 Postscheck 1144	**Helmecke** O.-v.-Guer.-St. 57a Telephon 748 Postscheck 3105	**Gerike** O.-v.-Guer.-Str. 48 Telephon 400 Postscheck 472
Frebel Breiter Weg 129 Telephon 7327 Postscheck 561	**v. Dresky** O.-v.-Guer.-Str. 13 Postscheck 7552	**Dorff** Kölner Straße 7 Telephon 4020 Postscheck 6023

Musik- Instrumente jeder Art sow. Ersatzteile u. Saiten in guter Ausführung zu billigst. Preisen. Grammophonplatten in bester Ausführ. F. Otto Müller, A. Neust., Weinberg 45.

Arkadia

Fröbelstraße

Jeden Abend 8 Uhr

Gustav Kluck

mit seiner Gesellschaft

Der große Erfolg!

Magdeburg, wie es weint und lacht

Volksstück m. Gesang

Das Unschuldslämmchen

Ankom. Burleske

Katzenjammer

Schwank

Sämtl. v. Gust. Kluck

Eintrittspr. 60 Pf.

Sie können nicht mitsprech., wenn Sie dies Progr. noch nicht gesehen haben. 900

Sprechmasch.-Reparaturen Apparate

von 30.05 Mark an Teilzahlung gestattet.

Müller, Apfelstraße 6.

Tel. Nebenanschl. 8146.

Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag ab 4 Uhr: 730

Die beliebten Kaffee-Konzerte!

Großes Programm!

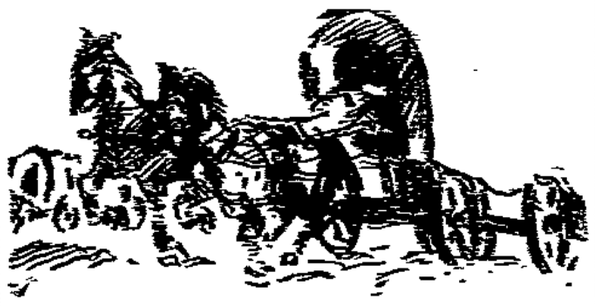
— Eintritt frei! —

Das Theater der internat. Großfilme

Die Sensation der Spielzeit!

Der große Erfolg!

Die Karawane



Der größte Auswandererfilm aller Zeiten!

10 spannende Akte von Menschen, die glaubten, in der Heimat nichts mehr zu verlieren, aber auch nichts mehr zu gewinnen.

Außerdem zeigen wir:

Ein fabelhaftes Lustspielprogramm

Beginn: 1/2 5, 1/2 7 und 1/2 9 Uhr.

Kinder halbe Preise.

Walhalla-Lichtspiele

Täglich vor überfülltem Hause:

Der letzte Mann

Hauptrolle:

Emil Jannings.

Das glänzende Beiprogramm!

Jugendliche haben Zutritt bei kleinen Preisen.

Spielzeit werktags 4 1/2 Uhr. — Kassenöffnung 4 Uhr.

Stadttheater

Dienstag den 24. März
Anf. 7 1/2 Uhr. 7. Abend. Ende 10 Uhr

Gastspiel Karl Jahn

Tiefland

Musikdrama von E. d'Albert.

Mittwoch den 25. März
Anf. 7 1/2 Uhr 8. Abend Ende nach 10 Uhr

Neu einstudiert!

Der Troubadour.

Voranzeige!

Gastspiel der

Mailänder Opern-Stagione

Künstlerische Leitung Dr. Ernst Lert.

Mittwoch den 1. April, 7 1/2 Uhr

Der Barbier von Sevilla

Donnerstag den 2. April, 7 1/2 Uhr

Cavalleria rusticana

Hierauf:

Der Bajazzo

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellung.

Sonntag den 29. März

Erstaufführung.

Anfang 8 Uhr

Das Kaffeehaus

Komödie (frei nach Goldoni) von Otto Zoff.

Dienstag den 24. März Vorstellung f. d. Volksbühne. Anfang 8 Uhr. Der Biberpelz. Komödie von Gerhart Hauptmann.

Zentral-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr die große Revue-Operette

Gräfin Mariza

Musik von Emmerich Kalman mit Oskar Neruda a. G. und der Original-Zigeuner-Kapelle Konkoly.

Freitag den 27. März: 25. Jubiläums-Aufführung von

Gräfin Mariza.

Siebentägiger Kartenvorverkauf an der Theaterkasse und den bekannten Vorverkaufsstellen. 211

Kalmuck-Jacken **Barchent-Unterhosen** 571

Winter-Lodenjoppen 2reih., m. Mufftaschen, auch in Sportfassen

G. Gehse, Johannisfahrtstr. 14

Grammophon

Eingetragene Schutzmarke

Apparate und Platten

in größter Auswahl! 12

F. Kroening's Söhne Breiter Weg 209/10

Zarte, weiße Haut

erzielen Sie Blasse auch so der größten Arbeit, wenn Sie

Dr. Diells Arnikaderma

zur Hautpflege benutzen. Enthält die heilkräftigen Bestandteile der Arnikablüten in wirksamster Form.

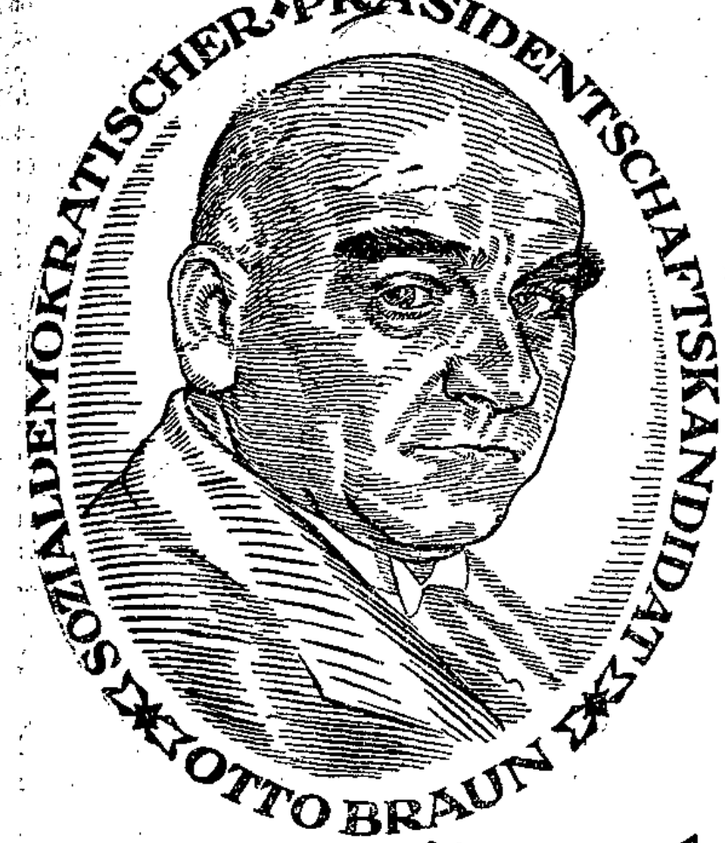
Tube 50 Pfg. In allen Apotheken, Drogenhandl. und Parfümerien. Hauptdepot: Ruto-Apotheke, gegenüber dem Bismarckdenkmal.

Blutreinigung im Frühjahr!

Jeder Mensch ist es seiner Gesundheit schuldig, von Zeit zu Zeit eine Blutreinigungskur zu machen, um sein Blut von Schärfen zu bereiten und eine Ablagerung giftiger Abfallstoffe zu verhüten. Dies wird erreicht durch eine gründliche **Blutentsäuerung** mit dem vielerprobten, ärztlich empfohlenen Mittel: **Chemiker Sydels Hefekur.** Das Präparat stärkt die Nerven und verbessert das Allgemeinbefinden. Man verlange die Gratisbroschüre „Ein Weg zur Gesundheit".

Hennenberg & Co. Nachf.,

Magdeburg, Kölner Str. 19 (nr Wilhelmstr.) und sämtliche Filialen der Stadt.



Des Volkes Präsident

Republik und Friede oder Krieg und Monarchie

Ein Volltreffer.

Die Veröffentlichung der Dokumente, die Jarres der Versackungspolitik und der Preisgabe der Rheinlande überführten, hat im Jarres-Block eine unbeschreibliche Verwirrung ausgelöst. Die Wirkung ist so stark, daß die gesamte Rechtspresse ihre Totschweigetaktik aufgibt und schon am Sonnabend verzweifelte Gegenstöße zu machen versucht. Dabei klappt freilich die Regie miserabel. Der „Berliner Lokalanzeiger" versucht, sich und seinem Kandidaten mit Frechheit zu dienen, indem er die damalige wahnwitzige Politik des Herrn Jarres als große nationale Tat zu feiern versucht. Die „Deutsche Tageszeitung" dagegen ist so erschlagen, daß sie die Echtheit der Dokumente abzustreiten versucht. Die eine Taktik ist so verfehlt wie die andre. Die Echtheit der Dokumente steht fest, und sicher ist für jeden Menschen mit normalem Verstand, daß die damalige Politik des jetzigen Kandidaten der Reichspräsidentschaft zum automatischen Verlust der Rheinlande geführt haben würde. Wenn jetzt Jarres und seine Freunde diese damalige Politik noch zu verteidigen versuchen, so machen sie die Situation für sich nur noch schlimmer. Denn dann bekunden sie, daß sie auch jetzt noch kein Bedauern über den Verlust des Rheinlandes aufzubringen vermögen. Dabei fällt der „Lokalanzeiger" besonders schwer herein. Er sucht die Weisheit der Jarresschen Politik dadurch zu begründen, daß er auf die noch immer fortwährende Besetzung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone hinweist. Dem überschlauen Blatte scheint ganz entgangen zu sein, daß für die Fortdauer der Besetzung dieser deutschen Gebiete nicht die Sozialdemokratie, sondern die von den Deutschnationalen geführte Reichsregierung verantwortlich ist. So groß ist also das Durcheinander im Jarres-Block, daß man der eignen Regierung antinationale Politik und jämmerliche Schwäche vorwirft.

Wenn die Rechtsparteien versuchen, die Jarressche Politik noch immer zu verteidigen, so muß man Stresemann gegen seinen Präsidentschaftskandidaten aufmarschieren lassen. Stresemann wußte ganz genau, welche verheerenden Folgen die Politik des Herrn Jarres für die Westgebiete mit sich bringen würde. Am 3. Februar 1924 hat er in einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei zu Stettin den Versackungspolitikern vorgeworfen, daß ihre Politik auf Kosten der schwergeprüften Rheinländer gegangen wäre:

> Diese Bevölkerung hat in den Nachkriegsjahren Ungeheures erdulden müssen. Sie weiß ganz genau, daß der Feind sich an ihr schadlos halten wird, wenn Deutschland die Bezahlung der Besatzungskosten einstellt. Dann werden die Kassen der Städte geplündert, und wir können überzeugt sein, daß man sich auch an dem Mobiliar der Bürger vergreifen wird. Deshalb sind auch alle Parteien der besetzten Gebiete bei der Regierung vorstellig geworden, ihnen diese Leiden zu ersparen.

Also alle Parteien des Rheinlandes, auch die Deutschnationalen, haben sich nach dem Zeugnis Stresemanns gegen die Jarressche Versackungspolitik gewandt. Nur die Deutschnationalen, die weit vom Schusse sind, glaubten sich diese, das Rheinland verheerende und verwüstende Politik leisten zu können. Auch in jener Sitzung in der Reichskanzlei, als Jarres den Kriegszustand mit Frankreich forderte, hat sich kein verantwortlicher Führer für seine Politik erhoben. Gegen ihn hat Stresemann gesprochen, gegen ihn der Führer des rheinischen Unternehmertums Dr. Hagen, gegen ihn die Vertreter der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, gegen ihn alle Vertreter von Organisationen und Behörden aus dem besetzten Gebiet. Es ist also freie Phantasie, zu behaupten, daß die Jarresschen Versackungspläne im Rheinland selbst irgendwie Widerhall gefunden hätten.

In das Gebiet dreister nationalistischer Verleumdungen fallen auch die etwas verschämt aufgestellten Behauptungen, daß die Sozialdemokratie den passiven Widerstand sabotiert habe. Wenn Jarres ein Ritter der Wahrheit ist, wie er sich ausgibt, so muß er aufstehen und muß für den nationalen Widerstandswillen der rheinischen Sozialdemokratie zeugen. Es gibt im Rheinland nur eine Partei, deren Fahne im Kampfe gegen die Rheinische Republik und legalen Separatismus nie auch nur eine Stunde geschwankt hat, und das ist die Sozialdemokratie! Auch da wieder erhebt sich Stresemann gegen die Lügen seiner jetzigen Freunde. In einem Aufsatze der „Zeit" vom 24. Juli 1923, also am Ende des passiven Widerstandes, hat Stresemann unsrer Partei bezeugt:

> Die Massen, die zur Sozialdemokratie stehen, haben an der Ruhr und in Oberschlesien, wie in Ostpreußen und Schleswig-Holstein bewiesen, daß sie ein Vaterland haben, sind in allen Abstimmungen für ihre deutsche Art und deutsche Abstammung eingetreten, sind heute mit einer der stärksten Faktoren gegen den Gedanken einer Rheinischen Republik.

Die Versuche der Rechtspresse, die Verdienste der rheinischen Arbeitermassen um die Erhaltung der Rheinlande als deutsches Gebiet herabzuwürdigen, sind einfach lächerlich, wenn man weiß, daß die Deutschnationalen und erst recht die Deutschvölkischen an Rhein und Ruhr keinerlei Bedeutung haben. Nur durch die großen Organisationen des Zentrums und der Sozialdemokratie sind Rhein und Ruhr in der Vergangenheit gehalten worden und werden sie auch in Zukunft gehalten werden. Nicht die deutschnationalen Zeitungsschreiber, die seit Jahren nur in nationalen Phrasen schwelgen, sondern die gewerkschaftlichen Arbeiter aller Richtungen im Ruhrland und im Rheinland haben mit ihren Fäusten die Separatisten niedergeschlagen. Auch hier wieder liegt das Zeugnis des Protektors des Herrn Jarres, nämlich des Herrn Stresemann, vor, der in den wilden Oktobertagen 1923, als Jarres die Rheinlande preisgeben wollte, den Freigewerkschaftlern Aachens ein Danktelegramm sandte für die Befreiung des Aacheners Rathauses von den Separatisten.

In ihrer Verzweiflung beginnt ein Teil der Rechtspresse nun die Zentrumspartei und die Demokraten des „Landesverrats" zu beschuldigen. Bald sind wir so weit, daß keine Partei in Deutschland außerhalb des Jarres-Blocks vor der Schmähung mit Landesverrat sicher ist. Die „Deutsche Zeitung" wirft dem Präsidenten des Preußischen Staatsrats, dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer, einem Zentrumsmann, und dem Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, Justizrat Falk, in dürren Worten Landesverrat vor. Sie hätten in jenen Zeiten Jarresscher Versackungspolitik eine „Rheinische Republik" oder ein ähnliches Gebilde gründen wollen. Wir sind nicht befugt, diese beiden Herren zu verteidigen. Sie werden sich selbst zu verantworten haben. Der geschichtlichen Wahrheit willen aber muß hinzugefügt werden, daß gerade der Parteifreund des Herrn Jarres, der Kölner Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordnete Moldenhauer, sich wochenlang für ein rheinisches Direktorium eingesetzt hat. Das war die Zeit, in der der damalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Meerfeld dem französischen Oberkommissar ins Gesicht rief: „Wenn ich den Gedanken der Loslösung verträte, so würde ich von meinen Freunden totgeschlagen, und das mit Recht!" Das waren die Wochen, in denen der damalige Reichsminister des Innern, Sollmann, auch nach dem Zeugnis aller Bürgerlichen, niemals auch nur eine Stunde ein Schwanken in der Rheinpolitik kannte.

Es steht also fest, auch nach dem Zeugnis Stresemanns: Die Politik des Herrn Jarres hätte zu den schwersten Bedrückungen der Rheinlande geführt, zur Plünderung der Kassen der Städte und des Eigentums der Bürger, zur vollendeten Anarchie — denn damals schon hatten die Separatisten zahlreiche Gebäude besetzt —, zur Loslösung des für die deutsche Wirtschaft entscheidenden rheinisch-westfälischen Industriegebiets und damit zur Zertrümmerung des Reiches, denn auch von Bayern her schlugen ja damals die Flammen in das Reichsgebäude. Jarres selbst traut in den veröffentlichten Dokumenten der damaligen bayrischen Regierung zu, daß sie sich vom Reiche los sagen würde.

Kein Wutschrei, nichts wird diese Tatsache erschüttern: Jarres und seine verhängnisvolle Politik sind gescheitert an dem Willen der Sozialdemokratie und an dem Willen der sozialdemokratischen Massen. —

Zersplitterung ist Arbeiterverrat.

Links von den bürgerlichen Parteien standen am 7. Dezember zehneinhalb Millionen Stimmen. Davon waren aber 2,7 Millionen kommunistisch! Sie haben damals den Kommunisten 45 von 491 Reichstagsmandaten gebracht. Was könnten sie ihnen diesmal bringen? Da doch nur ein einziger Mann gewählt werden soll, nichts!

Die Abgabe kommunistischer Stimmen hat nur einen Zweck: dem Arbeiterkandidaten — dem Manne, der für drei Viertel der links von den bürgerlichen Parteien stehenden Arbeiter ihr Kandidat ist — Stimmen zu entziehen und damit dem Kandidaten des Kapitalblocks einen Dienst zu erweisen.

Wer Thälmann wählt, wählt Jarres!

Die K. P. D. bedurfte noch dieser Selbstenthüllung, um sich als Arbeiterpartei unmöglich zu machen. Unfähig, ihre eignen Ziele zu ereichen, die sie innerlich längst aufgegeben hat, ist sie nur noch der Hetzhund des Großkapitals gegen die kämpfende Arbeiterpartei, gegen die Sozialdemokratie.

Auch die kleine Minderheit der Arbeiter, die heute noch hinter der Fahne Moskaus herläuft, gehört zu dem großen Heere der Unpolitischen, das für Jarres marschiert.

Die Macht des Reichspräsidenten ist begrenzt. Die Bedeutung der Wahl ist unbegrenzt. Ihren Ausfall wird man bis in die letzte Bude hinein spüren. Laßt den Block der Reichen siegen, der sich Reichsblock nennt, so werdet ihr bald merken, daß sich die „Herren im Hause" mehr denn je als die Herren der Lage fühlen!

Das soll nicht sein! Das darf nicht sein! Da muß der letzte Mann und die letzte Frau auf den Posten! Gegen Dummheit und Verrat, vorwärts für Otto Braun!

Klar zum Gefecht!

Am Sonntag den 29. März treten alle deutschen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, an die Wahlurne und erwählen sich

den Reichspräsidenten der deutschen Republik.

Wie unser unvergeßlicher, leider zu früh verstorbener Friedrich Ebert soll auch sein Nachfolger und sein Nacheiferer wieder ein Mann aus den Reihen des werktätigen Volkes sein, der die Leiden und Nöte seiner Volksgenossen aus eigner Anschauung kennt und mit dem Volke fühlt und denkt. Die Sozialdemokratische Partei hat als Kandidaten den bewährten Genossen

Otto Braun

aufgestellt, der sein ganzes Leben lang in der Arbeiterbewegung tätig ist, sich als Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und Reichstagsabgeordneter, als Landwirtschaftsminister und preußischer Ministerpräsident bewährt hat, der mit fester Hand gegen größte Widerstände das landwirtschaftliche und Wohnsiedlungswesen vorwärts brachte.

Diesem Manne zum Siege zu verhelfen, muß

Ehrenpflicht jedes Wählers

sein. Jeder muß für ihn werben, muß für ihn kämpfen. Jeder ist dazu in der Lage, in irgendeiner Weise zum Siege beizutragen. Einen Groschen für den Wahlkampf, eine Stunde für Flugblattverbreitung, einige treffende Worte gegen die Sozialistenhetzer, einen neuen Abonnenten für die „Volksstimme", ein neues Mitglied für die Sozialdemokratische Partei — das kann, das muß sich jeder Sozialdemokrat zum Ziele setzen. Wenn jeder so ein Stück Arbeit leistet, wenn sich diese Arbeit millionenfach wiederholt, dann ist

der Erfolg uns sicher!

Hochgeborene Schieber.

Das deutsche Volk soll nicht zum Nachdenken kommen über die seinerzeit beabsichtigte Preisgabe des Rheinlandes durch Jarres. Zur Ablenkung schreit deshalb die Jarrespresse nach der „Reinigung" des öffentlichen Lebens. Der Barmat-Geist hat's ihr angetan. Wenn Barmat schuldig sein sollte — bisher ist nach 3 Monaten Untersuchungshaft Anklage noch nicht erhoben! —, so wird er sicher schwer büßen müssen. Korruption

auszurotten, sind die Gerichte da; Korruptionserscheinungen aufzudecken, ist eine vornehme Aufgabe der Presse. Wer zur anständigen Presse zählen will, muß sich aber gegen jegliche Korruption wenden, sonst scheint sein Sittenwächtertum nicht ernst.

Merkwürdig, daß die Jarres-Presse den Vorgängen bei der Preußischen Pfandbriefanstalt sehr wenig Interesse entgegenbringt. Warum schreit sie hier nicht nach dem Staatsanwalt? Begreiflich: die Bitzewitze und Carlowitze sind Fleisch von ihrem Fleische; da versagt der Reinigungsdrang. Was sollte auch aus der vaterländischen Bewegung werden, wenn sie vor der Reichspräsidentenwahl noch von allen unsaubern Elementen gereinigt werden müßte!

Auch mit den von dem Großadmiral von Tirpitz entwendeten und zur Rechtfertigungs-Publikation benutzten Akten befaßt sich die Jarres-Presse nicht. Dem frühern Reichsinnenminister unterstand das Reichs-Archiv, in das diese Akten gehörten. Trotzdem im Reichstag auf Barmatrufe von rechts als Echo des öftern von links her der Ruf „Tirpitz" ertönte, verlangt die Jarres-Presse über die entwendeten Tirpitz-Akten weder Aufklärung, noch gibt die Rechtsregierung eine solche. Das Rechtfertigungsbedürfnis des Herrn v. Tirpitz in allen Ehren — was wir aber nicht verstehen, ist, daß Herr von Tirpitz den Geldertrag seiner zum Teil aus entwendeten Akten zusammengestellten Bücher nicht einmal Wohltätigkeitszwecken überweist, wie das z. B. Sven Hedin mit dem Ertrag seiner Kriegsbücher an das Rote Kreuz getan hat.

Die Jarres-Presse untersucht so gern alle Korruptionserscheinungen seit dem Tage der Revolution. Mit heiliger Scheu geht sie nur an dem Schieber-Bankhaus Grusser, Philippson u. Ko. vorbei, das in Berlin in der Voßstraße bis zum Jahre 1921 bestand und sich nach Auffassung des Ersten Staatsanwalts hauptsächlich mit Verbringung von Kapitalien Deutscher ins Ausland befaßte. Deshalb waren Kunden die sogenannten „bessern Kreise": Kapitalisten, Agrarier, Aristokraten aller Art, also Leute, die sich ihr Vermögen erhalten und den Staat um die Steuern betrügen wollten. Die in der Voßstraße angesammelten Effekten wurden bei dem holländischen Stammhaus Grusser deponiert. Nachdem an der deutsch-holländischen Grenze eines Tages eine Tasche beschlagnahmt worden war, in der die Kundenliste des Schieber-Bankiers Grusser enthalten war, wurde dieser gerichtlich verfolgt.

Unter den Konten waren solche mit Decknamen; aber diese Decknamen waren so deutlich gewählt, daß jedes Potsdamer Kind sofort wußte, um wen es sich handelte, zum Beispiel Cäcilie Mecklenburg, Gräfin v. Ruppin, Graf v. Utrecht, Eitel v. Fritz usw. Die Staatsanwaltschaft drang so in die Bandgeheimnisse des Hohenzollernhauses ein. Nach ihren Ermittlungen konnte Strafbares aber nur dem verflossenen Prinzen Eitel Friedrich von Preußen nachgewiesen werden. Abgefaßt, gab Eitel Friedrich vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin am 19. Mai 1921 zu, daß er Wertpapiere im Betrag von 337 000 Mark an die Grusser-Schieberbank gegeben hatte. Auf Frage teilte er mit, daß er durch seinen inzwischen verstorbenen Bruder Joachim in Beziehung zu diesem Schieber gekommen war. Der Staatsanwalt beantragte 15 000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer erkannte gegen Eitel Friedrich auf 5000 Mark, im Nichtbeitreibungsfall für je 15 Mark auf 1 Tag Gefängnis.

Im Falle Barmat, gegen den bisher noch immer keine Anklage erhoben ist, versucht die Jarres-Presse, jedem einen Strick zu drehen, der Barmat je gesehen hat. Im Falle Grusser läßt sich Graf Westarp auch nach der Verurteilung Eitel Friedrichs mit diesem bei der Weihe nationalistischer Vereinsfahnen photographieren, und die „Deutsche Tageszeitung" bringt zum Entzücken ihres für Reinigung des öffentlichen Lebens schwärmenden Publikums das Bild. Aber schließlich ist ja auch ein Unterschied: Eitel Friedrich ist nicht durch die Revolution verdorben worden. —

Dreimal beschlußunfähig.

Nicht weniger als drei Sitzungen hielt der Reichstag am Sonnabend ab. Sie boten manches Bemerkenswerte und etliche Gelegenheit zu parlamentarisch-taktischen Winkelzügen. Die Abgeordneten, die reisebereit waren, um zu den Präsidentenwahlreden ins Land zu fahren, wurden auf eine harte Pflichtprobe gestellt. Nach der Verabschiedung einiger kleinerer Gesetze wurde einer Kreditvorlage zugunsten des gewerblichen Mittelstandes zugestimmt.

Dann kam die Abstimmung über die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge zur Sicherung der Wahlfreiheit. Abgelehnt wurde der kommunistische, angenommen der sozialdemokratische Antrag. Bezeichnend ist, daß von den Kommunisten, die im Parlament und im Land ein großes Geschrei über die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit erheben, bei diesem wichtigen Beratungsgegenstand ganze vier Abgeordnete anwesend waren und sich an der Abstimmung beteiligten.

Dann gab es eine grundsätzliche Schuldebatte. Seit längerer Zeit schon beschäftigt sich der Bildungsausschuß des Reichstags mit den Vorstößen der Rechtsparteien und des Zentrums gegen die Grundschule. Diese Parteien benutzen jede Gelegenheit, um die Demokratisierung des Schulwesens aufzuhalten und die geringen Ansätze zu einer demokratischen Ausgestaltung wieder abzubauen. Der sozialdemokratische Redner rechnete gründlich mit ihnen ab.

* * *

Die drei Sitzungen.

Das Kabelpfandgesetz wird in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit unedeln Metallen. Danach sollen die Vorschriften dieses Gesetzes nicht für den börsenmäßigen Terminhandel in unedeln Metallen gelten. — Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ueber die Kreditgewährung an den gewerblichen Mittelstand berichtet dann Abg. Wienbeck (dt.-natl.).

Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung, zur Milderung der augenblicklichen Kreditnot der selbständigen mittelständischen Gewerbe die Reichsbank zu veranlassen, eine Summe von 30 Millionen Mark der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank als Darlehen auf 1 Jahr baldigst zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, die daraus zu gewährenden Kredite an die Kreditnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu einem wesentlich billigern als dem bisherigen Zinssatz weiterzugeben. Sollte die Beschaffung der Summe auf diesem Wege nicht möglich sein, so soll sie aus Mitteln der Reichspost zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Vg.) beantragt, daß die Kredite nicht nur an die Kreditgenossenschaften, sondern allgemein an die gewerblichen Kreditinstitute gegeben werden sollen.

Abg. Buchwitz (Soz.) gibt folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion bedauert, daß der von ihrer Seite im 22. Ausschuß gestellte Antrag:

Den durch Mehrheitsbeschluß des Unterausschusses gestrichenen § 3 der Anlage II der Richtlinien wiederherzustellen

von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden ist. Die Streichung des § 3 der Richtlinien bedeutet eine soziale Verschlechterung der Regierungsvorlage, weil die zur Durchführung notwendigen Geldmittel den andern sozial schlechter gestellten Friedenswertgruppen entzogen werden sollten. Die sozialdemokratische Fraktion bedauert das um so mehr, als die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion des 22. Ausschusses zu erkennen gegeben haben, daß sie bei einer zukünftigen eventuellen weitern Aufwertung die Friedenswertgruppe bis 2000 Mark als abgegolten betrachtet wissen wollen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt, daß sie diese Bestrebungen scharf bekämpfen und von der Erfüllung dieser Forderung jede weitere Zustimmung zu eventuellen spätern Aufwertungen abhängig machen wird. Nur die Tatsache, daß die große Not der von den Sanierungs- und Gewaltschäden Betroffenen ein schnelles Eingreifen erforderlich macht, hat die sozialdemokratische Fraktion davon abgehalten, ihren von der Ausschußmehrheit abgelehnten Antrag und ihre Entschließung im Plenum des Reichstags erneut einzubringen.

Wir stimmen dem Antrag des 22. Ausschusses zu, um jede Verzögerung des Inkrafttretens der Zwischenleistung zu vermeiden.

Der Antrag Drewitz wird insoweit angenommen, als „nur gewerbliche" Kreditnehmer in Betracht kommen sollen. Im übrigen wird der Antrag abgelehnt und der Ausschußantrag angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für die

Entschädigungsgesetze

und des Haushaltsausschusses über Anträge betr. Abänderung des Entschädigungsgesetzes. Die Ausschüsse empfehlen die Annahme folgender Entschließung:

„Die für Sanierungs- und Gewaltschäden nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährten Entschädigungen haben sich als unzureichend erwiesen. Die Notlage der Geschädigten erfordert dringend alsbaldige Abhilfe. Es sollen deshalb Mittel durch den Nachtragshaushalt bereitgestellt werden. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit der Durchführung der Richtlinien sofort zu beginnen. Durch diese Maßnahmen soll der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage nicht vorgegriffen werden." Der Ausschußantrag wird angenommen.

Der kommunistische Antrag betreffend

Sicherung der Wahlfreiheit

wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Müller (Franken, Soz.), die Reichsregierung zu ersuchen, bei den Ländern dahin zu wirken, daß alle die Wahlfreiheit einschränkenden Bestimmungen in Rücksicht auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten schleunigst aufgehoben und die verantwortlichen Beamten auf das nachdrücklichste angewiesen werden, auf die unparteiliche Durchführung dieser Anordnung zu achten. Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung des vom Ausschuß für Bildungswesen auf Grund von Anträgen aus dem Haus eingebrachten Gesetzentwurfs betr. den Lehrgang der

Grundschule.

Der Entwurf bestimmt, daß der Lehrgang der Grundschule vier Jahresklassen (Stufen) umfaßt. Im Einzelfall können besonders leistungsfähige Schüler unter Zustimmung der Grundschullehrer mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijährigem Besuch der Grundschule zur Ausnahmeprüfung für eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden. Diese Bestimmung soll am 1. April 1925 in Kraft treten. Die nähern Bestimmungen zur Durchführung sind durch die Landesgesetzgebung bis zum 1. April 1925 zu regeln.

Abg. Schreck (Soz.): Es ist ein beklagenswerter Zustand, daß für Kulturfragen im Reichstag immer erst kurz vor einem längern Abschluß Zeit gefunden wird. Dem Staatssekretär Schulz sind von der Rechtsregierung die Erziehungsfragen entzogen worden. (Hört, hört! links.) Hier zeigt sich der neue Kurs, statt Aufbau Abbau auf all den Gebieten, die die Volksbildung betreffen. Im Ausschuß hat sich eine Mehrheit gefunden, die nach unsrer Auffassung einen gewissen Abbau bei der Grundschule vornehmen will. Es handelt sich um ein Kompromiß, das zwischen den Parteien abgeschlossen wurde. Die Schulmänner, die die Führung bei der Verfertigung des Kompromisses hatten, haben eine schlechte Vorlage fertiggestellt. Kaum war das Kompromiß dem Reichstag zugeleitet, da stellte sich bei diesen Parteien das Bedürfnis nach einer Aenderung ein. Für diese Arbeit haben die Schulleute wahrhaftig die Zensur 5 verdient. Hinterher hatten sie alles aufgeboten, um ihr Durcheinander zu offenbaren. Sie brachten neue Anträge ein, durch die selbst das Kompromiß noch verschlechtert werden sollte. Es ist sehr bezeichnend, daß ausgerechnet die Vertreter des Zentrums jetzt im Gegensatz zu seiner Stellungnahme im Ausschuß eine Verschlimmerung durchsetzen wollen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Demgegenüber verlangt der Antrag der Sozialdemokratie:

Jede Verkürzung der Dauer des Lehrgangs der Grundschulen von mindestens vier Jahresklassen ist unstatthaft.

Mit der vierjährigen Grundschule ist der Anfang einer gewissen Einheitlichkeit gemacht worden, Laien wie Pädagogen bezeichnen ihn als einen Fortschritt, der nicht abgebaut werden darf. Was hier beabsichtigt wird, ist eine ungünstige Aenderung des Grundschulgesetzes, bedeutet für einzelne eine Ausnahme und ist deshalb vom Standpunkte der Volkserziehung und der Volksschule ein

Ausnahmegesetz.

Die Folge wird eine Begünstigung der Privat- und Familienschule sein. Darin liegt für die Volksschule die größte Gefahr. Es kann jemand genial veranlagt sein und doch im Hause des Ackerbürgers oder des Handwerks oder des Arbeiters das Licht der Welt erblickt haben. Wenn das notwendige Geld nicht zur Verfügung steht, dann hat das zur Folge, daß die geistigen Qualitäten nicht zur Förderung gebracht werden können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer die Volksschule besucht hat, wird zugestehen müssen, wie ungeheuer er darunter gelitten hat, daß Kinder von Reichen in die höhere Schule kommen konnten, während die an sich qualitativ weit überragenden, aber ärmern durch die zwei- oder dreiklassige Volksschule hindurch mußten. Was nützt es, von einem einigen Volke zu reden, wenn man gerade bei der Schule wieder anfängt, den besonders Leistungsfähigen und Begabten ein Vorrecht einzuräumen? (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wenn Sie sich darüber beklagen, daß schon im frühesten Kindesalter das Gefühl des Klassenhasses lebendig wird, dann sorgen Sie doch dafür, daß nicht schon in der Schule der furchtbare Mammon in Erscheinung tritt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Rheinländer (Ztr.): Das Grundschulgesetz besagt nicht, daß jedes Kind verpflichtet ist, die Grundschule 4 Jahre lang zu besuchen, sondern nur, daß der vierjährige Lehrgang der Volksschule die Grundschule bildet. Durch die Form des Ausschußbeschlusses ist der Gefahr vorgebeugt worden, daß die vierjährige Grundschule gelöst wird.

Abg. Runkel (D. Vp.): Wir kämpfen auch für die neunjährige Schuldauer, die durch den Uebergang schon nach 3 Jahren aus der Grundschule zu einer Mittel- oder höhern Schule viel eher gesichert wäre. Auch wir wollen keine Vorschule wieder.

Abg. Rönneburg (Dem.) begründet eine Entschließung, die eine Vorlage fordert, nach der die Lebenshaltungs- und Bildungskosten für hochbegabte Kinder, die zur Ueberführung in eine höhere Schule geeignet sind, in vollem Umfang von Reich, Ländern und Gemeinden zu tragen sind, wenn diese Kinder infolge der sozialen und wirtschaftlichen Lage ihrer Eltern sonst nur Volksschulbildung erhalten würden. Der Redner wendet sich gegen die Bestrebungen der Rechtsparteien.

Abg. Frau Lang-Brumann (Bayr. Vpt.) hält auf Grund der guten Erfahrungen in Bayern an der vierjährigen Grundschule fest. Von Prüfungen solle man nicht allzuviel halten, sie geben im allgemeinen kein richtiges Bild.

Abg. Petzold (Wirtsch. Vg.) stimmt dem Ausschußantrag zu. Er habe das Vertrauen, daß das Lehrpersonal die richtige Auslese treffen werde.

Abg. Frau Pfülf (Soz.) beantragt Zurückverweisung an den Ausschuß.

Zur Feststellung der Beschlußfähigkeit muß Namensaufruf erfolgen, da Sozialdemokraten und Kommunisten und ein Teil der Demokraten den Saal verlassen haben. Es werden nur 172 Karten abgegeben, das Haus ist also

nicht beschlußfähig.

Präsident Löbe beraumt eine neue Sitzung auf 3 Uhr an mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Präs. Löbe eröffnet die neue Sitzung kurz nach 3 Uhr. Als 1. Punkt steht auf der Tagesordnung der Ausschußbericht über die Anträge betr. Ausnahmetarife der Reichsbahn für Erz und Kohle.

Abg. Dr. Reichert (dt.-natl.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß beantragt, die Ausnahmetarife für den Eisenerzversand aus den Bergbaugebieten an Sieg, Lahn, Dill, in Oberhessen und aus den benachbarten Gebieten mindestens auf den Vorkriegssatz und die Ausnahmetarife für den Brennstoffbezug der Gruben und Eisenhütten um mindestens 20 Prozent zu ermäßigen.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Das Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Guatemala wird ohne Aussprache in erster Beratung angenommen. Bei der zweiten Beratung bezweifelt Abg. Henning (dtsch.-völk.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präs. Löbe erklärt, einige Minuten warten zu wollen, und stellt dann unter allgemeiner Heiterkeit fest, das Bureau sei sich über die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht einig, es müsse daher namentliche Auszählung durch Kartenabgabe erfolgen. Die Auszählung ergibt bei 207 abgegebenen Karten wiederum die Nichtbeschlußfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird daher abgebrochen und Präsident Löbe setzt eine neue Sitzung auf 3 Uhr 30 Min. an mit der Tagesordnung: Petitionen und zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen.

Präs. Löbe eröffnet die dritte Sitzung kurz nach 3½ Uhr.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen.

Abg. Levi (Soz.): Ein Staat, der 715 Millionen für die Großindustriellen aufwenden kann, muß in der Lage sein, auch seinen Verpflichtungen in bezug auf den

Rechtsschutz der Armen

nachzukommen. Es geht nicht an, daß die Nachteile auf einen einzigen Stand abgewälzt werden. Wenn wir uns auf den Standpunkt der Armen stellen, so erinnern wir uns an das bekannte Wort, das Armenrecht sei zwar umsonst, es sei aber auch danach. Die Vorlage der Regierung ist ein Rückfall in veraltete Rechtsanschauungen, der Staat muß sich seiner Verpflichtung gegenüber den Armen bewußt sein; das kommt aber in dem Gesetzentwurf der Regierung nicht zum Ausdruck. Deshalb wird meine Fraktion dagegen stimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Meyer (Berlin, Dem.) wendet sich dagegen, daß eine solche Angelegenheit, bei der die Ansichten des Hauses weiter auseinandergehen als beim Handelsabkommen mit Guatemala, vor fast leerem Haus erörtert wird.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Staat selbstverständlich den Rechtsschutz der Armen garantiere.

Die einzelnen Paragraphen der Vorlage werden in zweiter und dritter Beratung angenommen. Vor der Schlußabstimmung bezweifelt Abg. Dittmann (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es erfolgt nochmals Auszählung. Es werden 190 Karten abgegeben, das Haus ist also wieder beschlußunfähig.

Präsident Löbe beraumt nunmehr die nächste Sitzung auf Dienstag den 31. März, nachmittags 3 Uhr, an mit der Tagesordnung: Unfallversicherung, Lehrgang der Grundschule, Anträge über Junglehrer, kleine Vorlagen.

Schluß gegen ½5 Uhr. —

Sozialdemokratie für Mieterschutz.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat angesichts der Bestrebungen der Rechtsparteien auf Abbau des Wohnungsrechts und der Verewigung der Wohnungsnot einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die folgende Materien neu ordnet:

I.

Nach Artikel 155 der Reichsverfassung ist ein Rahmengesetz zu schaffen, das die Rechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden in der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft abgrenzt.

II.

Die gebundene Wohnungswirtschaft einschließlich Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz wird unter Abweisung jeder Lockerung so lange aufrechterhalten, bis ein neues Wohnrecht auf Grund des Artikels 155 der Reichsverfassung geschaffen ist.

III. Wohnungsprogramm.

1. Zur planmäßigen Linderung der Wohnungsnot ist ein Wohnungsprogramm aufzustellen, das die bestehende Wohnungsnot beseitigt und den zuwachsenden Wohnungsbedarf in spätestens 7 Jahren befriedigt. Die Länder und Gemeinden sind verpflichtet, im Rahmen des Reichswohnungsprogramms eine noch festzusetzende Mindestzahl von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung und kinderreichen Familien zu erbauen.

2. Die Mittel zur Durchführung des Wohnungsprogramms sind durch eine Wohnungsbauabgabe von allen Gebäuden und Gebäudeteilen in Höhe von 20 v. H. der Friedensmiete (wo die Friedensmiete nicht festgestellt werden kann, nach dem Nutzungswert der Gebäude des Friedensstandes) zu erheben.

Nicht zahlungsfähige Mieter (Erwerbslose, Kleinrentner, Schwerkriegsbeschädigte usw.) bleiben von der Wohnungsbauabgabe befreit.

Die Wohnungsbauabgabe ist ausschließlich zum Wohnungsneubau und zur Erhaltung des alten Wohnraums sicherzustellen. Die Wohnungsmiete darf als Steuerquelle für Reich, Länder und Gemeinden nicht benutzt werden.

Die Wohnungsbauabgabe wird von den Gemeinden erhoben. 20 v. H. des Ertrags fließen in einen Reichsausgleichsfonds zur Verwendung in besonders bedürftigen Bezirken und

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. März 1925.

Heimlich Erwachen.

Und wie ich heut' durch den Garten schritt,
schwang immer ein leises Jubeln mit;
an allen Enden, an allen Ecken,
war das ein Werben, ein Lachen, Verstecken,
ein Singen und Klingen hoch in den Lüften,
und gar schon ein tiefes, geheimes Düften,
von brauner Scholle und jungem Grün,
von ersten Veilchen; — und die Sonne schien; —
und auf den Wegen mit Tanz und Geschrei
jauchzten die Kinder den Frühling herbei.

Oskar Schönberg.

Ein Volkshaus.

Die Magdeburger Stadtväter haben schon in der Vorkriegszeit beraten und studiert, ob und wie eine Stadthalle zu errichten sei. In der Nachkriegszeit tauchte das Projekt wieder auf in Verbindung mit der Miama. Eine Stadt von der Bedeutung Magdeburgs braucht Räume für große Versammlungen, für Kongresse und ähnliche Veranstaltungen, darüber dürften kaum noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Hallen und Räume für große Versammlungen sind vor allen eine demokratische Notwendigkeit. In einer Demokratie sind sie ebenso erforderlich wie Verkehrseinrichtungen, Zeitungen usw.

In Magdeburg hat man in den letzten Jahren nicht viel vom Stadthallenprojekt gehört. Der Magistrat hat aber daran arbeiten lassen und bringt nun eine Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung ein, in der es heißt:

„Die Versuche, gleichzeitig mit der Mitteldeutschen Ausstellung 1922 einen Stadthallenbau zu errichten, sind an der Inflation gescheitert, welche auch alle übrigen Entwürfe zunächst zum Stillstand brachte. Nachdem infolge der Stabilisierung der Mark die Verhältnisse übersichtlicher geworden waren, hat der Magistrat in seiner Sitzung vom 8. September 1924 die Frage wieder aufgenommen und zunächst von sich aus einen Unterausschuß eingesetzt, der, bevor an die Stadtverordneten-Versammlung herangetreten wurde, die Platzfrage klären sollte. Der Ausschuß hat zwei Sitzungen gehabt. In der ersten ist vom Hochbauamt und Stadterweiterungsamt ein Verzeichnis der Grundstücke vorgelegt worden, welche für den Bau einer Stadthalle irgendwie in Betracht gezogen werden könnten. In der Erörterung des Ausschusses sind jedoch lediglich das bereits 1921 in Betracht gezogene Gelände am Heinrich-Heine-Platz (vor der Miama) und das Zitadellengelände als zweckentsprechend für den Bau einer Stadthalle bezeichnet worden.

Der Ausschuß war der Meinung, daß für einen Prunkbau, wie er in der Vorkriegszeit von verschiedenen Städten errichtet worden ist, lediglich das Zitadellengelände allen Anforderungen genüge, zumal da an dieser Stelle durch Verbindungen mit einem Stadthaus gleichzeitig für die Stadt Repräsentationsräume großen Stiles gewonnen werden könnten. Er war aber mit Rücksicht auf die Finanzlage und die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen zwischen Stadt und Staat über die Zitadelle ergeben hatten, weiter der Ansicht, daß ein solcher Plan viele Jahre zu seiner Verwirklichung bedürfe und daher für die Gegenwart nicht in Betracht komme. Er empfahl daher dem Hochbauamt — ohne den Gedanken eines Baues auf der Zitadelle für spätere Zeiten ganz aufzugeben —, für das Gelände am Heinrich-Heine-Platz den Entwurf für einen Zweckbau herzustellen, der, obwohl in einfacherer und leichterer Bauart gedacht, trotzdem ein würdiges Aussehen und eine Haltbarkeit von Jahrzehnten haben sollte, dabei aber in seinem Kostenaufwand so weit ermäßigt werd enkönnte, daß seine Ausführung auch in den heutigen Zeiten finanziell zu verantworten wäre. Zugleich war in dieser Sitzung gelegentlich des vom Hochbauamt vorgelegten Bauprogramms nebst Entwurfskizzen die Anregung gegeben worden, mit dem Bau

ein Volkshaus

als Mittelpunkt der gesamten Bestrebungen der Volksbildung zu verbinden.

In der zweiten Sitzung hat das Hochbauamt gemäß dem gegebenen Auftrag den Entwurf vorgelegt, der für den Hauptbau, den eigentlichen Saalbau, so gehalten ist, daß er, falls später der Bau auf dem Zitadellengelände zur Errichtung kommen sollte, in Verbindung mit dem Ausstellungsgelände, insbesondere als Ausstellungshalle weiter benutzt werden kann. Des weitern war auch der Gedanke des Volkshauses berücksichtigt, und dadurch weiter ausgestaltet, daß an der gleichen Stelle auch das von weiten Kreisen der Bürgerschaft, insbesondere dem Verband wissenschaftlicher Vereine, gewünschte Planetarium vorgesehen wurde.

Die vom Hochbauamt vorgelegten Entwürfe wurden einer Erörterung unterzogen und davon Kenntnis genommen, daß danach mit einem Kostenaufwand von etwa 1½ Millionen Mark ein Bau in der Art, wie er dem Ausschuß vorschwebt, hergestellt werden kann.

Der Magistrat ist den Beschlüssen beigetreten. Insbesondere ist er der Meinung, daß auch hier das Wort „Doppelt gibt, wer schnell gibt," gilt, und daß es deshalb nicht darauf ankommen kann, große Pläne aufzustellen, deren Ausführung für die Gegenwart ausgeschlossen ist, sondern von vornherein ein eng begrenztes Ziel in Aussicht zu nehmen, dessen Erreichung auch unter den heutigen Verhältnissen nicht unmöglich erscheint. Der Magistrat schlägt nun die Wahl eines Ausschusses aus Stadträten und Stadtverordneten vor."

Eine kleine Gemeinheit leistet sich bei der Gelegenheit die „Magdeburgische Zeitung" gegen den früheren Stadtbaurat Taut. Sie behauptet, das Stadthallenprojekt vom Jahre 1922 sei gescheitert an den Intrigen des Stadtbaurats Taut. Wenn gegen den Plan von 1922 intrigiert wurde — die „Magdeburgische Zeitung" weiß offenbar davon —, so rührte das vor einer ganz andern Seite her. Zu hoffen ist nun, daß an dem neuen Plane tatkräftig gearbeitet wird. Die Absicht, auf dem Roten Horn ein Volkshaus zu bauen, das den Volksbildungsbestrebungen und auch dem Versammlungswesen dienstbar gemacht werden kann, ist sehr zu begrüßen. Wir werden auf das Projekt noch zurückkommen. —

Blamable kommunistische Wahldemonstration.

Die Kommunisten hatten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln aufgerufen zur „Riesendemonstration". Um einen Vorwand dazu waren sie nicht verlegen. Die von den Maerckertruppen vor fünf Jahren erschossenen Demonstranten, die auf dem Westfriedhof zur letzten Ruhe gebettet sind und denen von der Magdeburger Arbeiterschaft ein schlichtes, aber vornehmes Grabmal errichtet wurde, sollten „geehrt" werden durch Kranzniederlegung. Weil der Magistrat der Meinung war, daß ein Friedhof nicht dazu da ist, Wahlversammlungen abzuhalten, hatte man diesen am Sonntag nur für eine Kranzdeputation öffnen wollen. Dieses durchaus plausible Verbot benutzten die Kommunisten, um in der unflätigsten Weise gegen die Sozialdemokraten und besonders gegen den Oberbürgermeister Beims zu schimpfen. Beims wurde für diese Opfer verantwortlich gemacht, trotzdem auch die Kommunisten ganz genau wissen, daß gerade durch die kluge und hingebende Arbeit des Sozialdemokraten Beims die Revolutionstage in Magdeburg viel ruhiger verliefen als an andern Orten. In nichts unterscheiden sich jene Demagogen von den Mördern Rathenaus und Erzbergers, deren Methoden — einen politischen Gegner mit allen Mitteln zugrunde zu hetzen — sie haargenau kopieren.

Am Sonnabend wurde die Sperre des Westfriedhofs aufgehoben, und den Kommunisten davon Mitteilung gemacht.

Trotzdem die Agitationsbedingungen für die merkwürdigen Klassenkämpfer von Moskaus Gnaden die allergünstigsten waren und trotzdem sie in einer Art ausgenutzt wurden, die an Ruchlosigkeit nicht mehr überboten werden konnte, fanden sich am Sonntag zum Zuge durch die Stadt kaum mehr als 800 Personen (darunter noch etwa 50 Kinder) ein, die mit Schildern und Fahnen hinter Berittenen hermarschierten. Die Polizei hatte alles getan, um den Demonstranten einen Weg zu bahnen, bekam aber nicht viel zu tun, weil kaum Neugierige sich ansammelten.

Beim Zuge durch die Münzstraße brach mitten im „Nieder"-Gebrüll, das automatisch vor dem „Volksstimme"haus einsetzte, eine Frau mit rotem Kopftuch unter Krämpfen zusammen und wurde von Sozialdemokraten ins Haus gebracht. Es entstand Unruhe im Zuge. Man mußte erst beruhigen und erklären, daß die Sozialdemokraten helfen und nicht „rächen". Nachdem einige kommunistische Samariter hereingeholt worden und die Frau wieder einigermaßen hergestellt war, wurde sie im Auto nach Hause gebracht.

Auf dem Friedhof hielt man — selbstverständlich — wüste Reden gegen die Sozialdemokraten und für den kommunistischen Präsidentschaftskandidaten. Ueber den zusammengedrängten Menschen wurde, hochauf, bei allen Reden ein großes Plakat „Rache" in schreienden Farben geschwenkt. Mehr ist nicht nötig, um das ganze Unternehmen zu charakterisieren.

Man vergleiche mit dieser kommunistischen Wahlversammlung inmitten der feierlichen Stille der Gräber die Radiomeldung „Kommunistischer Terror", um die ganze Verlogenheit dieser Leute zu erkennen.

In einer Richtung war der Zug gut und lobenswert: Es wurde aller Welt gezeigt, daß niemand mehr auf die verlogenen Phrasen der Kommunisten hereinfällt. —

Das Wohnungsproblem.

Für den Landesverband Sachsen im Bunde deutscher Mietervereine, E. V., hielt Oberregierungsrat Hoppe vom sächsischen Landeswohnungsamt einen bemerkenswerten Vortrag über die Finanzierung des Wohnungswesens und die Wohnungswirtschaft der Zukunft, dessen Inhalt wir hier wiedergeben.

Unter Hinweis auf die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstags betonte Hoppe, daß wir in der Wohnungswirtschaft vor einem entscheidenden Wendepunkt stehen. Es handle sich darum, die Wohnungsbewirtschaftung in einen endgültigen Zustand überzuführen und dabei zu einer planmäßigen Wirtschaft zu kommen. In England habe man klar und deutlich erkannt, was notwendig ist, und ein Wohnungsbauprogramm auf 15 Jahre aufgestellt und zu dessen Durchführung große Mitel bewilligt. Dabei sind in England die Wohnungsverhältnisse bei weitem nicht so schlimm wie bei uns. England bietet ein Beispiel dafür, wie ein politisch kluges und willenskräftiges Volk ein derartiges Problem in großartiger Weise anzufassen hat. In Deutschland erlebe man so ziemlich das Gegenteil von dem, bei uns stolpere man

aus einer Planlosigkeit in die andre.

Aus den bisherigen Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstags hat Hoppe, der ihnen selbst beigewohnt hat, den Eindruck gewonnen, daß man sich dort der Bedeutung der Frage gar nicht so bewußt ist, wie man es erwarten sollte. Im Ausschuß spielt die Konjunktur in der freien Wirtschaft eine außerordentlich große Rolle.

Hoppe wandte sich zunächst der Frage zu:

Was kostet der Wohnungsbau in der freien Wirtschaft?

und kam dabei zu dem Ergebnis, daß die reinen Baukosten zurzeit ungefähr das 1,8fache der Friedenshöhe betragen, während der Zinsfuß sich gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht hat. Man müsse also die Baukosten mit dem Zinsfuß multiplizieren und komme so zu dem Ergebnis, daß die Baukosten der unter der freien Wirtschaft erstellten Wohnhäuser das 5,4fache der Friedenssätze ausmachen. Demgemäß müßten sich dann auch die Mieten stellen, wenn sich das Privatkapital für den Wohnungsbau interessieren sollte. An diesem einfachen Rechenexempel hängt das ganze Schicksal der freien Wirtschaft.

Die Weltmiete beträgt ungefähr das 1,5fache des Friedensstandes. Wollen wir exportieren, also auf dem Weltmarkt konkurrieren, so darf unsre Miete nicht höher sein als in den andern Ländern. Hoppe hält es aus wirtschaftspolitischen Gründen für ausgeschlossen, daß die Mieten in kurzer Zeit auf diesen Stand gebracht werden können, weist aber darauf hin, daß einer planmäßigen Wohnwirtschaft die größten Widerstände entgegenstehen.

Ein böses Zeichen für die deutschen politischen Verhältnisse

sei es, daß gegen den reinen Interessenstandpunkt der radikalen Hausbesitzerkreise nicht die gesamte Presse energisch Stellung nimmt. Die Handelskammern, die ebenso wie das Baugewerbe den Standpunkt der freien Wirtschaft vertreten, handelten gegen ihre eignen Interessen, denn die Industrie müßte natürlich bei 1½facher Friedensmiete auch entsprechende Löhne und Gehalte zahlen, was unsre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stark beeinträchtigen müßte. Der mystische Glaube an die Allheilkraft der freien Wirtschaft hält gegenüber der sehr einfachen und nüchternen Rechnung nicht stand.

Die überwiegende Mehrheit des Reichstagsausschusses scheine gewillt zu sein, 20 Prozent der Friedensmiete für den Wohnungsbau und die Wohnungserhaltung zu bewilligen und der Wohnungsabgabe den Charakter als Reichssteuer zu geben. Der Entwurf für den Finanzausgleich, der höchstens 10 Prozent für den Wohnungsbau bewilligen wolle, habe wenig Aussicht auf Annahme. Hoppe schlägt eine

Ablehnung der Aufwertungssteuer

durch

Besteurung des Bodenwertes

vor und sagt, daß die Veranlagung nach den Erfahrungen in Anhalt außerordentlich einfach ist und sehr günstige soziale Wirkungen hat. An einwandfreien Beispielen wies er überzeugend nach, daß Arbeiterhäuser und Grundstücke mit mittlern Wohnungen in steuerlicher Beziehung ganz wesentlich entlastet würden, während auf der andern Seite Villengrundstücke und besonders Geschäftshäuser in bevorzugter Lage viel schärfer belastet werden. Die zurzeit geltenden 28 Prozent der Friedensmiete für Instandhaltung der Arbeiterwohnhäuser reichen allerdings nicht aus, um den Verfall aufzuhalten.

Die Friedensmiete verteilt sich im Durchschnitt zu einem Fünftel auf den Boden und zu vier Fünfteln auf das Gebäude. Der Grundstückseigentümer bekommt also auch für den Boden Miete und steckt in den Fällen, wo der Bodenwert den Grundstückspert — mitunter sogar um ein Vielfaches — übersteigt, erhebliche Gewinne ein. Deshalb ist es durchaus zulässig und erwünscht, daß hier der Bodenwert stärker belastet wird.

Hoppe macht den Vorschlag, an der Aufwertungssteuer für den Wohnungsab nichts zu ändern, aber darauf zu bestehen, daß diese auf 20 Prozent erhöht wird, wenn auch erst von 1926 an. In diesem Jahre würden 15 Prozent genügen. Mit den 20 Prozent Aufwertungssteuer für Wohnungszwecke würde man dann

in etwa 10 Jahren die Wohnungsnot beheben

können. Der allgemeine Finanzausgleich ist aber auf die Besteurung des reinen Bodenwertes zu verweisen. Diese Steuer müßte etwa 2 bis 3 Prozent des Bodenwertes betragen und vom Ertrag ein Drittel dem Staate und zwei Drittel den Gemeinden, denen auch noch ein Zuschlagsrecht einzuräumen wäre, zufließen, so daß diese Steuer das Rückgrat der städtischen Finanzen bilden würde. Von dieser Steuer hätte man sich auch günstige bodenpolitische Wirkungen zu versprechen, insofern eine Verbilligung des Bodens erzielt werden würde. Neu entstehende Grundrenten müßten mit einem erheblich höheren Betrag zur Steuer herangezogen werden. Auf diese Weise würden wir den Boden in die öffentliche Hand bringen. Von der Entscheidung, wie der Finanzausgleich zustande kommt, hänge die Höhe der Mittel für den Wohnungsbau ab.

Im zweiten Teile seiner Ausführungen behandelte Hoppe in ebenso interessanter Weise

die Frage der zukünftigen Mietzinsbildung.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags habe, ohne selbst Vorschläge dafür zu machen, in seiner letzten Sitzung das Ersuchen an die Reichsregierung beschlossen, eine Gesetzesvorlage bis zum 30. April einzubringen. Es habe sich aber im Ausschuß anscheinend der Gedanke durchgesetzt, den Hauseigentümer in der Verzinsung seines Eigenkapitals genau so zu behandeln wie den Hypothekengläubiger. Diese Lösung würde dem Grundsatz der Billigkeit und Gerechtigkeit entspringen und habe bereits in der Aenderung der Dritten Steuernotverordnung Aufnahme gefunden. Darüber hinaus habe der Hausbesitzer weiter keine Ansprüche, er müsse aber noch für seine Verwaltungsarbeit eine Vergütung erhalten, da sich die Auffassung, daß es sich um eine reine Vermögensverwaltung handle, nicht länger rechtfertigen lasse. Diese Sache müßte aber einheitlich für das ganze Reich geregelt werden. Dieser Prozentsatz sollte auch nicht so knapp bemessen werden. Alles übrige müsse der Hauseigentümer aber unbedingt zur Instandhaltung des Grundstücks verwenden. Auf diese Weise würde eine starke Vereinfachung des ganzen Verfahrens erzielt. Als Garantie dafür, daß die Mieten wirklich demgemäß verwendet werden, sei die Bestimmung notwendig: Handelt ein Grundstücksbesitzer wiederholt dem entgegen, so wird ihm die Verwaltung entzogen und diese der Mietervertretung übertragen.

Es müßte eine Buchführungspflicht eingeführt werden in dem Sinne, daß der Hausbesitzer Buch zu führen und die Belege über die Ausgaben aufzuheben hat. Beides hat er im Verdachtsfalle, daß er seine Pflichten verletzt, dem Wohnungsamt vorzulegen. So würde der korrekt handelnde Hauswirt Freiheit bekommen, der inkorrekt handelnde sich aber eine Kontrolle gefallen lassen müssen. Wir würden so die Mietpreisbildung auf eine einfache Linie und unter ganz neue Gesichtspunkte bringen.

Bei der Mietpreisbildung und der Aufwertungssteuer sind auch folgende

soziale Gesichtspunkte zu beachten.

Ein Arbeiterhaus mit vielen kleinen Wohnungen braucht viel mehr an laufenden Instandsetzungen und Betriebskosten, als z. B. eine Dreifamilienvilla. Deshalb müssen die Arbeiterhäuser einen wesentlich größeren Betrag für Instandsetzung bekommen, während auf der andern Seite die Instandsetzungsbeträge für Grundstücke mit großen Wohnungen, die bloß zu einer ungerechtfertigten Rente für den Hausbesitzer führen, entsprechend herabzusetzen sind. Man müsse also zu einer Differenzierung kommen. Eine Miete von 50 Prozent ist für ein reines Arbeiterwohnhaus noch nicht ausreichend, dagegen kommt der Besitzer eines Dreifamilienhauses mit weniger aus. Der Ausgleich muß aber bei der Aufwertungssteuer erfolgen. Alle Grundstücke würden mit ungefähr 70 Prozent der Friedensmiete zu belasten sein. Auf diese Weise würde eine bessere Instandsetzung der Häuser erreicht werden.

Bei den großen Instandsetzungen, für die auch eine Entschädigung in der Miete gefordert werde, ist zu berücksichtigen, daß diese früher auch nicht aus den laufenden Mieten bestritten wurden. Hierzu müßten Hypotheken aus der allgemeinen Aufwertungssteuer aufgenommen werden.

Die Vorschläge, für deren Annahme sich die Mieterorganisation mit allen Kräften einsetzen wird, werden bei den bevorstehenden Verhandlungen der zuständigen Stellen voraussichtlich eine bedeutende Rolle spielen. —

* Magistratsbeschlüsse.

In der letzten Magistratssitzung ist u. a. folgendes beschlossen worden: Der in der gemeinsamen Sitzung des Magdeburger gemischten Ausschusses für Eingemeindungsverhandlungen und des von der Gemeinde Diesdorf gewählten Ausschusses genehmigte Entwurf des Eingemeindungs-Vertrages zwischen Magdeburg und Diesdorf fand Zustimmung.

Die für den Wohnungsbau als Anschließungskosten eingesetzten Mittel von 1 050 000 Mark sollen um 24 000 Mark erhöht werden.

Nach einem Vorschlage des Hochbauamtes soll, einem Beschluß des Personalausschusses zufolge, im Treppenhause des Rathauses eine Gedenktafel für die im Weltkriege gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt angebracht werden. Der Entwurf soll vom Hochbauamt an einen freien Künstler vergeben werden.

Es wurde beschlossen, grundsätzlich die Berufsschulpflicht auf alle weiblichen Jugendlichen auszudehnen. Die Einführung ist etappenweise durchzuführen. Die Beschulung der Schneiderinnen und Putzmacherinnen wird auf den 1. Oktober d. J. zurückgestellt.

Beim Handelsministerium sollen beantragt werden: Die Neueinrichtung zwei Diplomhandelslehrer- und zwei Diplomhandelslehrerinnenstellen; ferner die Umwandlung von zwei technischen- in Gewerbeoberschullehrerinnenstellen. Desgleichen die Neuerrichtung von drei Gewerbelehrerinnenstellen an der städtischen Haushaltungs- und Gewerbeschule mit Seminar.

Dem Entwurf für die Festsetzung einer gemeinschaftlichen Fluchtlinie mit der Gemeinde Olvenstedt für den Grenzweg westlich der Olvenstedter Chaussee wurde dem Beschlusse des Bebauungsplan- und Siedlungsausschusses folgend zugestimmt. —

Reichstagspräsident
Paul Löbe
spricht am Mittwoch den 25. März, abends 8 Uhr,
im „Konzerthaus" in einer
öffentl. Versammlung

Keine Zunahme der Selbstmorde.

Gegenüber verschiedenen Nachrichten, die auf eine außerordentliche Zunahme der Selbstmorde gerade in den letzten Jahren hinweisen, veröffentlicht die „Statistische Korrespondenz", das amtliche Publikationsorgan des preußischen Statistischen Landesamts, Vergleichsziffern aus den Jahren der Vorkriegszeit bis zum Jahre 1923, die ein für die Nachkriegsjahre durchaus nicht ungünstiges Bild ergeben.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" den Mitteilungen entnimmt, betrug die Selbstmordziffer im Jahre 1920 auf 100 000 Lebende 20,7, 1921 19,4, 1922 21,1 und 1923 20,4; in den Jahren 1908 bis 1913 schwankte die Zahl zwischen 20,7 und 22,1. Noch günstiger fällt der Vergleich für die Nachkriegszeit aus, wenn man die Kinder unter 15 Jahren außer Betracht läßt. Dieser Teil der Bevölkerung weist nur sehr wenig Selbstmorde auf, ist aber nach seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit um etwa ein Drittel geringer geworden, während die Masse der übrigen Bevölkerung sich gegen 1913 nur wenig verändert hat. Hiernach stehen dem Jahre 1913 mit 33,4 die Nachkriegsjahre 1920 bis 1923 mit Ziffern gegenüber, die zwischen 26,9 und 28,9 schwanken.

Zweifellos ist eine Häufung solcher Selbstmorde nachzuweisen, deren Beweggründe im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not nach dem Kriege stehen. Im Jahre 1920 wurden zum erstenmal 203 Fälle gezählt, bei denen als Beweggrund Nahrungssorgen bzw. Arbeitslosigkeit ermittelt war. Aehnlich war die Ziffer im folgenden Jahre. 1922 waren es bereits 364 und im Jahre 1923 gar 610 Fälle. Tatsächlich bilden die statistisch feststellbaren Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not nur einen Bruchteil der aus wirtschaftlichen Motiven erfolgten Selbstmorde, die sich vielfach hinter andern Beweggründen wie Aerger, Familienzwistigkeiten, Geisteskrankheiten und dergleichen verbergen. —

Die völkischen Aasgeier.

Was „völkisch", dieses deutsche Wort für „national", an seiner Echtheit gelitten hat unter einer politischen Hetzbewegung, die sich mit ihm schmückte, konnte man am Dienstag — vorausgesetzt, man hatte Lust Eintritt zu bezahlen und einen kostbaren Abend dafür zu opfern — wieder einmal im „Hofjäger" erleben. Eins der vielen politischen Brunnenvergiftergrüppchen die sich mit dem guten deutschen Worte „völkisch" schmücken wie Aasgeier mit Adlerfedern, hatte eine Versammlung angekündigt, in der über Barmat- und Stadtbankskandale gesprochen werden sollte.

Die haarsträubendsten Dinge wurden den etwa 500 Personen, die erschienen waren, erzählt. Die Sozialdemokratische Partei ist vollkommen korrumpiert. Nicht erst jetzt, sondern schon sieben Jahre lang. Früher aber durfte man so etwas nicht sagen (und sagte es natürlich auch nicht, trotz des Riesenmutes, den man als Völkischer besitzt), jetzt endlich sei wenigstens so viel Gerechtigkeit wieder in Deutschland eingekehrt, daß man diesen schönen Skandal zusammenbringen konnte.

Und dann legte der Oberstudienrat Körner los. Nichts Neues. Ueber alles war man schon aus den Ausschußberichten orientiert, aber in diesen stand alles. In der Rede Körners wurden nur die Behauptungen, die irgendein Feind der Republik oder der Arbeiterklasse erfunden hat und im Ausschuß vortrug, als pure und lauterste Wahrheit serviert.

Was all der stinkende Unrat, dem der Redner die Marke „Ehrlichkeit" ankleben wollte, wert war, konnte man am krassesten an Sätzen erkennen, wie z. B. diesem:

Einer der größten Schieber Europas, ist der Oesterreicher Bosel, der vor dem Kriege nichts hatte und jetzt, in dem sozialdemokratisch regierten Staate Oesterreich, in der Hofkutsche des Kaisers Franz spazierenfährt.

Jedes politische Kind weiß, daß seit Jahren die Sozialdemokratie in Oesterreich in der schärfsten Opposition zur Regierung steht.

Oder: Die Inflation verdanken wir dem Juden und Sozialdemokraten Hilferding, der als Finanzminister die Inflation auf die höchste Spitze trieb.

Dabei weiß jeder Lehrjunge, daß im Augenblick der höchsten Not, als wir alle in der Papiergeldflut des nationalistischen Stinnes und seinesgleichen zu ersaufen drohten (die völkische Putschbewegung wurde von den Inflationsgewinnlern finanziert) genau wie 1918 bei den Sozialdemokraten Hilfe gesucht wurde und Hilferding von unsrer Partei zum Finanzminister bestimmt wurde, weil sich kein andrer fand, der den Mut dazu hatte, die schwere Operation am deutschen Wirtschaftskörper vorzunehmen.

Die Maschinenpistolen und Revolver, denen Rathenau, Erzberger und andre zum Opfer fielen, sind zu gefährlich für die Schützen, es geht besser, mit dem Bazillus der Verleumdung die führenden Persönlichkeiten der Republikaner um die Ecke zu bringen — glauben diese Hyänen der politischen Walstatt. Einigen Erfolg scheinen sie immer zu haben, denn es gibt ja bekanntlich nichts, das dumm genug wäre, um nicht irgendwo geglaubt zu werden.

Die Stadtbank muß allerdings ganz einwandfrei dastehen; denn der Leiter der Versammlung — wohl gemerkt, der „völkischen" Versammlung, die nur von der Verleumdung lebt — erzählte allerlei in geheimnisvollen Andeutungen, aber nicht eine Behauptung entschlüpfte seinem auf „Wahrheit" gedrillten Munde.

Zum Schluß der Versammlung, als der Referent warm für Jarres als den schwarzweißroten Rechtsblockkandidaten eintrat, gab es noch ein idyllisches Zwischenspiel, das die deutsche „Größe" wunderbar illustrierte, die ja bekanntlich durch die „völkische" Bewegung erfochten wird. Die im Saale anwesenden Anhänger Hitlers riefen dem offenbar zu Ludendorff haltenden Anhänger sehr kräftige „Pfui" zu, denen wir uns zwar aus andern Motiven aber nicht minder herzlich — anschlossen. —

Ein Tierkultopfer. Amerika hat die sonderbarsten religiösen Sekten. Die folgende Nachricht überrascht trotzdem wegen ihrer Grotesktheit. Fräulein Anna Reynolds hat in der Nähe von Toronto eine Sekte gegründet, deren Hohepriesterin sie ist und der sie den Namen „Der Glaube des Heiligen Lichtes" gegeben hat. Diese Sekte hat merkwürdige Kultgebräuche. In der Kälte der winterlichen Mitternacht, wenn die gefrornen Zweige der Bäume vor Frost bersten und brechen, und der Schnee unter dem Tritt aufkreischt, versammelt die Hohepriesterin ihre Anhänger um sich, und vollzieht am Rande des winterlichen Waldes das Opfer. Aber das Opfer selber ist noch merkwürdiger. Durch die Reihen der dichtvermummten Gläubigen werden zehn fette Schweine getrieben, auf die vorher errichteten Scheiterhaufen gezerrt und an die starken Balken gebunden, auf daß sie, wenn die Flammen des mit Petroleum getränkten Scheiterhaufens sie erreichen, nicht entfliehen können. Das Schmerzensgequiek der Schweine und der Feuerschein am Himmel locken jedoch Bewohner der nächsten Dörfer herbei. Die erreichen die Opferstätte gerade noch rechtzeitig genug, um dem Schlusse der Zeremonie beizuwohnen. Von weitem schon hatten sie den starken Geruch von Schweinebraten eingesogen. Sie erstatteten bei den Behörden Anzeige. Nachdem die Hohepriesterin in Haft genommen war, ist sie auf Befragen kund, daß die Schweine „den teuflischen Geistern" geopfert worden seien. Mehr aber wollte sie nicht bekennen. —

— **Das Brot wird billiger!** Ab 24. d. M. ermäßigt sich der Brotpreis in Magdeburg von 75 Pfennig auf 72 Pfennig. Der Preisrückgang ist zurückzuführen auf einen Preissturz des Getreides. —

— **Kunstgewerbe- und Handwerkerschule.** Der Unterricht des Sommerhalbjahres an der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule beginnt am 16. April. Anmeldungen werden am 1. und 2. April, von 9 bis 12 Uhr vormittags, und nachmittags 5 bis 7 Uhr, entgegengenommen. Nähere Auskunft im Geschäftszimmer der Schule Brandenburger Straße 9, 1 Treppe. —

— **Erhöhung der Krankenhauskosten.** Der Entwurf des Krankenhausetats für 1925 schließt mit einem Gesamtzuschuß von mehr als 1½ Millionen Mark ab, das sind über 100 Proz. mehr als der letzte Vorkriegshaushaltplan. Die Steigerung hat im wesentlichen vier Ursachen: Preissteigerung für Krankenhausbedürfnisse um durchnittlich etwa 40 Prozent, Erhöhung der Löhne und Gehälter, Erneurung der Bestände, die in der Kriegs- und Inflationszeit nicht auf der Höhe gehalten werden konnten, und schließlich die stärkere Inanspruchnahme (um etwa 25 bis 30 Prozent) der Anstalten. Der Magistrat legt der Stadtverordneten-Versammlung einen neuen Tarif für die Kurkostensätze vor, der folgende Festsetzungen vorsieht: Für einheimische Erwachsene ab 1. April 3,40 Mark, ab 1. Mai 3,60 Mark; für auswärtige Erwachsene ab 1. April 4,50 Mark; für einheimische Kinder ab 1 April 2,25 Mark, für auswärtige Kinder ab 1. April 3,60 Mark, Brustkinder 1 Mark. — In der Privatabteilung sind folgende Sätze vorgesehen: Für Erwachsene (2. Klasse) 7 Mark, für Kinder (2. Klasse) 5 Mark mit der Maßgabe, daß eine Staffelung für Kinder auch auf die Privatabteilung sinngemäß angewendet werden müßte. Für auswärtige Kranke der 2. Klasse und die Kranken der 1. Klasse sollen die Sätze unverändert bleiben. — Die Stadtverordneten-Versammlung wird am Donnerstag darüber beschließen. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Buckau. Heute Montag abend 8 Uhr Frauenversammlung bei Meier, Weststraße. Referent: Stadtverordneter Henneberg.

Bezirk Lemsdorf. Heute Montag abend 8 Uhr Sitzung aller Wahlhelfer und Funktionäre im „Reinstedter Hof".

Bezirk Rothensee. Heute Montag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Jenrich.

Engerer Vorstand am Dienstag nachmittag 5 Uhr Sitzung.

Bezirk Alte Neustadt. Am Dienstag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Winter, Rogätzer Straße.

Frauen-Werbeausschuß. Am Dienstag abend ½3 Uhr Sitzung im Parteibureau.

Vorstandssitzung am Mittwoch abend 6½ Uhr im „Konzerthaus".

Bezirk Sudenburg. Am kommenden Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Wahlhelfer in den „Sudenburger Festsälen".

— **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.** Die Abteilung Neue Neustadt veranstaltete am Freitag abend in den „Nationalfestsälen" ein Volkskonzert. Trotz des regnerischen Wetters war der Saal schon lange vor Beginn der Veranstaltung gefüllt. Ein Beweis, wie groß das Bedürfnis weiter Volkskreise für derartige wirkliche Volkskonzerte ist. Das Magdeburger Konzert-Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters a. D. Vogel war bemüht, nicht nur allseitige Zufriedenheit zu erwecken, sondern auch den Wunsch nach Wiederholungen derartiger Veranstaltungen zu fördern. Und das ist glänzend gelungen. Die Beifallskundgebungen waren der beste Beweis dafür. Die Kunst dem Volke! Das ist wohl das Leitmotiv der Veranstalter, das in Verbindung mit dem weiteren Ziele, diese Konzerte als Mittel zur Linderung der Not in den Familien der Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten zu benutzen, zu einer hehren Aufgabe wird. Den Veranstaltern ist guter Erfolg auch in Zukunft sehr zu wünschen. —

— **Sozialistische Arbeiterjugend Diesdorf.** Dienstag, 8 Uhr, Veranstaltung im Heim. — Arbeiter-Kinderfreunde. Dienstag 6 Uhr im Heim Treffen. —

— **Sondervorlesungen bei der Reichsbahn in Magdeburg.** Wie uns von der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitgeteilt wird, hat die Reichsbahndirektion Magdeburg mit der Verwaltungsakademie in Berlin unter Benutzung der bestehenden Einrichtungen der hiesigen Beamtenhochschulkurse eine Sondervortragsreihe eingerichtet. An diesen, zunächst für ihre Beamten bestimmten Vorlesungen können auch Beamte andrer Behörden gleichmäßig teilnehmen. Reichsbahnrat Dr. Haustein liest in 3 Doppelstunden über „Die neue Struktur der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft". Reichsbahndirektor Menert hält eine doppelstündige Vorlesung über „Die neuen Laufbahnen der Reichsbahnbeamten". Reichsbahnrat Dr.-Ing. Wagner wird zwei Doppelstunden über „Elektrische Zugbeförderung" lesen. Die Vorlesungen haben am 18. März begonnen und werden an jedem Mittwoch in der Augustaschule, Listemannstraße, Eingang Fransecky-straße, gehalten. Die nächste Vorlesung, am 25. März, beginnt ausnahmsweise um 7.30 Uhr abends. Die mit Lichtbildern ausgestatteten Vorlesungen am 15. und 22. April werden voraussichtlich im Hörsaal der staatlichen Maschinenbauschulen, Am alten Krökentor, abgehalten werden. —

— **Sonntags-Spätverbindung auf der Strecke Staßfurt—Blumenberg.** Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, werden die T 1241 (Staßfurt ab 8[29]) und T 1242 (Blumenberg ab 12[16]) versuchsweise auch in der Nacht vom Sonntag zum Montag zwischen Staßfurt-Leopoldshall und Blumenberg — und zwar als leichte Dampfzüge — gefahren. Soweit die Reisenden Sonntagsrückfahrkarten von Egeln nach Magdeburg Hauptbahnhof gelöst haben, bedarf es bei Benutzung der Züge T 1241/1242 für die zwischen Egeln und Blumenberg in beiden Richtungen benutzte Strecke in jedem Falle noch der Zulösung einer gewöhnlichen einfachen Fahrkarte der benutzten Wagenklasse, da für diese Spätzüge zwischen Staßfurt-Leopoldshall und Blumenberg der doppelte Fahrpreis zu entrichten ist. —

Achtung! Bücherfreunde! Achtung!

Bücherlotterie

zum Besten der Deutschen Bücherei zu Leipzig.

Ziehung am 29. April 1925.

Erster Hauptgewinn: Bücher im Werte von 3000 Mk.

Insgesamt 25 878 Gewinne.

Jedes Los Mk. 1.50 — Jedes Los Mk. 1.50

Lose und Gewinnauslieferung in der Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Große Münzstraße 3.

— Die Auflösung des bisherigen Zweckverbandes Magdeburger Krankenkassen (aus den hiesigen Orts- und Innungskassen bestehend) wurde in der am Freitag stattgefundenen Ausschußsitzung für den 31. März 1925 beschlossen. Die Ursache zu diesem Schritte war die am 1. Januar 1925 erfolgte Vereinigung der größeren hiesigen besonderen Ortskrankenkassen mit der Allgemeinen Orts-Krankenkasse. Die gemeinsamen Interessen der Versicherten sollen in loser Vereinigung weiter vertreten werden. —

— **Keine Haftung der Schankwirte für die Garderobe.** Vor einiger Zeit besuchte D. das Weinrestaurant von K. und hängte seinen Pelz an einem Kleiderhaken in der Nähe seines Platzes auf, ließ ihn dann durch eine Angestellte des Restaurants in die Kleiderablage bringen. Dort wurde er gestohlen. Als D. Schadenersatz forderte, wies ihn das Kammergericht ab. Das Reichsgericht erachtete die Revision für erfolglos und führte u. a. aus, das Kammergericht gehe von der richtigen Auffassung aus, daß Schank- und Speisewirte durch den Gastvertrag nicht verpflichtet werden, die von den Gästen abgelegten Kleidungsstücke besonders zu überwachen, mögen sie im Gastlokal oder in einem andern Raume untergebracht sein. Das Schild im Garderobenraum enthielt keine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen, indem es bekanntmachte, daß K. nicht für Verluste hafte. K. brauchte auch seine Angestellten nicht anzuweisen, daß sie jeden Gast, der seine Kleider in die Garderobe bringen lassen wollte, auf den Ausschluß der Haftung aufmerksam machten. Es war Sache des Gastes, sich über das in Rede stehende Rechtsverhältnis zu erkundigen, wenn er nicht vorzog, persönlich seine Kleider in der Garderobe abzugeben. Das Kammergericht verneinte ferner ohne Rechtsirrtum, daß ein Verwahrungsvertrag bereits bei der im Gastlokal erfolgten Uebergabe des Pelzes an die Angestellte des K. geschlossen worden sei, da sie nicht Vertreterin des K. gewesen sei, auch D. nur eine Gefälligkeit habe erweisen wollen; weiter stellte das Kammergericht fest, daß die in der Garderobe beschäftigte Frau den Pelz nur im Rahmen ihrer Vertretungsmacht für K. unter Ausschluß der Haftung von K. annehmen wollte. —

— **Magdeburg als Kongreßstadt.** In der Zeit vom 25. bis 27. Juli findet in Magdeburg die Tagung des Landesverbandes Preußischer Trichinen- und Fleischbeschauer statt. —

— **Modenschau des Schneiderg werbes.** Am 27. März abends 8 Uhr findet in der „Freundschaft" die große Wandermodenschau des Reichsverbandes des deutschen Schneidergewerbes in Modellen der Damenbekleidung statt. Die Vorführung gibt den Mitgliedern des Schneidergewerbes Gelegenheit zur Fachbelehrung und Weiterbildung. Für das Publikum hat die Schau den Zweck, die Leistungen des Gewerbes zu zeigen. Die Bedeutung der Wandermodenschau, die etwa 60 Städte berührt, wird durch die Beteiligung namhafter hiesiger Firmen noch gesteigert werden. Im Hinblick auf den Anklang, den die Schau auf ihrem bisherigen Wege gefunden hat, läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß ein Besuch der hiesigen Veranstaltung sich reichlich lohnen wird. —

— **Die Erholungsstätte Möser** wird voraussichtlich Sonntag den 3. Mai wieder eröffnet werden, als Tagesaufenthalt für Versicherte, männliche und weibliche, die nach überstandener Krankheit noch der Erholung bedürfen. Die Fortführung der Geschäfte wird durch eine besondere, von den hiesigen Orts- und Innungskrankenkassen gebildete Gemeinschaft gewährleistet, der auch die Erholungsstätte, die sich allerdings leider auf gepachteten Grund und Boden befindet, gehört. Herr Geschäftsführer Schneider von der Allgem. Ortskrankenkasse erledigt die laufenden Geschäfte für die Erholungsstätte vorläufig weiter. —

— **Eine Gedenkschrift für Friedrich Ebert.** Im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, erscheint soeben ein Gedenkblatt für den verstorbenen Genossen Reichspräsidenten Ebert (Preis 60 Pfennig). In dem Hefte, das mit reichem in Kupfertiefdruck ausgeführtem Bilderschmuck versehen ist, wird der Aufstieg des Genossen Ebert geschildert, der ihn in seinem Wirken um das deutsche Volk und im besondern um die deutsche Arbeiterschaft aus dem Geburtshaus in der engen Heidelberger Gasse in das Haus des Reichspräsidenten in Berlin führte. Die Reden bei der Totenfeier Eberts sind zum Teil im Wortlaut wiedergegeben, die Bilder zeigen die tiefe Trauer des gesamten Volkes und die Anteilnahme der Welt. Die beigefügten Aeußerungen Eberts sind gerade in diesen Tagen des Kampfes um Eberts Nachfolger ein wertvolles Vermächtnis des Toten. —

— **Aufruf von Rentenbankscheinen.** Die Deutsche Rentenbank ruft die Rentenbankscheine zu 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923 zur Einziehung auf. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen noch bis 31. Mai 1925 in Zahlung gegeben, bei den Kassen der Reichsbank aber bis 30. September 1925 gegen andre Rentenbankscheine oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Mit Ablauf des 30. September 1925 werden die ausgerufenen Rentenbankscheine kraftlos, und es erlischt damit auch die Umtausch- und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank. —

— **Der Flugmotorenbau ist frei.** Die Nachrichtenstelle des Deutschen Luftfahrtverbandes teilt mit: Entgegen anders lautenden Ansichten muß erneut festgestellt werden, daß für den Bau von Flugmotoren dem Deutschen Reiche keinerlei Beschränkungen auferlegt sind. Verboten ist lediglich der Einbau von Motoren in deutsche Flugzeuge, wenn sie für Einsitzer mehr als 60 P. S. Leistung haben; eine Einrichtung besitzen, welche Ueberkompression gestattet; die Gesamtleistungen der Flugzeuge so steigern, daß dadurch die gemäß „Begriffsbestimmungen" festgesetzten Höchstzahlen für Steigfähigkeit, Geschwindigkeit und Nutzlast überschritten werden. —

— **Aufnahmeprüfungen für die städtischen höhern Lehranstalten.** Die Aufnahmeprüfungen für die Sexta in den städtischen Lehranstalten findet wie folgt statt: König-Wilhelm-Gymnasium: am 27. März, 4 Uhr nachmittags; Realgymnasium: am 27. März, 3 Uhr nachmittags; Bismarckschule: am 25. März, 8 Uhr vormittags; Oberrealschule: am 30. März, 3 Uhr nachmittags. Ein Abgangszeugnis ist bis 28. März der Schule einzureichen, desgleichen Impfschein, Tauf- und Geburtsschein. — Realschule: am 27. März, 3 Uhr nachmittags; Höhere Reformklassen: am 30. März, 8 Uhr vormittags; Luisenschule: am 27. März, 3 Uhr nachmittags; Augustaschule: am 27. März, 9 Uhr vormittags; Viktoriaschule: am 28. März, 8 Uhr vormittags. Mitzubringen ist: Schreibheft, Federhalter, Zeichenblatt, Bleistift, Lesebuch. Außerdem ist vorzulegen das letzte Schulzeugnis, Tauf-, Impf- und Geburtsschein. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Windjacken Mk. 10.00 Wir haben nur noch geringe Bestände und empfehlen sofortigen Kauf.

Einkaufs-Centrale, Jakobstraße 49, I.

*

Achtung, Abteilungsleiter! Mittwoch abend 7 Uhr im „Konzerthaus" Café.

Spielleute Altstadt und alle Abteilungs-Spielleiter am Dienstag abend 8 Uhr bei E. Holtz Einteilung.

Abteilung Buckau und Sudenburg. Für die Paul-Löbe-Versammlung übernehmen die Abteilungen den Saalschutz.

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Pfarrer Görnandt spricht am Mittwoch den 25. März abends 8 Uhr in der Stadtmission über: „Was sollen wir heute noch mit dem apostolischen Glaubensbekenntnis?" Eintritt frei. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Was lese ich?

M. Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus. Ein Buch, das die ganze Geschichte des Sozialismus bis zum Jahre 1920 umfaßt. 550 Seiten, Halbleinen. Nur Mark 8.—.

Upton Sinclair: Der Sumpf. Eine Geschichte über das Leben und Treiben in den riesigen Schlachthäusern zu Chikago. 266 Seiten. Mark 4.—.

Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege. Ueber 200 Aufnahmen der Greuel des Krieges. 245 Seiten. Mark 5.—.

Kurt Grottewitz: Unser Wald. Ein Buch zur Erziehung des Menschen zur Liebe für die Natur. 180 Seiten, Ganzleinen, 14 ganzseitige Abbildungen. Nur Mark 5.80. —

Alle hier aufgeführten Bücher können die Inhaber unsrer Lesekarte in Raten beziehen.

Buchhandlung Volksstimme.

Kopflläuse samt Brut vernichtet Coselit. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Schönebeck. Sozialdemokratische Partei. Am Mittwoch den 25. März, abends 8 Uhr, große Funktionärversammlung im „Stadtpark“ (gelber Saal). Zur Empfangnahme des Materials ist auch das Erscheinen aller sonstigen Wahlhelfer dringend erforderlich.

Stadtkreis Burg.

Zur Präsidentenwahl spricht am Freitag in der „Zentralhalle“ Landtagsabgeordneter Genosse Gustav Stollberg. Es ist notwendig, daß sich zu dieser Versammlung alle Republikaner einfinden. Zu dieser Versammlung sind auch alle Parteien, die im Reichsausschuß zur Präsidentenwahl vereinigt sind, eingeladen. —

Fraktionssitzung unsrer Stadtverordneten am Dienstag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. —

Kreis Jerichow 1.

Biederitz. Die Gemeindevertreter-Sitzung am Donnerstag hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zur Rechnungslegung 1923/24 beantragten unsre Genossen, eine Rechnungsprüfungskommission einzusetzen. Dem wurde zugestimmt und unserseits der Genosse Blum vorgeschlagen. Zur Erhebung von Beiträgen zur Berufsschule wurde ein Nachtrag angenommen, daß sämtlichen Gewerbetreibenden und gewerbetreibenden Arbeitgebern des Gemeindebezirks, soweit die einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten berufsschulpflichtig sind, Schulbeiträge erhoben werden. Diese betragen für jeden Arbeitnehmer 1 Mark im Halbjahr. Den Herren Baake, Meier und Hohenstein wurde die Ausnahme vom Bauverbot unter den üblichen Bedingungen bewilligt. Der Antrag unsrer Genossen, den Gemeindeverordneten auf Kosten der Gemeinde eine kommunale Zeitschrift nach Wahl zu liefern, fand einstimmig Annahme. Ein Antrag der Gemeindeverwaltung, die kommunale Steuer bis zur Festsetzung des Etats in der bisherigen Höhe weiter zu erheben, wurde von der bürgerlichen Fraktion unterstützt. Unsre Genossen betonten, daß allgemein die Steuern weiter erhoben werden könnten, doch ohne Fristfestsetzung sei das sehr bedenklich. Unser Vorschlag, diese Frist bis 1. Mai festzusetzen, wurde dann einstimmig angenommen. Ein immer wiederkehrender Tagesordnungspunkt ist die Angelegenheit der Gemeindelehmkuhle. Es ist immer noch nicht möglich gewesen, mit Landwirt Borg über die Festsetzung der Grenzen und über die Abgeltung des Hütungsrechts eine Einigung zu erzielen. Es wurde beschlossen, eine Ortsbesichtigung durch die Gemeindevertretung zu veranstalten und im Anschluß hieran eine beschlußfassende Sitzung abzuhalten. Dem Neubau der Schweinebrücke wurde zugestimmt. Die Kosten werden sich auf 16 000 Mark belaufen. Die Brücke soll in Beton aufgeführt werden mit beiderseitigem 1 Meter breitem Fußsteig. Die etwas tiefer liegende Fahrbahn wird etwa 5 Meter breit werden. Die Gemeindeverwaltung hofft, einen erheblichen Beitrag von der Regierung zu den Kosten zu erhalten. Auch die Kammerholzbrücke soll massiv aufgeführt werden, da ihr jetziger Zustand unhaltbar ist. Die Kosten dafür betragen 3000 Mark. Eine sehr ausgedehnte Debatte fand über die Nacherhebung von kommunalen Zuschlägen und die Aufnahme einer Anleihe statt. Es ist, um die notwendigen Bauprojekte durchführen zu können, eine Summe von etwa 40 000 Mark erforderlich. Unsre Genossen wandten sich ganz energisch dagegen, daß die laufenden Ausgaben in der Anleihesumme mit enthalten sein sollen. Im Laufe der Debatte wurde vom Gemeindevorsteher bekanntgegeben, daß die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Staffelung der kommunalen Zuschläge nicht mehr aufrechterhalte. Dadurch dürfte ein schon früher von uns beantragter Beschluß, eine Staffelung der kommunalen Zuschläge, für das nächste Rechnungsjahr wieder aufgenommen werden können. Es wurde beschlossen, eine Anleihe von 40 000 Mark aufzunehmen und von einer Nacherhebung von kommunalen Zuschlägen abzusehen, da der fehlende Betrag sehr gering und die Möglichkeit der Aufbringung in andrer Weise gegeben ist. —

Gommern. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hielt seine Mitgliederversammlung ab. Amtsvorsteher Genosse Jacobs (Langenweddingen) betonte in seinem Referat, daß die Renten zu niedrig sind; es ist unmöglich, daß die alten Väter und Mütter mit den niedrigen Bezügen ihr Leben fristen können. Auch die Kleinrentnerfürsorge ist unzureichend. Die Wahlversprechungen der rechtsstehenden Parteien, die Aufwertung sofort vorzunehmen, sind nicht eingelöst worden. Es war nur ein Wahlmanöver, um die Armen vor den Karren der Reaktion zu spannen. Die Kapitalisten wollen nicht die Spargroschen der Armen aufwerten, sondern ihr eignes Kapital, indem sie ihr Vermögen aus den niedrigen Löhnen ihrer Arbeiter vermehren. Die Oeffentlichkeit muß sich mehr um die Arbeitsinvaliden kümmern. Die Invalidenversicherung muß ausgebaut werden, daß jeder Versicherte, wenn er arbeitsunfähig geworden ist, von der Rente leben kann. Der Vorsitzende berichtete dann über den Stand der Erhöhung der Sozialrenten beim Kreisausschuß. Die bürgerlichen Vertreter des Kreistags haben geschlossen den Antrag der Sozialdemokratie auf Gewährung der Sozial- und Kleinrenten nach den Normalsätzen, die der Volkswohlfahrtsminister herausgegeben hat, abgelehnt. Unter den Gegnern der Rentenerhöhung befanden sich auch die Stahlhelmführer Lamprecht, Bosse und Wiemann. So sehen die Volksbeglücker aus. Mit ihrer Haltung lassen sie erkennen, daß sie den armen Menschen kein auskömmliches Leben gönnen, sondern daß sie wollen, daß die Armen weiter darben und hungern. In der Aussprache wurde verlangt, daß ein neuer Antrag auf Erhöhung der Rente gestellt wird. Sehr geklagt wurde über die unpünktliche Auszahlung der Sozialrenten. Es soll Beschwerde bei der Regierung erhoben werden. —

Gommern. In einer großen Funktionärsitzung der Gewerkschaften für Gommern und Umgegend sprach Bezirkssekretär Wernicke aus Halle. In eingehender Weise schilderte er die Notwendigkeit eines zentralen Zusammenschlusses aller Verbände, die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Da in Gommern schon vor dem Krieg ein Gewerkschaftskartell bestand, wurde dieser Zusammenschluß aller Gewerkschaften zu einem Ortsausschuß der Gewerkschaften für Gommern und Umgegend vorgenommen. Dem Ortsausschuß gehören folgende Verbände an: Steinarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband, Baugewerksbund, Zimmererverband, Holzarbeiterverband, Metallarbeiterverband, Verkehrsbund, Schuhfabrikarbeiterverband, Landarbeiterverband und Eisenbahnerverband. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Kollege Hermann Ebel, Zimmerer, als Stellvertreter Otto Göring, Steinarbeiter, als Schriftführer Otto Barenthien, Steinarbeiter, als sein Stellvertreter Otto Schulze, Holzarbeiter, als Kassierer Willi Tesmar, Fabrikarbeiter, als Stellvertreter Anton Pawlikowski, Schuhmacher, und als Beisitzer Wilhelm Wernitz, Maurer. Sämtliche Verbände werden aufgefordert, entsprechend ihrer Stärke Delegierte zu wählen. In der nächsten Versammlung werden die Beitragsfrage und die Zukunftsaufgaben besprochen werden. Der Vorsitzende, Hermann Ebel, erwähnte zum Schlusse, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet alles getan werden soll, was der gesamten Arbeiterschaft dienlich ist. Alle Delegierte gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, daß nun die Gleichgültigkeit und Gefühlsduselei aufzuhören hat. Die Gewerkschaften werden der Reaktion und dem Unternehmertum eine feste Mauer entgegensetzen, an der sie sich den Schädel einrennen werden. —

Gommern. Vom Zentralverband der Angestellten wurde eine öffentliche Werbeversammlung abgehalten, in der Kollege Rüstig aus Magdeburg einen sehr interessanten Vortrag über „Angestellte und Gewerkschaften“ hielt. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In Gommern gibt es etwa 100 Angestellte, die aber meistens zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gehören. Es ist an der Zeit, daß alle Angestellte es bald einsehen, daß ihre Gewerkschaft nur der freigewerkschaftlich eingestellte Zentralverband sein kann. Es traten denn auch mehrere Kollegen zum Zentralverband über. Hoffentlich wird es bald möglich sein, eine Ortsgruppe zu bilden. Die Angestellten werden am Orte mit dem Ortsausschuß der Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Wer ein freidenkender Mensch sein will, trete als Angestellter dem Zentralverband der Angestellten bei. —

Gommern. Zur Reichspräsidentenwahl findet morgen (Dienstag) abend 8 Uhr in der „Sonne“ eine öffentliche Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Das Referat hält Gewerkschaftssekretär Jerichow (Magdeburg). Republikaner, erscheint in Massen zu dieser Versammlung. Diese Versammlung muß ein großer Aufmarsch der Republikaner werden. Wer es mit seinem Volk und dem republikanischen Staat ernst meint, geht in diese Versammlung. Das Reichsbanner wird den Saalschutz übernehmen. Der Arbeiter-Gesangverein und der Jugendverein werden einige gesangliche Darbietungen zum besten geben. Parteigenossen und -genossinnen, Gewerkschafter und Gewerkschaftlerinnen, Angestellte, Beamte und Handwerker, keiner darf fehlen. Alle Organisationen sind eingeladen. Es gilt alles daran zu setzen, unserm Kandidaten Otto Braun zum Siege zu verhelfen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgr. Schönebeck

Dienstag den 24. März, abds. 8 Uhr, im Pauseschen Gesellschaftshaus

Mitgliederversammlung der gesamten Ortsgruppe.

Thema: Reichspräsidentenwahl.

Zu dieser außerordentlich wichtigen Versammlung ist die Anwesenheit aller Kameraden unbedingte Pflicht. Der Vorstand.

Prödel. Der Reaktionsblock hielt in voriger Woche eine Versammlung ab. Als Redner war der Leiter der evangelischen Volksschule in Gommern, der Volksparteiler Rektor Hübner, erschienen. Natürlich schimpfte er auf die Sozialdemokratie. Alle Schlechtigkeiten wurden den sozialdemokratischen Führern nachgeredet. Und das wurde von einem Rektor vorgebracht, bei dem man von politischer Schulung nicht das geringste merkte. Der Rektor rühmte sich auch am Stammtisch im trauten Verein mit einigen Versammlungsbesuchern, daß er, der gewaltige Hübner, und der Stahlhelm-Lamprecht alles daransetzen werden, den verhaßten Beigeordneten Lerche als Bürgermeister von Gommern unmöglich zu machen. Das wird diesen reaktionären Treibern zwar nicht gelingen, aber wir sind ihnen dankbar, daß sie ihre Karten aufgedeckt haben. Wir werden ihre Machenschaften aufs schärfste bekämpfen. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Oeffentliche Wählerversammlungen.

Mittwoch den 25. März, abends 8 Uhr:

Elbeu. Referent: Genosse Wiegner.
Meitzendorf. Referent: Genosse Feldmann.
Dahlenwarsleben. Referent: Genosse Tramp.
Groß-Rodensleben. Referent: Genosse Holle.

Donnerstag den 26. März, abends 8 Uhr:

Farsleben. Referent: Genosse Wiegner.
Barneberg. Referent: Genosse Katzorke.
Ummendorf. Referent: Genosse Hähnsen.
Samswegen. Referent: Genosse Feldmann.
Ebendorf. Referent: Genosse Tramp.
Ausleben. Referent: Genosse Schumacher.
Althaldensleben. Referent: Genosse Bader.
Zielitz. Referent: Genosse Karstädt.

Freitag den 27. März, abends 8 Uhr:

Warsleben. Referent: Genosse Katzorke.
Wefensleben. Referent: Genosse Hähnsen
Olvenstedt. Referent: Genosse Bader.
Dreileben. Referent: Genosse Holle.
Völpke. Referent: Genosse Bernick.

Sonnabend den 28. März, abends 8 Uhr:

Niederndodeleben. Referent: Genosse Hähnsen.
Glindenberg. Referent: Genosse Karstädt.
Kolbitz. Referent: Genosse Holle.

Parteisekretariat.

*

Meitzendorf. Die öffentliche Versammlung findet nicht heute (Montag), sondern Mittwochabend statt. Genosse Feldmann (Neuhaldensleben) wird sprechen. Rege Beteiligung wird erwartet. —

Alleringersleben. Eine gut besuchte Wählerversammlung fand am Freitag abend statt. Genosse Feldmann (Neuhaldensleben) sprach über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl und erntete mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Da die Gegner es vorgezogen hatten, in dieser Versammlung nicht zu erscheinen, fand eine Diskussion nicht statt. Es gelobten sich aber alle Anwesenden, die letzten Tage vor der Wahl noch auszunützen, damit der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Otto Braun gesichert wird. —

Neuhaldensleben. Schüleraufführung. Die von der Mittelschule am Donnerstag und Freitag abend veranstalteten Aufführungen in Gestalt eines Fröhlichen Abends erzielten einen recht guten Besuch. Gezeigt wurden das Fastnachtsspiel von Hans Sachs „Das Kälberbrüten“, darauf folgte das Schelmenspiel von Ernst Wachter „Till Eulenspiegel und der Bürgermeister von Schilda“ und zum Schlusse wurde das Schattenspiel „Die Hussiten vor Naumburg“ gegeben. Außerdem wurden einige humoristische Vorträge, und zwar „Der Regenwurm“, „Ein Bauer hatte ein Taubenhaus“ und das Kirschfestlied „Die Hussiten zogen vor Naumburg“ gegeben. Zusammengefaßt darf man sagen, daß sämtliche Darbietungen wohlgelungen waren. — Der Kammermusikabend, der vom städtischen Theaterausschuß Donnerstag abend gegeben wurde, zeigte leider einen ganz geringen Besuch. Es war etwa ein halbes hundert Besucher erschienen. Es wird notwendig sein, daß der städtische Theaterausschuß andre Wege beschreitet, um die Kunst populär zu machen. — Allgemeine Ortskrankenkasse Neuhaldensleben. Die Arbeitnehmermitglieder des Ausschusses wie auch die des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind zu einer gemeinschaftlichen Besprechung auf heute (Montag) abend 8 Uhr nach W. Herzog eingeladen. Genosse Feldmann wird einen Vortrag über den Aufbau der Krankenversicherung sowie über die Aufgaben vom Vorstand und Ausschuß halten. —

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottersleben. Die Gemeindevertreter-Versammlung am 20. März beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Etat für 1925/26. An die Erläuterung der einzelnen Titel schloß sich eine Ansprache. Von unsern Genossen Schrader, Dankert und Graf wurden die Wünsche der Fraktion dargelegt. Es wäre dringend nötig, die Verwaltung so billig als möglich zu gestalten; vielleicht lassen sich organisatorische Maßnahmen treffen. Schrader wünscht ferner, den Straßenbau in der Ortslage mehr zu fördern, die Straßen sind unter dem vorkriegslichen Regime sehr stark vernachlässigt, trotzdem die frühern Ortsgewaltigen das Pflaster durch ihre Gespanne stark abnutzten. Gewünscht wird bei Umlegung der Straßen das Pflastern von Fahrrinnen aus Schlackensteinen. Auch die Straßen in der Siedlung bedürfen der Befestigung. Genosse Dankert hält die Förderung des Turnhallenbaues sowie des gesamten Sportes für dringend notwendig. Zur körperlichen Gesundung ist auch die Schularztfrage zu lösen. Dem Bau eines Bades muß gleichfalls nähergetreten werden. Der Vorsteher sagt Berücksichtigung der Wünsche zu. Vom Vertreter des Gewerbestandes, Thom, wird versucht, an allen möglichen Posten kleine Beträge abzustreichen, damit nur nicht zur Gewerbesteuer 300 Prozent Zuschlag erhoben zu werden braucht. Seine sämtlichen dahinzielenden Anträge wurden aber abgelehnt. Der Hausbesitzervertreter Stridde lehnt eine Besteurung des bebauten Grund und Bodens als für die Hausbesitzer untragbar ab. Er muß sich vom Genossen Graf dahin belehren lassen daß ja nicht der Hausbesitzer die 100 Prozent Zuschlag übersteigenden Beträge zahlt, sondern der Mieter. Wir möchten auch gern die Mieter gegen zu große Lasten schützen, finden aber leider keine noch auszuschöpfende Steuerquelle, um den Etat zum Ausgleich zu bringen. Die Kommunisten brachten bei Besprechung der Einzeltitel allerhand Wünsche vor, ließen aber gleichzeitig durchblicken, sie würden den Etat in seiner Gesamtheit ablehnen. Ihnen wurde von unsern Genossen gehörig die Wahrheit gesagt. Getreu der Moskauer Parole lehnen Klepps, Lücke, Hoppe, Wolf den Staat ab, wollen Weltrevolution, Generalstreik usw. Ob damit den darbenden Erwerbslosen, Alten und Kranken geholfen wird, mögen diese selbst beurteilen. Jedenfalls ist aus leeren Kassen nichts zu schöpfen. Die Kommunisten haben es ja leicht, alle Steuern abzulehnen, die ††† Sozialdemokraten, die Volksverräter sind ja da, die Verantwortung zu tragen, weil sie positive Arbeit zum Wohle der Gemeinde und der Armen der Aermsten leisten wollen. Zum Schlusse wurde der Etat mit allen gegen sechs Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Zuschläge sind 200 Prozent zum bebauten, 300 Prozent zum unbebauten Grund und Boden und 300 Prozent zur Gewerbesteuer. Der Etat schließt ab mit 435 110 Mark in Einnahme und Ausgabe. —

Kreis Kalbe.

Schönebeck. Achtung, Funktionäre! Am Mittwoch abend 8 Uhr findet im „Stadtpark“ (gelber Saal) nochmals eine große Funktionär-Sitzung statt. Sämtliche Wahlhelfer von der letzten Wahl müssen sich wieder zur Verfügung stellen. Das gesamte Wahlmaterial wird ausgegeben. Die Funktionärinnen haben ebenfalls die Pflicht, recht zahlreich zu erscheinen. —

Staßfurt. Die Parteivereins-Versammlung am Freitag war ganz außerordentlich gut besucht, insbesondere waren überraschend viele Genossinnen anwesend. Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl erregt das allerlebhafteste Interesse und fördert die Aktivität — möge das ein gutes Zeichen sein. Die Kommunisten haben ihre Wahlkampagne unter einem weniger guten Sterne begonnen. Ihre öffentliche Versammlung, für die sie sehr lebhaft die Reklametrommel gerührt haben und die einige Tage nach dem aufpeitschenden, schrecklichen Ereignis in Halle stattgefunden hat, zu der sie sich obendrein den großen Höllein verschrieben hatten, war sehr schlecht besucht. Der Vorsitzende, Genosse Gehre, eröffnete unsre Versammlung mit einem Nachruf für den verstorbenen Genossen Werth. Dann erstattete Genosse Weißflog Bericht von der Stadtverordneten-Sitzung, wobei er besonders auf die Frage der Schaffung einer chirurgischen Abteilung in der Krankenhausbaracke und Anstellung eines Chirurgen einging. (Diese Angelegenheit werden wir in einem besondern Aufsatz behandeln.) Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig nachstehende Entschließung angenommen: „Die Parteivereins-Versammlung erkennt an, daß die Schaffung einer chirurgischen Abteilung im Krankenhaus unter einem Chirurgen ein begrüßenswerter Fortschritt wäre. Die Versammlung ist aber der Meinung, daß die daraus für die Stadt entstehende direkte und indirekte Belastung im gegenwärtigen Zeitpunkt untragbar ist. Die Wohlfahrtspflege hat bei dringendern, durchaus lebenswichtigen Gelegenheiten einzusetzen. Dazu gehört in erster Linie die Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen, die Vornahme von ausgedehnten Notstandsarbeiten und insbesondere ein großzügiger Wohnungsbau. Indem die Versammlung für diese Zwecke die schleunige Beschaffung ausreichender Mittel fordert, lehnt sie zurzeit die Schaffung der chirurgischen Abteilung ab.“ Die Aussprache über diesen Gegenstand war unterbrochen worden durch Einschieben eines Vortrags des Landtagsabgeordneten Genossen Kasten, der in vorzüglicher Rede über die bevorstehende Präsidentenwahl, über die Stellung der Sozialdemokratischen Partei dazu und über die Aufstellung des Genossen Otto Braun, des würdigsten Nachfolgers unsers verstorbenen Ebert, sprach. Eine Aussprache wurde als überflüssig angesehen. Nun beantragte Genosse Nagelschmidt, den Beschluß der vorigen Versammlung, wonach die Partei die Maifeier für sich begeht, aufzuheben und dafür eine gemeinsame Maifeier mit dem Ortsausschuß zu beschließen. Zur Begründung wies er namentlich darauf hin, daß die Kommunisten im Ortsausschuß nicht mehr die Rolle spielen wie noch im vorigen Jahr und daß sie nicht versuchen werden, Extratänze aufzuführen. Das wurde sehr stark bezweifelt und die Abstimmung ergab mit sehr großer Mehrheit die Ablehnung des Antrags des Genossen Nagelschmidt. Hierauf wurden noch Wahlarbeiten erledigt. Mit dieser Mitgliederversammlung ist die Partei in Staßfurt in den Wahlkampf eingetreten. Bei der kurzen Zeit, die bis zum Wahltag noch bleibt, gilt es, eine hochgespannte Aktivität zu entwickeln. Alle Genossen und Genossinnen müssen sich auf das fleißigste regen, zu jeder Parteiarbeit bereit sein, nicht ruhen und rasten. Insbesondere gilt es, regste Propaganda für die öffentliche Versammlung am Mittwoch zu betreiben. Einer muß den andern mitnehmen, damit möglichst viele Leute erfahren, worum es sich eigentlich handelt und weshalb sie Otto Braun wählen müssen. Alle müssen im Kreise der Bekannten, Nachbarn und Nachbarinnen, Kollegen und Kolleginnen wirken und aufklären. Das scheint besondern Erfolg zu versprechen in diesen Tagen, wo — außer den Sozialdemokraten — so viele schwankend und irre an ihrer bisherigen Haltung geworden sind. Frisch auf zur Wahl! —

Staßfurt. Kriegerdenkmal. Die Leser erinnern sich aus dem Bericht über die letzte Stadtverordneten-Sitzung an den Verkauf der städtischen Häuser Schulzengasse 1 zu 2, dem nur mit einer sehr geringen Mehrheit zugestimmt wurde. Schon damals wurde von der Opposition dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß der Käufer Wendeborn die Häuser möglicherweise nur zu Spekulationszwecken ankaufen wolle. Das wurde von der Gegenseite entschieden bestritten. Nach einem jetzt umlaufenden Gerücht scheint aber die Opposition recht zu behalten. Nach diesem Gerücht sollen die Häuser von den vaterländischen Verbänden angekauft werden, um sie abzubrechen. Sie sind in der Tat so baufällig, daß sie kaum noch etwas andres wert sind. Auf dem so geschaffenen Platz unter Mitbenutzung der dort schon vorhandenen kleinen Schmuckanlage soll eine größere Anlage geschaffen werden, die als Umrahmung für das dort zu errichtende Kriegerdenkmal dienen soll. Das Denkmal würde alsdann seinen Platz in der Mitte der Stadt und an der lebhaftesten Verkehrsstraße finden. Allerdings entspricht die sonstige Umgebung nicht dem künstlerischen Empfinden; es sei nur auf die kahlen Mauern in der Bergstraße hingewiesen. Den Absichten der Denkmalserbauer scheint das Vorkaufsrecht, das sich der Magistrat dem Herrn Wendeborn gegenüber vorbehalten hat, entgegenzustehen. Aber dieses Vorkaufsrecht ist mit Hilfe einer kleinen, leicht zu bewerkstelligenden Schiebung unwirksam zu machen. —

Stadtkreis Aschersleben.

Aschersleben. Eine Stadtverordneten-Sitzung soll am 31. März stattfinden und sich hauptsächlich mit dem Haushaltplan beschäftigen. Den Beamten, die 25 Jahre in städtischen Diensten sind, soll ein Geschenk gegeben werden. Die Feuerwehr feiert am 17. und 18. Mai ihr 40jähriges Bestehen. Sie erhält dazu 500 Mark aus städtischen Mitteln. Die neue Motorspritze ist nunmehr eingetroffen. Die Verpachtung der Hamsterreviere ist neu erfolgt. Für die erste Hälfte des Sommers werden rund 7000 Mark eingenommen. Der Kriegerfriedhof soll eine künstlerische Ausgestaltung erfahren. Die Pläne sind von Professor Wrba in Dresden entworfen worden. Der Gondelbetrieb auf dem Burgsee ist anderweit verpachtet worden. Dem Pächter ist der Verkauf von alkoholfreien Getränken nur in beschränktem Umfang gestattet. Als Hundefänger ist auf Vorschlag des Kynologischen Vereins Herr Nickel beauftragt worden. Den zahlreichen Steuerstundungsgesuchen wird immer nur zum kleinen

Teil entsprochen. Beim Bauamt haben sich eine ganze Anzahl Baulustige gemeldet, denen die kürzlich grundsätzlich bereitgestellten Gelder bewilligt wurden. Einige wurden abgewiesen, da sie nicht die nötigen Voraussetzungen erfüllten, namentlich nicht die nötigen eignen Gelder besaßen. —

Aschersleben. Das neue Schuljahr brachte die Anmeldung von 353 Schulneulingen. Im Vorjahr waren es 276. Es ist also eine Zunahme von 77 eingetreten. In den Ziffern drückt sich die Geburtenzunahme nach Kriegsbeendigung aus. Trotz der Schülerzunahme tritt keine Vermehrung der Schulklassen ein. Von den Neuanmeldungen entfallen auf die Stephanischule 114, Luisenschule 127, Johannisschule 101, katholische Schule 11. Der Schülerstand der Pestalozzischule (Hilfsschule) ergänzt sich aus den Normalschulen, da ihr jene Kinder zugewiesen werden, die auch in einem zweiten Jahre das Klassenziel nicht erreichen. —

Aschersleben. Wichtige Versammlung. Am Mittwoch abend 8 Uhr spricht im „Kaiserhof" in einer öffentlichen Versammlung der Friedensgesellschaft Genosse Gerhard Seger über „Republikanischer Präsident oder oberster Kriegsherr?". Keiner versäume den Besuch dieser Versammlung. —

Altmark.

Salzwedel. Stadtverordneten-Sitzung. Wie schon so oft, mußte sich auch diesmal der Stadtverordneten-Vorsteher belehren lassen. Er wollte gleich nach Eröffnung der Sitzung zur Tagesordnung übergehen und wurde von Stadtverordneten der Einheitsliste darauf hingewiesen, daß es angebracht sei, des verstorbenen Reichspräsidenten zu gedenken. Sämtliche Mitglieder der Versammlung erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen. Die Bürgerlichen, die ihrem Stadtoberhaupt anscheinend eine Ehrung zuteil werden lassen wollten, beantragten, die Maßnahmen anläßlich des Wechsels in der Stelle des Ersten Bürgermeisters in geheimer Sitzung zu beraten. Genosse Gartz widersprach, da nichts zu verheimlichen sei. Stadtv. Loof wollte nun in öffentlicher Sitzung über den bürgerlichen Antrag abstimmen lassen, mußte sich aber vom Genossen Dieckmann belehren lassen, daß er dazu die Sitzung in eine geheime zu verwandeln habe. In der geheimen Sitzung wurde dann der Antrag der Bürgerlichen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Oeffentlichkeit, über deren Geldmittel man da verfügte, wurde nichts mitgeteilt. Die durch die Auseinandersetzungen hervorgerufene gespannte Stimmung machte sich noch bei der Beratung der andern Vorlagen bemerkbar. Als Wohlfahrtspfleger für den 18. Bezirk wurde Genosse Hermann Schmidt gewählt. Interessante Aufklärungen gab es zur Ablösung der Bürgschaft für das Sinfonie-Orchester. Bürgermeister Dr. Sälge mußte nach längerm Hin und Her zugeben, daß ihm wegen seines Verhaltens in dieser Angelegenheit die Mißbilligung des Reichsinnenministers ausgedrückt worden sei. Es war ihm sehr peinlich.

Stendal. Ausgerissen. Als am Freitag der wegen Diebstahls zu 2 Jahren Gefängnis verurteilte Kruppa vom Amtsgerichtsgebäude zum Gerichtsgefängnis geführt werden sollte, entwich er seinem Aufseher und gelangte auf die Straße, wo eine wilde Hatz begann, da sich auch die Passanten an der Wiederergreifung des Flüchtenden beteiligten. Aber es nützte alles nichts, er entkam in der Weberstraße. — Freitod. Die 40 Jahre alte Frau H., Tangermünder Straße 23 wohnhaft, hat ihrem Leben in ihrer Wohnung durch Gasvergiftung ein Ende bereitet. Türen und Fenster waren verstopft und verkittet, so daß kein Gasgeruch von außen zu spüren war. Welche Gründe die Frau zu der Tat veranlaßt haben, konnte noch nicht festgestellt werden. —

Stendal. In der Volksversammlung am Donnerstag den 26. März bei Hartje wird Polizeipräsident Genosse Krüger (Magdeburg) über Reichspräsidentenwahl und Sozialdemokratie sprechen. Genossen, sorgt für guten Besuch und besorgt Helfer für die Wahlarbeit, die bis aufs kleinste durchgeführt werden muß! Alle müssen am Donnerstag kommen! — Eine öffentliche Stadtverordneten-Sitzung findet am Freitag nachmittag 4 Uhr statt. Der Abbau von Schulstellen an Volksschulen steht zur Beratung. —

Stendal. In der Volksversammlung am Freitag sprach Landtagsabgeordneter Genosse Brandenburg über „Sozialdemokratie und Reichspräsidentenwahl". Die niederträchtigen, verwerflichen Aktionen der Rechtsparteien zur Niederknüppelung der Sozialdemokratie werden an dem unbeugsamen Willen der Arbeiter der deutschen Republik scheitern. Otto Braun, der Mann des Volkes, muß als Nachfolger Eberts gewählt werden. Alle arbeitenden Schichten des Volkes müssen sich für ihn einsetzen. Nicht mit Phrasen und Demagogie wollen wir den Kampf durchführen, sondern mit Ehrlichkeit und Aufklärung. Hoch die Republik und Freiheit für jetzt und allezeit! Mit dem Appell an alle, sich rege für die Wahlarbeit einzusetzen und mit einem Hoch auf die Republik schloß der Vorsitzende die Versammlung. —

Turnen, Rasenspiele, Wassersport — Volkssport — Radfahren, Athletik, Wandern

Neutralitätsheuchelei.

In den bürgerlichen Sportzeitungen und in den Sportteilen der Rechtspresse erscheinen dauernd lange Lamentos über den bösen Arbeitersport, der den Boden der politischen Neutralität verlassen hätte, auf welchem allein nur sich ein wahrer edler Volkssport bis zur höchsten Vollkommenheit entwickeln könnte. Vordem sei das besser gewesen, da sei Politik nur in den politischen Vereinen getrieben worden, in den Sportvereinen aber lediglich Sport.

Diese Heuchler! Wie war und ist es denn in Wirklichkeit? Denkende Arbeiter fühlten sich in den bürgerlichen Sportvereinen nicht mehr wohl, weil diese von gerissenen politischern Schiebern immer mehr für reaktionäre politische Zwecke mißbraucht wurden. Der Freiheit Hauch hatte vor hundert Jahren die Turnbewegung befruchtet und aufblühen lassen. Das Ideal war ein in sich einiges großes deutsches Vaterland, frei nach außen und innen. Und darinnen ein freies Volk unter schwarzrotgoldenen Fahnen, freie Staatsbürger statt Untertanen.

Finsterlinge waren dann am Werke, denen das Wort „Freiheit" zu grell in die Augen stach. Und im Laufe der Zeit verstanden sie es, die freie Turnbewegung in reaktionäres Fahrwasser zu lenken. Die Turnbewegung wurde politisch mißbraucht, statt „Freiheit" gab es nur noch Freibier bei allerlei afterpatriotischen Anlässen, gewürzt mit schwülstigen Reden.

Das schied die Geister und trieb zur Gründung des selbständigen Arbeitersports, der, anfangs verlacht, dann erbittert bekämpft, trotzdem seinen Siegeszug antrat und heute in so prächtiger Blüte steht. Eine Kulturbewegung ersten Ranges. Körperkultur ist das Leitmotiv des Arbeitersports, und die Richtung in der er marschiert ist freiheitlich.

Und nebenher kläfft die Meute der „politisch neutralen" Schieber im bürgerlichen Sport vom „politischen Arbeitersport" und von ihrer eignen Neutralität. Wie diese „politische Neutralität" aussieht, dafür bringt der schwarzweißrote „Sportsonntag" in seiner Nummer mit dem Datum des 15. März folgenden Beweis:

Amtlich.

Wahl des Reichspräsidenten.

Am 29. März 1925 findet zum erstenmal die Wahl des Reichspräsidenten durch das deutsche Volk statt. Diese Wahl hat eine große vaterländische Bedeutung, besonders im Hinblick darauf, daß der Reichspräsident auf 7 Jahre gewählt wird.

Wir deutschen Turner, die wir Parteipolitik aus unsern Reihen bewußt fernhalten, wünschen uns als Staatsoberhaupt einen Mann von reicher Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, von lauterm Charakter, von kerndeutscher, sozialer und christlicher Gesinnung. — Als Kandidaten sind aufgestellt:

a) vom Reichsblock der ehem. Reichsminister des Innern, jetziger Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, der von den Franzosen ausgewiesen, sofort zu seinen Amtsgeschäften zurückkehrte, sodann von den Franzosen für sein mannhaftes Eintreten für das Deutschtum im besetzten Gebiet in Ketten gelegt und mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wurde, die er auch abgesessen hat;
b) von den Demokraten der Staatspräsident Hellpach;
c) vom Zentrum der ehemalige Reichskanzler Marx;
d) von den Sozialdemokraten der ehemalige preußische Ministerpräsident Braun;
e) von den Kommunisten Thälmann.

Wir glauben, den deutschen Turnern die Wichtigkeit gerade dieser Wahl des Reichspräsidenten vor Augen führen zu müssen, und überlassen es jedem, nach seinem Gewissen zu wählen. Daß kein deutscher Turner und keine Turnerin der Wahlurne am 29. März 1925 fernbleiben darf, möchten wir hiermit noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Dr. Berger. Breithaupt.

So sieht die „politische Neutralität" der Deutschen Turner aus. Scheinheilig wird zunächst versichert, daß Parteipolitik ferngehalten wird, und in demselben Atemzug werden die Turner aufgefordert, den Kandidaten der vereinigten Reaktion zu wählen, den Dr. Jarres. Denn nur diesen lobt man als deutschen Reden über den Schellendaus, während man — der „Neutralität" wegen — die übrigen Kandidaten nur namentlich aufzählt.

Die Antwort der Arbeitersportler auf diese hinterhältige Schiemerei muß sein, nun erst recht alle Kraft daranzusetzen, daß der Kandidat des schaffenden Volkes, Otto Braun, zum Reichspräsidenten gewählt wird. Den vielen Arbeitern aber, die sich entgegen ihren eignen Interessen noch in den bürgerlichen Sportvereinen befinden, möge diese offenkundige Stellungnahme für die Reaktion der letzte Anstoß sein, diesen Neutralitätsheuchlern den Rücken zu kehren. —

Sportkartell-Konferenz.

Das Landessportkartell für den Regierungsbezirk Magdeburg hielt am Sonntag seine diesjährige Landeskonferenz ab. 42 Kartellvertreter sowie drei Bezirks- oder Kreisleiter nahmen an den Verhandlungen teil, nur wenige Kartelle hatten keine Vertretungen schicken können.

Aus dem Geschäftsbericht des Geschäftsführers Genossen Dankworth war zu entnehmen, daß die Inflation mit ihren Nachwehen der Arbeitersportsache ganz gewaltig geschadet hat. Trotzdem hat es die Leitung verstanden, die Interessen der Arbeiter-Sportvereine bei jeder Gelegenheit wahrzunehmen. Besonders konnte bei den Behörden gut gewirkt werden. Der chronische Geldmangel war auch hier die Ursache, daß recht wenig neue Kartelle gegründet werden konnten; die Vortrags- und Werbetätigkeit mußte auf das äußerste beschränkt werden.

Aus der Debatte klang eine einmütige Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten heraus. Besonders wurden die Angelegenheiten der amtlichen Jugendpflege eingehend besprochen. Die Vertreter versprachen, im Sinne der Ausführungen zu arbeiten und vor allem den Ortsausschüssen für Jugendpflege beizutreten.

Ein Antrag, nach dem das Landeskartell gemeinsam mit den Verbänden einen 2tägigen Kursus für die Verwaltungsarbeiten der Vereine abhalten möge, wurde einstimmig angenommen.

Der Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, Wildung (Berlin), besprach in ausführlicher Weise die Vorbereitung und Veranstaltung des Rasttages. Er empfahl die Abhaltung des Rasttags an dem schon jahrelang festgelegten Tag und nicht die Verlegung wegen der bürgerlichen Veranstaltungen, die auf den gleichen Tag gelegt sind. Eingehend verbreitete er sich über die Olympiade in Frankfurt. 150 000 Arbeitersportler mindestens werden hieran teilnehmen. Zur Durchführung der notwendigen Arbeiten sollen die Sportkartelle „Olympia-Ausschüsse" gründen. Diese sollen bei den Gemeinden und Kreisen Beihilfen für die Wettkämpfer beantragen.

Sodann empfahl er als Beschluß der Zentralkommission, in die Ortskartelle nur Vereine aufzunehmen, deren Verbände der Zentralkommission angeschlossen sind. Für die Vereine der andern Verbände, wie Sänger, Theater- und Musikfreunde, sollen die Sportkartelle besondere Arbeitsgemeinschaften bilden. Die örtliche Reglung wird den Kartellen überlassen.

Von der Leitung des Landeskartells sollen demnächst organisatorische Richtlinien herausgegeben werden.

Die Ortskartelle haben für 1925 für jedes Mitglied der angeschlossenen Vereine 3 Pfennig als Beitrag an das Landeskartell abzuführen.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, außerdem wurde der Kreisleiter des Samariterbundes, Genosse Riepekohl (Magdeburg), neu hinzugewählt.

Zum Schlusse machte der Geschäftsführer auf das Parteifest der Sozialdemokratischen Partei in den Kreisen Wolmirstedt und Neuhaldensleben aufmerksam und bat die Vereine, am Festtag (den 24. Mai) keine größern Veranstaltungen festzulegen. Vielmehr bat er, diese Gelegenheit zur Werbung für den Arbeitersport durch zahlreiche Teilnahme zu benutzen. Auf die Sportlotterie der Vereinigung für Arbeitersport in Diesdorf verwies er ebenfalls und forderte zur regen Unterstützung auf.

Hierauf schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Konferenz mit der Bitte um Beachtung und Durchführung der besprochenen Aufgaben. —

Große Sporthallen-Lotterie

der Diesdorfer Arbeiter-Sportler.

1. Hauptgewinn: 1 komplette Drei-Zimmer-Einrichtung 1500.— Mk.
2. Hauptgewinn: 1 Motorrad (2½ PS) . . . . 1000.— Mk.
3. Hauptgewinn: 1 Schlafzimmer . . . . 500.— Mk.

Insgesamt 1000 Gewinne im Werte von

10000 Mk.

Preis des Loses 1.20 Mk. Behördlich genehmigt.

Lose sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften sowie in der Buchhandlung Volksstimme in Magdeburg zu haben.

Fußball.

Kampf um die Kreismeisterschaft.

Burger Ballspielklub I gegen Turner Aschersleben I (4:4, 2:3, Ecken 3:3). Entscheidungsspiele stellen an die daran beteiligten Spieler stets große Anforderungen und starke Nerven. Eine solche Nervenprobe hatten die beiden obengenannten Mannschaften am Sonntag in Burg auf dem Germaniaplatz zu bestehen. Da muß nun von vornherein erklärt werden: Der Vertreter unseres Kreises, Burger Ballspielklub, hat sie bestimmt nicht bestanden. Eine derartige Aufgeregtheit, ein derartiges Lampenfieber hatte man von der sonst so sicheren Mannschaft nicht erwartet. Nur wenige Spieler waren es, die tatsächlich Gutes leisteten, allen voran der jugendliche La., auf dessen Konto sämtliche Tore gutzuschreiben sind. Die größere Hälfte versagte, Hr. beispielsweise wirkte nur als Statist mit, und wenn er eingriff, so geschah es in harter Weise. Die Verteidigung ist ein Kapitel für sich. Von den vier Toren Ascherslebens kommen drei auf Kosten der Verteidigung Ballspielklubs. Der Ml. wurde erst in der zweiten Hälfte gut. Die Turner-Mannschaft hat ein wunderbares Zuspiel und ist vor allem sehr flink. Sehr gefährlich Hr., der Tw stand seinem Gegenüber in nichts nach. Der Schiedsrichter Willmer (Dessau) war diesem Spiele nicht gewachsen, seine Entscheidungen wurden fast stets zuungunsten des Vertreters des 2. Bezirks getroffen und waren oft anfechtbar. Zu verurteilen ist aber, daß das Publikum in den Spielverlauf einzugreifen versuchte.

B. B.-K. gegen die Sonne spielend, hat Anstoß und wird gleich im Anfang gefährlich. Schon die 5. Minute bringt gute Torgelegenheit, Hl. kann aber dicht vorm Tor den Ball nicht richtig fassen. Das Spiel ist äußerst flott, auffallend die erwähnte Schnelligkeit der Turner. Beide Tw. haben reichlich Glück. La. B.-K. nimmt in der 15. Minute den Ball vom Ml. gut auf, umspielt kurz und schießt unhaltbar ein. Nicht lange dauert die Freude. Der Lv. von Ballspielklub erlaubt sich einen bösen Schnitzer, schon erfaßt Hr. der Turner das Leder und schießt zum Ausgleich ein (24. Min.). Das Tempo nimmt noch zu, gute Chancen verdirbt die Unsicherheit einzelner Spieler Ballspielklubs. Wieder ist La. der Burger durch, in vollem Lauf präzis flankend, nimmt Mitte auf und erzielt Nummer 2 (31. Min.). Prompt erwidert Hl. das erzielte Tor, begünstigt durch zu weites Aufrücken der Verteidigung Ballspielklubs. Letztere lassen etwas nach, desto eifriger die Turner, Hl. brennt durch, Verteidigung B.-K. war auf Reisen, Gasse muß das dritte Tor passieren lassen.

Halbzeit. Die Latte verhindert in der 48. Minute ein Selbsttor der Turner. Ballspielklub erzielt in der 49. Minute die weite Ecke, die, von La. sehr gut hereingegeben, glatt den Ausgleich bringt. Wieder ein rasender Flankenlauf des La. der Burger, mit sofort nachfolgendem Schuß. Ra. kann den Ball erfassen und scharf einschießen (55. Min.). Mit des Geschickes Mächten — —. Ein schneller Vorstoß der Turner, Ra. B.-Spielklubs macht Hand, ein Elfmeter-Ausgleich folgt (61. Min.). Der schwere Boden hatte nun beide Mannschaften doch klein bekommen, das Tempo läßt nach, der Sieg spielt keine Partei mehr und soll vor allen Dingen wenigstens das Unentschieden erhalten werden. Doch kurz vor Schluß winkt den Turnern der Sieg. Der Schiedsrichter gibt in der 85. Minute einen Elfmeter, der aber verschossen (absichtlich? B. B.) wird.

Beide Mannschaften teilen sich die Punkte. Der große, weite Platz war von Zuschauern dicht umgeben —

*

Sportfreunde I gegen Borussia I (0:1 — 0:1, Ecken 3:4). Auf dem Sportplatz am Sedanring standen sich die Borussen und die altbekannte Sportfreunde-Elf im Gesellschaftsspiel gegenüber. Bei vollkommener Gleichwertigkeit beider Mannschaften kommt es nur zu einem knappen Resultat, bei dem die Borussen siegreich verbleiben.

Vom Anstoß weg wird scharfes flottes Spiel gezeigt, bei dem durch besseres und schnelleres Passen die Borussen leicht in Vorteil sind. Ziemlich unerwartet kommt dem Sportfreunde-Tw in der 10. Minute ein flacher Schuß des La. der Borussen, der den ersten Erfolg und zugleich den einzigen bildet. Ein den Sportfreunden zugesprochener Strafstoß kann vom gegnerischen Tw. gut abgewehrt werden. Trotz eifrigen Spiels auf beiden Seiten, werden alle sich bietende Torchancen nicht verarbeitet.

Kurz vor Halbzeit verhängt der Schiedsrichter einen Strafstoß zugunsten der Borussen. Auf eine dem Schiedsrichter gegebene unsportliche Bemerkung bezüglich des Strafstoßes sieht sich derselbe veranlaßt, den betreff. Spieler herauszustellen. Differenzen darüber führen zu einem Wechsel des Schiedsrichters. Ein andrer anwesender Schiedsrichter leitet das Spiel weiter. Auch nach Halbzeit gelingt es trotz manchmal sehr ernster Situationen vor beiden Toren keinem der Gegner, etwas Zählbares zu erreichen.

V. f. B. I gegen Germania Südost I 2:1, 1:1, Ecken 3:4). V. f. B. hatte einen Spitzenverein der 2. Klasse (Germania Südost) zu einem Gesellschaftsspiel verpflichtet. Mit dem Anstoß V. f. B. setzt sofort ein flottes Spiel ein. Es gelingt dem Platzbesitzer schon in der ersten Minute, nach schönem Durchspiel das erste Tor zu erzielen. Durch eifriges Spiel gestaltet Germania das Spiel bis Halbzeit überlegen und es ist der Mannschaft vergönnt, in der 25. Minute den Ausgleich zu schaffen. Mehrere Ecken für Germania bleiben ergebnislos, so daß sich an dem Resultat bis Halbzeit nichts ändert.

Nach Seitenwechsel geht das Spiel flott weiter. Jetzt ist es V. f. B., welcher eine Schwächeperiode des Gegners ausnutzt und in der 60. Minute durch La. in Führung geht. Doch macht sich Germania bald wieder frei und hat auch weiterhin bedeutend mehr vom Spiel. Sämtliche Schüsse, die auf das Tor gingen, wurden jedoch vom V. f. B.-Tw. gut gehalten. Trotz eifriger Anstrengungen beider Parteien, noch etwas zu erreichen, bleibt es bei dem Resultat. Die Gäste mußten eine unverdiente Niederlage mit nach Hause nehmen. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei. —

Turn- und Sportverein Jersleben I gegen Sportfreunde Magdeburg I. (3:1, 2:0, Ecken 3:4). Am Sonntag trugen die Mannschaften ein Gesellschaftsspiel auf dem Sportplatz in Jersleben aus. Sportfreunde legten sich mächtig ins Zeug, Jersleben erwidert dieses Tempo. Nach 10 Minuten Spielzeit kann Jersleben in Führung gehen. Angriff auf Angriff folgt, hoch und 'runter rollt das Leder. Doch hat Jersleben bis jetzt etwas mehr vom Spiel und drückt Sportfreunde in ihre Hälfte. In der 28. Minute kann Ra. Nr. 2 für seine Farben buchen. Jetzt stellen Sportfreunde um, indem der Tw. wechselt, aber torlos ziehen sie in die Halbzeit. Nach Seitenwechsel finden sich Sportfreunde besser zusammen und zeigen einen offenen Kampf. Wiederum kann Jersleben die Torzahl auf drei erhöhen. Immer mehr angespornt ziehen Sportfreunde vor des Gegners Tor aber an der guten Hintermannschaft Jerslebens scheitert der Erfolg. Manche gute Sache wird verschossen oder endet in den Armen des Tw., bis 5 Minuten vor Schluß Sportfreunde ein Tor dagegen setzen können. Damit endet dieser schöne Kampf. Der Schiedsrichter (Wolmirstedt) war dem Spiel ein gerechter Leiter. —

Jersleben Jugend I gegen Borussia Jugend II (2:1). —

Weitere Resultate. Borussia I. Jugend gegen Sportfreunde II. Jugend 0:3. Sportfreunde I. Jugend gegen Britannia-Aschersleben I. Jugend 2:2. Sportfreunde IV Jugend gegen Britannia II Jugend 1:1. Eintracht 02 I gegen Turner Burg I, das Spiel fand nicht statt, da Turner nicht erschien. V. f. B. II gegen Hohendodeleben I 8:5. V. f. B. III gegen Preußen I 2:3. Jersleben I gegen Ballspielklub II 2:0. —

Handball.

Um die Gruppenmeisterschaft.

In der Nordgruppe waren Diesdorf und Fichte Wilhelmstadt punktgleich. Aus diesem Grunde standen sich die beiden Mannschaften auf dem Fort 1 an der Schönebecker Straße gegenüber, um die Gruppenmeisterschaft auszukämpfen. Es ist nur zu selbstverständlich, daß zu diesem Kampfe die beiden Vereine ihr bestes Spielermaterial aufboten, um dem Gegner den Sieg so schwer als möglich zu machen.

Das Spiel, um es gleich vorwegzunehmen, wurde in prächtigster Kameradschaft durchgeführt. Beide Vereine gaben sich die redlichste Mühe, trotz der Ehre, die es zu erringen galt, den größten Wert auf die Spieltechnik zu legen. Und so sollte es stets sein. Was bedeutet es, „Gruppenmeister" zu sein, wenn man dafür das Ansehen des Vereins aufs Spiel gesetzt hat. Der gute Ruf einer Mannschaft über alles, auch dann, wenn man, um diesen guten Ruf zu schützen, auf den schönsten Meistertitel verzichten muß

Die Diesdorfer haben dieses Spiel gewonnen, haben sich den Sieg schwer erkämpfen müssen, aber sie haben gerecht gesiegt. Erst schien es so, als ob beide Mannschaften ihrer alten Tradition, unentschieden zu spielen, treu bleiben würden. Die erste Halbzeit verlief torlos. Nach Wiederanpfiff ging der Kampf lebhaft weiter. Besuche an diesem und jenem Tore wechselten miteinander ab. Ein Strafwurf bringt Diesdorf die Führung ein. Wilhelmstadt kämpft mit aller Energie und kann dann auch nach schönem Durchspiel den Ausgleich erzwingen.

Die Spielzeit war zu Ende. Ein Unentschieden als Resultat. Eine Entscheidung mußte fallen. Wieder gehen beide Mannschaften in den Kampf. Wer das meiste Glück auf seiner Seite hat, ist Sieger. Diesdorf kommt überraschend schnell vor das Wilhelmstädter Tor und kann nach glänzender Kombination das siegbringende Tor werfen. Damit war dieser Kampf entschieden. Eins der schönsten Spiele die bisher gezeigt wurden, war damit beendet. Diesdorf wird nunmehr am 5. April um die Bezirksmeisterschaft gegen die Turner Südost spielen. Wir befürchten, sie werden den nächsten höheren Titel nicht mehr erreichen. —

*

Vorwärts Fermersleben gegen Fichte Sudenburg (1:1, 4:2). Das Serienspiel dieser beiden Mannschaften hatte eine erhebliche Zahl Zuschauer herbeigelockt, die aber leider nicht voll auf ihre Rechnung gekommen sein werden. Gleich mit Anwurf setzt ein äußerst scharfes Spiel mit seltenem Tempo ein, dem Sudenburg anfangs nicht gewachsen schien. Die Fichte-Mannschaft findet sich aber überraschend schnell zusammen, wehrt die energischen Angriffe des Gegners mit Erfolg ab und kann nach längerem Hin und Her durch Unachtsamkeit des Vorwärts-Torwarts in Führung gehen. Fermersleben, mit einer erprobten Mannschaft auf den Plan getreten, versucht mit aller Macht auszugleichen. Ihr systemvolles Spiel gibt dazu des öfteren Gelegenheit. Jedoch landen alle Schüsse in den Händen des guten Sudenburger Tw. Erst ein Strafwurf bringt für Vorwärts den Ausgleich.

Mit 1:1 werden die Seiten gewechselt. Bot das Spiel in der ersten Halbzeit einen prächtigen, lebensfrischen Eindruck, so war die zweite Hälfte ein wüstes Durcheinander. Die Sucht nach den Punkten, das „Um-jeden-Preis-Gewinnen", ergriff die Fermersleber Mannschaft und führte bedauerlicher Weise zu einem unfairen Spiel. Solche Spielweise schadet dem Arbeitersport. Das Resultat eines solchen Spieles ist stets ein äußerst negatives und ist mit dem idealem Wollen der proletarischen Sportbewegung niemals in Einklang zu bringen. Schuld an diesem Ausarten des Spiels tragen auch die Schiedsrichter, die mit dem Herausstellen von rücksichtslosen Spielern zu spät begonnen haben. Auch sonst trugen die Schiedsrichter durch Fehlentscheidungen zu dieser Siedehitze bei.

Das Endresultat ist 4:2 für Fermersleben, das auf solche Siege nicht allzu stolz zu sein braucht. —

Weitere Resultate. Eintracht Neustadt Jugend gegen Turner Burg Jugend 2:1 für Burg. Die Burger Jugend spielte überlegen und zeigte auch das bessere Spiel. —

Raffball.

Fichte Neue Neustadt Bezirksmeister. Um die Bezirksmeisterschaft standen sich am Sonntag Fichte Neue Neustadt 1 und Diesdorf 1 gegenüber. Neue Neustadt gewann als Sieger mit 8:4 und wird nunmehr den 2. Bezirk in den Kreisspielen vertreten. Der Schiedsrichter war auf dem Posten und hatte das Spiel fest in der Hand. —

zur Verbilligung der Bauausführung und der Baustofferzeugung.

3. Es sind Richtlinien für die Verwendung der Wohnungsbauabgabe durch das Reich, die Länder und Gemeinden aufzustellen.

4. Die Landesversicherungsanstalten und sonstigen sozialen Verwaltungsbehörden haben die angesammelten Mittel hypothekarisch gesichert für den Kleinwohnungsbau gegen niedrige Zinsen zur Verfügung zu stellen. Die Kosten des Wohnungsbaues, die durch die Wohnungsbauabgabe nicht gedeckt werden können, sind durch Zuschüsse des Reiches zu decken.

5. Die Mieten in den Altwohnungen dürfen nur insoweit gesteigert werden, soweit die Erhaltung der Gebäude, die Deckung der Betriebskosten und die Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken und des im Grundstück angelegten eignen Kapitals nach Maßgabe der Entwertung sie bedingt.

Die Mieten der Neuwohnungen, die mit Hilfe öffentlicher Mittel errichtet werden, dürfen nicht wesentlich höher werden als die Mieten der Altwohnungen. Zur Sicherung dieses Zieles hat das Reich die Weitergabe der Mittel für den Wohnungsbau davon abhängig zu machen, daß die Darlehen und Hypotheken zu geringem Zins oder einem niedrigen Amortisationssatz und in Höhe von etwa 85 bis 90 v. H. der Baukosten gewährt wird.

6. Von den Mitteln, die den Ländern verbleiben, haben diese einen bestimmten Hundertsatz für die Instandhaltung der Altwohnungen und zur Sanierung verfallener Wohnviertel zu verwenden.

7. Die Verbilligung des Wohnungsbaues muß durch Bereitstellung von billigem Bauland, durch behördliche Erleichterungen bei der Baugenehmigung, durch Förderung der Nationalisierung des Baugewerbes, durch planvolle Verteilung der Bauaufträge über das ganze Baujahr, und vor allem aber durch nachdrückliche Bekämpfung übersetzter Bau- und Baustoffpreise besonders gefördert werden. Gemeinwirtschaftliche Betriebe des Bau- und Baustoffgewerbes sind aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

IV.

Mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe dürfen Wohnungsbauten nur gefördert werden:

1. wenn die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe der Festsetzung oder Kontrolle einer öffentlich-rechtlichen Stelle unterstehen;

2. wenn die Bauten dauernd im Eigentum öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben.

Aus besondern Gründen können die Bauten im Privateigentum errichtet werden und verbleiben, wenn durch geeignete Maßnahmen verhindert wird, daß der Bauherr — Eigentümer — aus der Vermietung oder dem Verkauf einen ungerechtfertigten Gewinn erzielt. —

Staatliche Betriebe an die Privatindustrie.

Die bayrische Regierung hat durch ihre Unterhändler am Mittwoch in Berlin mit den zuständigen Stellen der Deutschen Werke und des Reiches über die Fortführung der bayrischen Betriebe der Deutschen Werke verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Betriebe Ingolstadt und Amberg werden in der Form selbständiger Gesellschaften, als deren Aktionäre zunächst nur der bayrische Staat und die Deutschen Werke auftreten, fortgeführt; das Werk Ingolstadt als Deutsche Spinnereimaschinen-A.-G., das Werk Amberg als Deutsche Präzisionswerkzeug-A.-G.

Die augenblicklich stilliegenden Werke Dachau und Reichertshofen sowie das vor der Stillegung stehende Werk München werden so rasch wie möglich an die Privatindustrie verkauft, da sie sich in ihrer jetzigen Form angeblich als absolut unrentabel erwiesen hätten. Der Erlös aus diesen Werken dient den Werken Ingolstadt und Amberg als Betriebskredit, wozu noch der bayrische Staat einen besondern Kredit von zwei Millionen Mark gewährt. Die Regierung hat dem Landtag darüber eine gesonderte Vorlage unterbreitet. —

In Reue zurückgekehrt.

Der Streit innerhalb der preußischen Zentrumsfraktion zwischen der Mehrheit und den Abgeordneten Leonartz und v. Papen hat jetzt seine Beilegung gefunden. Die Abgeordneten stellen in einer Erklärung fest, „daß ihre Abstimmungsenthaltung am 20. Februar sich in keiner Weise gegen die verehrungswürdige Person des Reichskanzlers a. D. Marx und gegen das von ihm verfolgte Ziel der großen Volksgemeinschaft richtet". Die beiden Abgeordneten erkennen weiter an, daß die Wirksamkeit der Zentrumsfraktion wesentlich bedingt wird durch die Geschlossenheit ihres Handelns. Sie erklärten sich bereit, dem Rechnung zu tragen.

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags hat auf Grund dieser Erklärung einstimmig beschlossen, ihren Beschluß vom 20. Februar, der den Ausschluß der beiden Abgeordneten Leonartz und Papen forderte, als erledigt zu betrachten.—

Kleine Chronik.

Verzweiflungstat einer kranken Mutter. Als am Freitag in der 7. Abendstunde der Lagerist Sch. in seine in der Mariannenstraße in Leipzig gelegene Wohnung von der Arbeit heimkehrte, bot sich ihm ein trauriger Anblick. Nach mehrmaligem Klopfen hatte ihm seine Ehefrau die Tür geöffnet, brach darauf aber sofort bewußtlos zusammen. Wie sich herausstellte, hatte sich die seit längerer Zeit nervenkranke Frau mit einem Rasiermesser stark blutende Schnitte in die linke Pulsader und am Halse beigebracht, außerdem ihr 15 Tage altes Kind im Bett erstickt. Ihr Nervenleiden hatte sich durch die Geburt des Kindes und einer Erkrankung (Brustverletzung), die nach ihrer Meinung das Leben des Kindes gefährdete, noch verschlimmert. Dieser Umstand hat sie zu der unseligen Tat verleitet. Sie fand Aufnahme im Krankenhaus Sankt Georg. —

Eine Bluttat in Oberschlesien. In Alt-Budkowitz spielte sich eine schwere Bluttat ab. Ein Landjäger sollte bei dem Arbeiter Ludwig Steiner eine Waffendurchsuchung vornehmen. Steiner griff hierbei zur Waffe und erschoß den Landjäger. Seine Stiefmutter, die hinzukam, um den Streit zu schlichten, wurde gleichfalls von Steiner erschossen. Er nahm sodann die Waffe des Landjägers und flüchtete in den Wald. Die Schupo hat alsbald ein Kommando mit einem Polizeihund an den Tatort entsandt. Der Hund ermittelte die Spur des Mörders, der sich im Wald erschossen hatte. —

Ein Landbriefträger ermordet. Der 27jährige Landbriefträger Schmidt wurde auf der Straße Mühlbach—Ellingshausen aus dem Hinterhalt überfallen und ermordet. Der Kopf des Ermordeten ist mit einem Knüppel vollständig zertrümmert worden, die Halsschlagader ist durchgeschnitten und der Körper weist 15 Messerstiche auf. Der Täter, der bei seiner furchtbaren Tat gestört wurde, hat, ohne einen Raub ausführen zu können, die Flucht ergriffen. Er wurde später in der Nähe von Rotenburg an der Fulda verhaftet und hat die Tat bereits eingestanden. Es handelt sich um einen 18jährigen Burschen! Der Ermordete wollte in nächster Zeit heiraten. —

Der Weibsteufel. Aus Rostock wird gemeldet: Am 6. Dezember v. J. wurde auf dem Wege von Warnemünde nach Diedrichshagen das aus Berlin stammende stellungslose Dienstmädchen Pauline Spiekermann ermordet. Nachdem sich der Verdacht gegen verschiedene Personen nicht bestätigte, nahm man das in dem Orte Delmenhorst beschäftigte Dienstmädchen Berta Lasse fest, das mit der Spiekermann bekannt und vor der Tat in Gesellschaft der Ermordeten gesehen worden war. Jetzt hat die Lasse ein umfassendes Geständnis abgelegt. Unter dem Vorgeben, ihr eine Stelle beschaffen zu können, hat sie die Spiekermann an den Tatort gelockt und mit einem Beil erschlagen. Als Beweggrund gibt die Lasse an, daß sie wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt sei und sich deshalb die Papiere eines ihr gleichaltrigen Mädchens habe verschaffen wollen. Schon im November 1924 hatte die Lasse ein Rostocker Mädchen zu einer Reise nach Hamburg verleitet, aber nicht die Gelegenheit gefunden, dieses Mädchen zu beseitigen. Die Lasse ist ferner geständig, am 27. November v. J. in Güstrow ein Mädchen namens Böticke, mit dem sie in einer Scheune übernachtete, im Schlafe mit einem Beil überfallen und schließlich in eine Jauchengrube geworfen zu haben, aus der das Mädchen noch lebend gerettet werden konnte. Auch hier war es der Lasse lediglich um die Erlangung der Papiere zu tun. —

Wilde Schießerei eines Polizeibeamten. Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich Sonnabend morgen in der Friedberger Anlage in Frankfurt a. M. ab. Ein hessischer Polizeibeamter hatte einen an den Händen gefesselten Gefangenen, merkwürdigerweise auf offener Straße, zu transportieren. Der Gefangene riß sich plötzlich los und verschwand in den Anlagen. Der Beamte gab in der Richtung auf den Fliehenden einen Schuß ab, der aber einen vorübergehenden Kaufmann in die linke Brustseite traf, der schwerverletzt zusammenbrach. Trotzdem schoß der Beamte noch mehrere Male auf den fliehenden Verbrecher, der dann auch schließlich durch eine Beinverletzung an der Flucht gehindert wurde. Es ist unbegreiflich, daß das Publikum solchen Gefahren ausgesetzt ist. Strengere Vorschriften über den Transport Gefangener sind unbedingt erforderlich. —

Der Schlaumeier. Vom Schulstreik im Elsaß erzählt „La Republique" die folgende Geschichte: Ein Streikposten-Abbé versprach in Kolmar einer vierköpfigen Gruppe von Jungen mit Schulranzen Schokolade, wenn sie ihm ins Vereinshaus folgen würden. Die Kinder ließen sich selbstverständlich nicht lange bitten, denn zwischen Schule und Schokolade war die Wahl nicht schwer. Als unsre vier Helden das ihnen gestiftete Quantum Schokolade verzehrt hatten und der Herr Abbé keine Miene machte, eine weitere Auflage folgen zu lassen, meldete sich einer derselben. „Derf ich jetzt gehn?" — „Worum denn, min Lieber," fragt der außergewöhnlich freundliche Abbé, dessen Gesicht jedoch nicht gerade intelligent aussieht, als er folgende Antwort hört: „Ich bin nämlich ä Juddebue." —

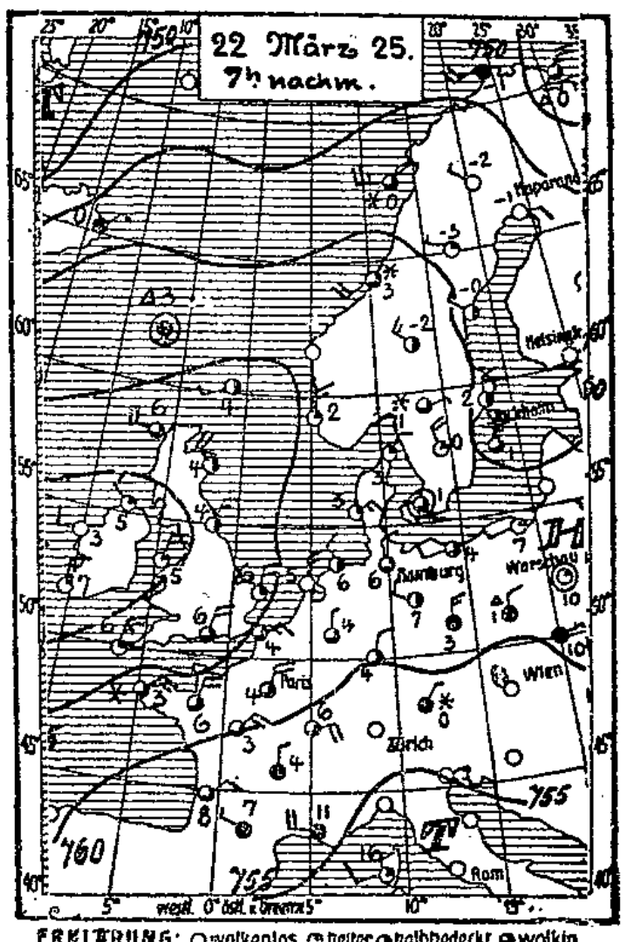
127 Opfer der Kinderlähmung. Eine Epidemie von Kinderlähmung hat in Wellington (Neuseeland) zahlreiche Opfer gefordert. Alle Schulen sind bereits seit Weihnachten geschlossen, und in ganz Neuseeland dürfen Kinder nur mit besonderer Erlaubnis Reisen unternehmen. Für die ersten 2 Monate des Jahres weist die Statistik 127 Todesfälle infolge Kinderlähmung auf. —

Wasserstände.

		Elbe.	Fall	Wuchs
Pardubitz	22. 3.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—
Melnik	„	—	—	—
Leitmeritz	„	— 0,09	—	—
Aussig	„	+ 0,28	—	0,02
Dresden	„	— 1,24	—	—
Torgau	23. 3.	+ 0,72	—	0,06
Wittenberg	„	+ 1,95	—	—
Roßlau	„	+ 1,24	—	0,02
Aken	„	—	—	—
Barby	„	+ 1,50	0,02	—
Magdeburg	„	+ 1,12	—	—
Tangermünde	22. 3.	+ 2,05	—	—
Wittenberge	„	+ 1,87	—	—
Lenzen	„	—	—	—
Dömitz	„	—	—	—
Dalchau	„	—	—	—
Boizenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	„	+ 1,43	—	—

		Mulde.	Fall	Wuchs
Düben	22. 3.	+ 0,46	—	—
Saale.				
Grochlitz	23. 3.	+ 1,34	—	—
Trotha Ktp.	„	+ 2,16	—	—
Bernburg Ktp.	„	+ 1,46	—	0,01
Kalbe Oberpeg.	„	+ 1,66	0,02	—
Kalbe Unterpeg.	„	+ 1,09	—	0,01
Grizehne	„	+ 1,12	—	0,02
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	22. 3.	+ 2,20	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 1,55	—	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,84	0,01	—
Rathenow Unterpegel	„	+ 0,84	0,01	—
Havelberg	„	+ 2,19	—	—

Wetterbericht.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ℞ Gewitter, △ Graupeln, △ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Bei Island ist ein neues Tief erschienen, das am Rande des Hochdruckrückens, der sich von England her über den Kontinent hin ausdehnt, entlang zieht. Es bildet auf seiner Südseite beim Zusammenfluß ozeanischer und kontinentaler Luftmassen Störungsgebiete aus, von denen uns das erste etwa Dienstag nachmittag erreichen wird. Zum wird Bewölkungszunahme vorausgehen und bei seinem Durchgange wohl auch leichter Regen fallen. Die Temperatur, die vielleicht in der kommenden Nacht noch einmal unter Null sinkt, wird tagsüber nur langsam ansteigen, jedoch abends keine stärkere Senkung erfahren.

Aussichten für Dienstag: Zunehmende Bewölkung, später etwas Regen, zunächst noch Nachtfrostgefahr, später milder. —

Wenn deine **Schuhe** grau und blind,
gar brüchig, hart und trocken sind,
putz schnell mit **„Diamantine"**-Krem,
sie werden weich dann und bequem.
Verlangen Sie nur

Diamantine

mit Sparsieb

603 Hersteller: Rud. Starke, G. m. b. H., Melle i. Hann.

Die Steinfeldbauern.

Roman von Valentin Traudt.

(16. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Der Bursche paffte eine dichte Wolke über den Hof und lachte ihr zu. Auch in ihm der wilde Drang der Lebensbejahung, der Gedanke, die könnte die Kirmes schön machen, die mit ihren dicken Zöpfen.

Sie sahen sich wieder an. Diesmal mit fragenden und antwortenden Augen. Tiefe Befriedigung und stilles Wohlgefühl kam über sie; eine heimliche Glut wuchs in ihnen empor, mehr in ihr als in ihm. Der Holzhauer war ein andrer als die Steinfelder. Hochgewachsen wie eine junge Eiche, schlank und biegsam. Hu, wenn der einen beim Tanz in den Armen halten und so em ganz klein wenig an sich drücken wird! Und blaue Augen hatte er, groß und leuchtend, und ein Schnurrbärtchen! Alles in ihr war gespannt.

„Auch tanze gehe, Mädche?"

„Ja, ei bitzche!"

„Nur ei bitzche. Das macht mer gleich ordentlich, daß mer auf ei halb Jahr genug hat, oder is hier obe alle Monat Musik?"

Wie klar und fest seine Stimme war!

„Das net; aber 's sein hier mehr Weibsleut als Tänzer. Was die Männer sein, die trinke lieber 'n Korze; aber die Weiber müsse alle tanze, un weil se tüchtig Schnaps bezahle, hole se die Bursche öfter, un mir müsse schimmele."

„Du auch?"

„Ich? Ei ja!"

Ein Lächeln spielte um ihren Mund. Ihr Blick ward weich und lockend. In dem Augenblick dachte er daran, was sie mit dem Vorarbeiter und dem Felshofer ausgemacht hatten. So selbstverständlich und klug ihm das auch gestern erschienen war, so dumm und feige kam es ihm heute vor.

Das Mädchen strich sich über das Haar. Es lockte. In seinen Augen flackerte es — —:

Tanz mit mir!

Er verstand es wohl, er fühlte auch die Kraft in sich wachsen, allen zu widerstehen, die sie ihm aus den Armen reißen wollten. Aber er hatte sein Versprechen gegeben, er durfte die andern nicht in Ungelegenheiten bringen. Wäre er allein gewesen, dann tanzten sie jetzt schon und gingen in einer Stunde Arm in Arm um das Dorf.

Nun kam eine Unruhe über sie. In ihren Augen sanken die Flammen zusammen, indem sie nach den Fenstern des Tanzsaales sah. Ha, die konnte am Ende auch nicht nach ihrem Willen? Dann könnte man's ja erst recht einmal probieren! Und als nun ein Steinfelder heraustrat und dem Mädchen einen Stoß gab, da hatte er alle Versprechungen von gestern vergessen. Nur sein Begehren flutete in ihm, ganz von sich allein war er erfüllt.

„Mach, Daß De 'neikommst, Anndort!"

Das Mädchen ging, sah aber noch einmal nach ihm zurück, lächelnd, winkend. Er reckte sich auf und kam hinter ihr her. Da wurde sie aber schon von einem andern auf den Tanzboden gezogen, und er sah nur noch, wo sie voller Spannung den Kopf nach der Tür wandte. In glücklicher Erregtheit stieg er die Treppe hinauf.

„Na, Bernd," riefen ihm seine Freunde zu, „wie geht's unte? Gel, es zuppt Dich wieder in alle Ecke? Aber heute gibt's niks. Weißt D' noch in Thalheim? — Weißt noch, die rot Gret' mit dem weiße, feine Hälsche?"

Und sie tranken ihm zu.

Er setzte sich. Da spielten drei Mann Karten, dort vier. Die andern zwei stritten sich über das Sägenschärfen. Nur der Augenblick, in dem er gerade eintrat, war ihm vergönnt worden. Jetzt saßen sie wieder ganz für sich.

„Trump raus!"

„Jetzt werd die Zeh gefange!"

„Ich hab der ei Feil daheim, wann ich der da zweimal über 'n Zahn streiche, is 's gemacht. Die greift an, Donner ja!"

Da war er ja überflüssig. Eine halbe Stunde würde er noch bleiben. Dann aber! Und er sah wieder ihre Augen vor sich, diese braunen Augen mit den schwarzen langen Wimpern, die sich scheu senkten und hoben. Wie ein Traum war es ihm. Herr meines Lebens, wann ei frisches Ding so lockt! Man ist nur einmal jung. Er pfiff vor sich hin die Melodie zu dem Liede: „Schöne junge Mä-ädchen, die muß mer's li-ibe, wenn mer se auch net heirate tut." Ein unendliches Glück war in ihm. Wenn er wieder ginge, würden die es gar nicht merken.

„Was kost't der Spaß?"

„Zwei Pfennig."

„Kreuz zehe!"

„Un dann kommt's ja immer drauf a, wie ei Säg geführt wird."

Drunten sangen sie ein altes Soldatenlied. Auf dem Hofe mußte ein ganzer Schwarm Mädchen stehen. Man hörte deutlich ihr flirrendes Lachen und hüpfendes Sprechen. Bernd trat ans Fenster. Die von vorhin war nicht dabei. Die wird wohl bei den Burschen sein? Die ist gewiß eines der schönsten Mädchen hier oben? Der Gedanke bedrückte ihn. Heute möchte er sie haben. Er wurde voller Unruhe.

Der Felshoferund der Maurerwillem traten ein, gleich darauf kam der Wirt mit einem Fäßchen Bier.

„Hallo, die Karte wegk!"

Die Stühle wurden zusammengerückt, die Pfeifen neu gestopft, und bald war die Stube voll Lärm, Disput und „Diskerierens". Bald gab's ein „Prost" auf den Felshofer, bald eins auf den Maurer.

Der Wirt hatte zwei Literflaschen voll Branntwein auf den Tisch stellen und ein Faß Bier anstecken müssen. Ha, die Steinfelder sollten sehen, wo Geld sitzt, und wo man flott verdienen und darum auch ausgeben kann. Und für jeden war schon auf den Abend eine Portion Schweinebraten mit Kartoffelsalat bestellt.

„Nu fehlt nur noch 's Tanze!" sagte einer.

„Das könne mer auch bleibe lasse."

„Ich mach 'n Anfang," rief Bernd, und seine Augen leuchteten. „Vor den Steifelder hab ich kei Angst net."

„Wer schwätzt von Angst? M'r habe nu 'mal ausgemacht, 's werd net getanzt, un da werd auch net getanzt."

„Mich kitzelt's so in der große Zeh."

Und Bernd machte dabei einige hüpfende Bewegungen.

„Sauf 'n Schnaps un reib se mit 'm Glas."

„Laß Dich mit 'm Silscheit am Hinnern kitzele, dann spürst's net mehr in der Zeh."

„Bernd, macht kei Dummheite net! Mer müsse ohnedes auf der Hut sei," mahnte der Felshofer.

„Aber zuguckc werd ich am End dürfe."

„Ja, wann der e Wimmerholz hört oder 'n Druckbütel, e Harmonika, da juckt's 'n."

„Vielleicht, vielleicht auch net."

Und er setzte sich mit den Worten wieder zu seinen Genossen. Das Gespräch ging hin und her. Bald fing einer von den Hühnern an, einer vom Lehrer in Korndorf, der von seinem Wiesenstück, der von dem großen Hagelschlag im vergangenen Mai . . . Und dabei wurde getrunken, geraucht und auf den Tisch geklopft, daß jeder Wirt seine Freude daran gehabt hätte. Noch lauter aber waren die Steinfelder mit ihrem Singen, Johlen und Stampfen. Als die Lampe angezündet werden mußte, hatten die Holzhauer das erste Faß leer, und ein zweites mußte die Treppe hinaufbefördert werden. Da machten die aus dem Dorfe große Augen und schickten dem Wirte, der sich mit einem „Fünfziger" die steilen Stufen nach oben mühte, scharfe Worte nach. Der Aerger stand ihnen im Gesicht geschrieben.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Geringe Zulage bei der Reichspost. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohntarifs für die Arbeiter der deutschen Reichspost haben zu einer Vereinbarung mit den vertragschließenden Organisationen geführt. Die Löhne werden danach für alle über 24 Jahre alten männlichen Arbeiter in allen Ortsklassen, -gruppen und -gebieten um je drei Pfennig pro Stunde erhöht werden. Das Lohnabkommen gilt bis einschließlich 30. Juni 1925, wonach eine monatliche Kündigungsfrist eintritt. Die Forderung der Arbeitnehmer auf Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit wurde abgelehnt.

Schiedsspruch im Bielefelder Metallarbeiterstreik. Am Sonnabend abend hat der Oberschlichter nach langen Verhandlungen im Metallarbeiterstreik in Bielefeld einen Spruch gefällt, der einen zehnprozentigen Lohnaufschlag und die 54stündige Wochenarbeit, d. h. 9 Stunden am Tage, vorsieht. Den Arbeitnehmerverbänden ist die Annahme des Spruches bis Dienstag den 24. März nahegelegt worden. —

Aus den Gerichtssälen.

Der verräterische Rucksack.

Auf dem Magdeburger Hauptbahnhof wurde der Arbeiter Karl A. abgefaßt, der in einem Rucksack, der Blutflecke aufwies, fünf Hühner hatte, über deren Herkunft er genaue Angaben nicht machen konnte. Die Ermittlungen ergaben schließlich, daß die Hühner am Tage zuvor in Drakenstedt gestohlen waren. Die Mutter des Angeklagten hat während des Diebstahls „Schmiere" gestanden. Sie will das aus Mutterliebe getan haben, weil der Sohn arbeitslos und in größter Not gewesen ist. Ihre falsche Mutterliebe muß sie mit einem Monat Gefängnis büßen. Da sie bisher aber unbescholten ist, wurde ihr Strafaufschub gewährt, so daß sie bei guter Führung die Strafe nicht zu verbüßen braucht. Der Sohn, dem auch noch ein Wäschediebstahl in Drakenstedt nachgewiesen wurde, wurde zu 4 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt. —

Noch ein Hühnerdiebstahl.

Der Arbeiter Alfred Kaufmann war längere Zeit in Elben bei einem Landwirt beschäftigt. Nach seiner Entlassung stattete er seinem frühern Arbeitgeber noch einmal einen nächtlichen Besuch ab, um zu stehlen. Da aber in der Diebstahlsnacht der Mond zu hell schien, war die Ausführung des Diebstahls gefährlich. Kaufmann bgnügte sich dann auch mit nur zwei Hühnern, die er schnell erwischen konnte. Er wurde jedoch bald gefaßt und mußte seine Tat, da er sehr oft vorbestraft ist, mit einem Jahre Gefängnis büßen. —

Ein Fahrraddieb.

Obwohl der Arbeiter Walter O. aus Groß-Salze noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, stand er wegen Diebstahls an vier Fahrrädern erneut vor Gericht. Er stattete nachts einem Malermeister in Groß-Salze einen Besuch ab und stahl bei dieser Gelegenheit vier Fahrräder, die er an den Fuhrwerksbesitzer Willi Sch. in Burg verkaufte. Das Schöffengericht in Schönebeck verurteilte deswegen O. zu einem Jahre Gefängnis und Sch. wegen Hehlerei zu 300 Mark Geldstrafe. Dagegen legten beide Angeklagte Berufung ein. Vor dem Berufungsgericht bestreitet O. jede Schuld und versucht die Tat seinem vor einiger Zeit verstorbenen Bruder in die Schuhe zu schieben. Sch. will im guten Glauben gehandelt haben, da ihm der Angeklagte erzählt habe, die Räder im Auftrag eines Verwandten, der in Eggersdorf eine Fahrrad-Reparaturwerkstatt besitzt, zu verkaufen. Die Berufungskammer kam bei O. zur Verwerfung der Berufung, sprach aber Sch. aus Mangel an Beweisen frei. —

Vereins-Kalender.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung, Bez. **Buckau.** Mittwoch den 25. März, abds. 8 Uhr, bei Hahn, Schönebecker Str. 53, Versammlung. Vortrag.
Schönebeck. Schachklub Fortuna. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Uebungsabend. [816

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Asthma sofort gelindert!

Dies will ein Arzt den Asthmatikern in Magdeburg beweisen.

Ich wünsche, daß alle Asthmatiker hierselbst, oder besser gesagt in ganz Deutschland, mein Mittel Asthmador-Zigaretten auf meine Kosten ausprobieren möchten, erklärt Dr. R. Schiffmann allen an Asthma, Bronchitis oder Atembeschwerden Leidenden. Er fügt hinzu: „Einerlei wie schwer und hartnäckig auch der Anfall sei, Asthmador-Zigaretten gewähren sofortige Linderung, meist schon nach 10 bis 15 Sekunden, aber stets in ebensoviel Minuten." Er weiß, was Asthmador-Zigaretten für Tausende von Asthmatikern getan haben, und um jene, die sie noch nicht versucht haben, zu überzeugen, hat er es so eingerichtet, daß jeder Leidende bei seinem Apotheker hierselbst sowohl als auch an jedem andern Orte innerhalb ganz Deutschlands binnen der nächsten 3 Tage (solange Vorrat) unentgeltlich eine Probe erhält. Solch ein tatsächlicher Versuch mit der unentgeltlichen Probe würde einen überzeugenden Beweis für Dr. R. Schiffmanns Behauptung liefern und vielen Asthmatikern, die bis jetzt ganz vergebens Linderung suchten, die beste Gelegenheit geben, ihr natürliches Vorurteil zu überwinden.

Wer aus irgendeinem Grunde an seinem Orte außerhalb Magdeburgs keine Gratisprobe des oben erwähnten Asthmador-Erzeugnisses erhalten kann, wende sich — innerhalb der nächsten 4 Tage — nur unter Angabe seines Namens und genauer Adresse dieserhalb per Postkarte an Dr. R. Schiffmanns Niederlage, Postfach S, Berlin SW 48 —

Preußische Klassen-Lotterie.
Lose zur I. Klasse 25./251. Lotterie
Ziehung 17. und 18. April, haben jetzt abzugeben 509
die staatlichen Lotterie-Einnehmer
Georg Selle, Breiter Weg 187. Tel 2786. Postscheck-Kto. 2721.
Rich. Vogel, Baenschstraße 6. Tel. 188 Postscheck-Kto. 3102.

So sieht das zweite Werk aus, das der Bücherkreis im März herausbringt

Der ergreifende Roman eines Vereinsamten
Als erstes Werk ist erschienen:
FRIEDRICH WENDEL
Das XIX. Jahrhundert in der Karikatur
Besitzen Sie die wertvollen Bücher noch nicht?
Erwerben Sie beide durch Ihren Eintritt in den
BÜCHERKREIS
Auskunft und Mitgliederannahme durch die Zahlstelle
Buchhandlung Volksstimme

Verein für Feuerbestattung in Magdeburg E.V.
Gegründet 1900 Gegründet 1900
Geschäftsstelle: Bruno Weingärtner, Holzhof 1.
Der Anschluß des Vereins an die Interessengemeinschaft deutscher Feuerbestattungsvereine ist vollzogen.
Neuanmeldungen nimmt unter kulantesten Bedingungen die Geschäftsstelle entgegen.
Der Vorstand.
Trompeter, Vorsitzender.
904

Tarragona
rot
ca. 19 Vol. % Alkohol erstklassige Ware
pro Liter .. 2.00
vom Faß
1/1 Flasche 1.50
Malaga gold 1/1 Fl. 2.00
Insel Samos „ 2.00
Frz. Rotwein „ 1.25
Vino Vermouth „ 2.50
Martini & Rossi, Turin
Kirsch- und Johannisbeerwein p. Fl 0.75
alles inkl. Steuer ohne Glas
prima Qualitäten
Branntweinquelle
Kutscherstraße 17

Gebrauchte **Kücheneinrichtung** u. Geräte, verschied. Möbelstücke, 1 Stickmaschine (Moos- und Seitstich) zu verkaufen. Bahnhofstraße 54a, parterre rechts.
Weg. Auswanderung versch. Wirtschaftsach., ein Fahrrad u. Gebrock, gr. F. z. verk. Händl verb. Schönebeck. Str. 115, Hof III.

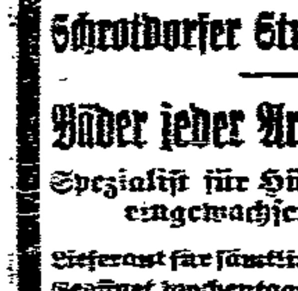
Gut erhalt. Sofa billig z. vk Senkstiel, Brunnenstraße Nr. 12

Schaf-Wolle!!
Strumpf-Abfälle kauft und tauscht sofort gegen Strickgarn und Stoffe 585
Fritz Jürges
Zollschezollstr. Nr. 7, 1. Haus v. Alten Markt
— Fernsprecher 6383 —

Spottbillige **Federbetten**
Gebr. Bettstück 7 Mk. u. 10 Mk., neues Bettstück 13, 16, 18, 21 und 25 Mk., vollständ. Bett 35 Mk., einzelne Kissen 4 und 5 Mk
Max Eckstein jr.
Königshofstraße 5a.

Fahrräder
Fahrradteile, Gummi sowie sämtliche Reparaturen billig.
Großkopf,
Gr. Mühlenstraße 13.

Kur-Badeanstalt
Friedr. Meyer
Schrotdorfer Str. 1, 1 Treppe.
Bäder jeder Art. Massagen.
Spezialist für Hühneraugen und eingewachsene Nägel. 584
Lieferant für sämtliche Krankenkassen.
Geöffnet wochentags v. 8 bis 7, Sonntags von 6 bis 12 Uhr. Fernspr. 2536.



Mütter geben jetzt ihren Kindern Lebertran-Emulsion mit Eigelb-Lecithin Marke „Ovophat"
Hof-Apotheke Breiteweg 158 am Ulrichstor, Magdeburg
Versand nach auswärts.

Stoffe zu Engrospreisen in **Wallachs Bekleidung** 633
20 Lödischehofstraße 20.
Auch Konfirmanden- u. Frühjahrsanzüge in groß. Auswahl zu billigsten Preisen.

Homöop. Kranken-Behandlung
E. Altmann, Große Mühlstraße 4, 1 Tr.
Gegen alle Krankheiten.
Sprechzeit 9–1, 3–6 Uhr. Sonntags 11–1 Uhr.

Für Gartenbesitzer!
Empfehle aus sofort eintreffender Sendung:
Hochstämme, Busch ... Stück 2.00
„ Stammhöhe 80/160 cm Stück 4.50
„ Stammhöhe 30/50 cm . Stück 4.00
Rankgewächse für Häuser, Lauben usw.
Pfeifenstrauch ... Stück 5.00
Clematis Jac., blau, ... Stück 6.00
Clematis in Sort., ohne Blau Stück 5.40
Glycinen ... Stück 5.00
Stauden:
Rittersporn, Flammende Herzen .. Stück 1.00
Lupinen, bunt ... Stück 1.20
... Stück 1.20
Phlox in Sorten ... Stück 0.50
Gerät, Saat- und Stauden-u. Rosengewächse, Gladiolen in Sorten u. Mischung, Canna, Dahlien, Montbretien u. empf. preisw.
Alter Markt 5/6 **Drohne** Alter Markt 5/6
vor der Börse Telephon 8071.

Tüchtige, gelernte **Kastenmacher**
für Wagen-Karosseriebau (Geschäftswagen- und Autowagen-Aufbauten) sucht in Dauerstellung bei guter Bezahlung.
F. G. Dittmann A.-G.
Berlin-Wittenau (Nord).

Tücht. **Akquisiteure** für Volks- und Krankenversicherung wollen sich melden unter L 716 an die Exped. dieser Zeitung.

Schriftsetzer für Akzidenzen, durchaus perfekte, gewandte Arbeitskraft, für sofort in Dauerstellung gesucht. 907
Mennel & Kappmeyer
Kleine Münzstraße 5.

Gebr. Bettst. m. u. o. Matr. z. verk. Baugh, Steinstr. 6, 2 B.

Uhren repariert u. Garantie
D. Lehmann
Uhrmacher,
Erzbergerstraße 11.

Steinsetzer gesucht. P. Ahrendt, Morgenstraße 28.

Anzüge, Anzug. Kostüme od. Mantels 5 M. schick u. sauber gearbeitet. Otto Fleiner, Gartenst. Neustadt

Ehrenerklärung.
Wir nehmen die Beleidigung gegen Frau Dora Litzenberg hiermit zurück.
A. J. und M. J.

Starke **Ferkel, Pölke** und Futterschweine Schlagtochter und Kurzschwanz u., gute Fresser, hat billig zu verkaufen Zeth u. Söhne, Alte Neustadt, Eiswerder 1.

Warnung. Warne hiermit jeden, meiner Frau Elisabeth Steffens geb. Kader etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Gust. Steffens, Schrotestr. 35.

Sandkasten gefunden i. ... (Bauernhaus). Abzuh. b. Schüler, ..., Krautenweg 3

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Mittwoch den 25. März, abends 7½ Uhr, im Hohenzollernpark
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsberichte: a) des Geschäftsführers, b) des Kassierers, c) der Revisoren. 2. Bau eines Gewerkschaftshauses. 3. Beratungen etwaiger Anträge aus den Bezirken und Branchen.
290 Die Verwaltung.

Gehobene Knabenschule zu Schönebeck
Mittwoch den 25. März, vormittags 9 Uhr, findet die
Aufnahmeprüfung der angemeldeten Schüler und Schülerinnen
im Schulgebäude der Geh. Knabenschule statt.
Marschall.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Burg am Donnerstag den 25. März 1925, nachmittags 4½ Uhr.

Oeffentliche Sitzung. Tagesordnung
1. Wahl von zwei Stadtverordneten zum Ortsausschuß für Jugendpflege. 2. Gesuch der uniformierten Polizeibeamten um Gewährung einer Einkleidungsbeihilfe. 3. Nachtrag zum Vertrag betr. Uebernahme des Viktoria-Gymnasiums auf den Staat (Aufwertung des städt. Zuschusses). 4. Beitrag für das Kriegerkurhaus Davos Dorf. 5. Beitrag für die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. 6. Verlängerung des Vertrags über die Schulzahnpflege. 7. u. 8. Ankauf von Gelände in den Feldmarken Dohl und Lüben. 9. Verlängerung des Pachtvertrags über das mit Baracken pp. bebaute städtische Gelände an der Niegripper Chaussee. 10. Versagung der Bestätigung der Wahl des Eisendrehers August Hessinger zum unbesoldeten Stadtrat der Stadt Burg. 11. Erweiterung des Magistratskollegiums von 7 auf 9 Mitglieder. 12. Wahl von zwei unbesoldeten Stadträten. 13. Unentgeltliche Ueberlassung eines Bockplatzes an den Ziegenzuchtverein Burg und die Burger Bockhaltungsgenossenschaft als städtischen Zuschuß. 14. Pachtfestsetzung für den Ackerplan M. 12 Bürgermark. 15. Herabsetzung des Schulgeldes an den Mittelschulen. 16. Ausscheiden aus dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband. 17. Ackerverpachtungen 1925. 18. Dankschreiben. 19. bis 22. Rechnungsprüfungen. Geheime Sitzung.

Burg, den 19. März 1925.

Rich. Ebeling.
stellv. Stadtverordneten-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die Pachthöchstpreise für die nicht gewerbsmäßig gärtnerisch benutzten Grundstücke im Kreise Calbe sind vom Herrn Landrat für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1925 wie folgt festgesetzt:

1. Für freies Ackerland auf jährlich 2.75 Pf. je qm.
2. Für ein eingefriedigtes Land ohne Baumanpflanzungen und Wasseranschluß auf jährlich 3.15 Pf. je qm
3. Für eingefriedigtes Land mit Baumanpflanzungen, aber ohne Wasseranschluß oder mit Wasseranschluß, aber ohne Baumanpflanzungen auf jährlich 3.58 je Pf. qm.
4. Für eingefriedigtes Land mit Baumanpflanzung und Wasseranschluß auf jährlich 3.97 Pf. je qm.

Schönebeck, den 20. März 1925.

Der Magistrat.

Saatkartoffeln
Früh-, Mittel- und Spätsorten
Speisekartoffeln
Weiß- und gelbfleischige Futterkartoffeln
liefert
Herm. Klutentreter, Magdeburg
Telephon 2586, 1801. Telegr.-Adresse Heklu

Habe mich als **Augenarzt** niedergelassen. Sprechstunden, auch für Kassenpatienten: Werktags 10 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.
Dr. med. K. Jesse,
Magdeburg-Buckau, Bleckenburgstr. 12 (neben der Post).

Staßfurt, Leopoldshall u. Umg.

Krankenkassenbeiträge für die Erwerbslosenfürsorge.

Da die Landes- und die Provinzial-Ausgleichskassen ab 1. April 1925 wieder Beiträge, voraussichtlich je ¼ Prozent des Grundlohnes erheben werden, ist mit einer Erhöhung der Gesamtbeiträge im Bezirk von ½ auf 1 Prozent mit diesem Zeitpunkt zu rechnen

Staßfurt, den 20. März 1925.

Der Vorsitzende des Arbeitsnachweises Staßfurt, Leopoldshall u. Umgegend.
717 Neubauer.

Ev. Knabenschule.

Die Anmeldung der schulpflichtig gewordenen Knaben findet am ersten Schultage nach den Osterferien

Donnerstag den 16. April, nachmittags von 2 bis 4 Uhr,

im Rektorzimmer der Knabenschule statt. Von allen Kindern ist der Impfschein, von den auswärts getauften auch der Taufschein vorzulegen.

Die Kinder werden erst **Freitag den 17. April,** vorm. 8 Uhr, zur Schule gebracht.

Schönebeck, im März 1925.

Günther, Rektor.

Reinige dein Blut mit
76 HENNES medizinischem **Wacholder-Saft**
Dieser ist seit altersher das bewährteste harntreibende Mittel gegen unreines Blut, Rheumatismus, Hustenleiden, Haemorrhoiden, Magenschwäche, Atemnot u. Beschwerden, die aus verdorbenem Blute herrühren.
1000fach bewährt, glänzende Heilerfolge!
Preis pro Flasche 1.80 u. 3.— G.-M.
Man achte auf den Namen des Herstellers „Hennes" und obige Schutzmarke!
Niederlage: Semm, Schönebecker Straße 109.

Bekanntmachung.

Es wird auf die Polizeiverordnung vom 2. September 1904 hingewiesen, wonach Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen innerhalb des Polizeibezirks Burg ihre Dienste gewerbsmäßig dem Publikum anbieten, hierzu die polizeiliche Genehmigung einholen müssen

Zum Gepäcktragen zugelassen sind die von der Polizeiverwaltung bestätigten Dienstmänner.

Es ist Beschwerde darüber geführt, daß Unberechtigte dieses Gewerbe ausüben indem sich diese vor dem Bahnhofsgebäude gegen Bezahlung zum Gepäcktragen anbieten.

Dieses ist unstatthaft. Nach § 16 dieser Verordnung wird die Übertretung derselben mit Geldstrafe bis zu 150.— Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Kontrolle wird ausgeübt.

Burg, den 18. März 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Die **Gastwirtschaft** im neuerbauten städtischen Sporthaus, neben dem 8 Morgen großen Sportplatz gelegen, soll verpachtet werden.

Die Wirtschaft enthält eine 36 qm große und eine 18 qm große Gaststube, ein 45 qm großes Vereinszimmer, geräumige, nach Süden gelegene Veranda, 23 qm große Wirtschaftsküche, 3–4 Wohnräume für den Wirt — Keller — Boden — Stall — Garten.

Pachtzeit beginnt am 1. Mai 1925.

Auskunft erteilt Stadtbauamt. Bedingungen sind daselbst für 1 Mark erhältlich.

Angebote sind bis spätestens **Donnerstag den 9. April** dem Stadtbauamt einzureichen.

Groß-Salze, den 19. März 1925.

Der Magistrat.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 21. März. Invalider Arbeiter Hermann Fischer, 66 J. Tischlermeister Simon Fanke, 68 J. Ruth, T. des Schlossers Hermann Thürnagel, 1 Mon. Geschied. Marie Mütsch geb. Neumann Arbeiterin, 37 J.

Todesfälle. 23. März. Anlegerin Martha Liebing, 33 J. Werner, S. des Arbeiters Max Heuer, 25 T. Kaufmann Hermann Lüttich, 46 J. Divisionsküster a. D. Heinrich Heinrich, 73 J. Wwe. Sophie Unger geb. Appel, 89 J. Auguste geb. Baute, Ehefrau des Schriftsetzers Oskar Busse, 50 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 19. März. Ehefrau des Arbeiters Ferdinand Menzendorf, Marie geb. Schröder, 59 J. Arbeiter-Invalide Gustav Rode, 54 J.

Todesfälle. 20. März. Arbeiterinvalide Gustav Rode, 54 J. Paul, S. des Arb. Karl Falck, 10 Stunden. Gerhard Hesse, 1 Jahr.

Magdeburg-Buckau.

Todesfälle. 14. März. Elise geb. Völker, Ehefrau des Gelbgießers Gustav Wöhlbier, 45 J. Gertrud, T. des Arbeit. Karl Leserfuß, 4 J. — 17. März. Anna geb. Theuerkauf, Ehefrau des Eisenb.-Lokomotivführers i. R. Heinr. Trübe, 72 J. Musketier des Infanterie-Regiments 26 Schlosser Erich Reuscher, am 26. September 1916 im Kriege gefallen. — 20. März Frau Elise Winzerling geb. Walter, 27. J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 20. März. Agnes geb. Riemann, Ehefrau des Obersekretärs Albert Grafenhorst, 63 J. Invalide Franz Herzog, 72 J. Kutscher-Invalide Friedrich Brandt, 83 J. Dorothee geb. Bodenstein, Ehefrau des Klempnermeisters Karl Westphal, 65 J. Auguste geb. Banselow, Ehefrau des Werkmeisters a. D. Paul Gelter, 73 J.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden starb am 31. März 9 Uhr unsere einzige Tochter

Emilie Gentz.

Die trauernden Eltern nebst Kind.

Beerdigung am Mittwoch nachm. 2 Uhr von der Kapelle des Westfriedhofs aus.

Tretet hin zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Denkt, was ich gelitten habe,
Gönnt mir nun die ewige Ruh'!